



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Zwischen den Zeilen. Eine Analyse der Berichterstattung der "Vorarlberger Nachrichten" über die Bürgerinitiative "Pro Vorarlberg"

verfasst von | submitted by

Luca Maximilian Trenker BA BEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Dr. Oliver Rathkolb

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
1.1.	Hintergrund und Kontext	3
1.2.	Forschungsfrage und Ziel der Arbeit	6
2.	„Pro Vorarlberg“	8
2.1.	Entstehung der Bürgerinitiative	9
2.2.	Politische Positionen und Gegenbewegungen.....	12
2.3.	Das 10-Punkte-Programm	14
2.4.	Abstimmungsergebnis und Autonomiedebatte	20
2.5.	Die Rolle der Vorarlberger Nachrichten	21
3.	Landesbewusstsein in Vorarlberg nach 1945	25
3.1.	Exkurs: Vorarlberg nach dem Ersten Weltkrieg - Kanton Übrig.....	28
4.	Die Vorarlberger Nachrichten	33
4.1.	Massenmedien	36
4.2.	Medienwirkung	37
4.3.	Medienpolitischer Einfluss.....	40
4.4.	Exkurs: Die Fußach-Affäre 1964	41
5.	Methodik	43
5.1.	Qualitative Inhaltsanalyse	43
5.2.	Auswahl der Zeitungsartikel	44
6.	Analyse der Vorarlberger Nachrichten	46
6.1.	September 1979.....	46
6.2.	März 1980	68
6.3.	Juni 1980	79
6.4.	Oktober/November 1980.....	98
7.	Ergebnisse und Diskussion.....	105
7.1.	Einfluss der Vorarlberger Nachrichten auf die öffentliche Meinung.....	105
7.2.	Sprachliche und kulturelle Konstruktion von Identität	107
7.3.	Funktion der VN im Kontext der Volksabstimmung.....	108
8.	Conclusio.....	109
8.1.	Schlussbemerkung.....	111
9.	Literatur-/Quellenverzeichnis.....	113
9.1.	Abbildungsverzeichnis	117
10.	Anhänge	118
10.1.	Abstract	126

Abkürzungsverzeichnis

SPÖ – Sozialistische Partei Österreichs

ÖVP – Österreichische Volkspartei

FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs

KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs

VN – Vorarlberger Nachrichten

LH – Landeshauptmann / Landeshauptfrau

OÖ – Oberösterreich

ORF – Österreichischer Rundfunk

bzw. – beziehungsweise

ca. – circa

1. Einleitung

1.1. Hintergrund und Kontext

Die Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“, gegründet im Jahr 1979, setzte sich für eine Volksabstimmung über ein eigenes Statut zur Stärkung der Selbständigkeit des Landes ein. Die Initiative erhielt politische Unterstützung von der ÖVP und FPÖ, stieß jedoch auf Kritik seitens der SPÖ und anderer „Linker“. In der breiten Öffentlichkeit wurde die Initiative vor allem durch die regionale Tageszeitung „Vorarlberger Nachrichten“¹ unterstützt und verbreitet. Nach wochenlangen Diskussionen im Vorarlberger Landtag wurde sich schließlich auf ein 10-Punkte-Programm geeinigt, welches der Vorarlberger Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wurde. Bei der Abstimmung im Juni 1980 stimmten 69,3% der Vorarlberger*innen für mehr Autonomie. Kritiker*innen argumentierten gegen „Sonderrechte“ und betonten die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern. Die Initiative wurde von der Gegeninitiative „Vorarlberger Pro Österreich“ abgelehnt, welche die Punkte der Pro Vorarlberg Initiative als überheblich und egoistisch bezeichnete.

Die VN spielten bei dieser Volksabstimmung eine herausragende Rolle als bedeutendes Sprachrohr und Gestalterin der öffentlichen Meinung, da sie einerseits für die Veröffentlichung und aktiven Bewerbung der Bürgerinitiative diente und andererseits der damalige Chefredakteur Elmar Grabher Mitbegründer der Pro Vorarlberg Bewegung war. Die Untersuchung konzentriert sich darauf, wie die VN als regionale Zeitung die Wahrnehmung innerhalb Vorarlbergs in Bezug auf dieses politische Ereignis beeinflusste. Deshalb fokussiert sich diese Masterarbeit auf die detaillierte Analyse der Berichterstattung der VN zu der Volksabstimmung „Pro Vorarlberg“, welche, neben zwei weiteren zentralen Ereignissen, maßgeblich die politische Landschaft Vorarlbergs im 20. Jahrhundert prägten.

Eines der zwei zentralen Ereignisse war die sogenannte Fußach-Affäre. Der politische Skandal der Fußach-Affäre von 1964 in Österreich, der um die Taufe eines Bodenseeschiffs auf den Namen Karl Renner entstand und gewaltsame Proteste in der Fußacher Werft auslöste, wird als Symbol des Widerstands gegen zentralistische Tendenzen in der österreichischen Politik betrachtet. Die Vorarlberger Bevölkerung empfand die Namensgebung als Provokation, angeführt durch die zum Widerstand aufrufenden Beiträge der VN, was zu einem gewalttätigen Konflikt und politischen Spannungen führte. Obwohl das Schiff schließlich auf den Namen „Vorarlberg“ getauft wurde, bleibt die Fußach-Affäre als bedeutendes Ereignis im föderalistisch

¹ Im Weiteren abgekürzt als VN.

geprägten Vorarlberg in Erinnerung.

Der Einfluss der VN wurde auch von zeitgenössischen Forschern erkannt. So schreibt Gerhard Wanner 1980 in seinem Buch zur Schiffstaufer in Fußach, dass die Vorarlberger Tagespresse, insbesondere die VN, eine maßgebliche Rolle bei den Geschehnissen spielte, die letztendlich zur Verhinderung der offiziellen Schiffstaufer führten.² Die VN wirkten vor allem aufklärend und nahmen von Anfang an eine klare Haltung ein. Gerhard Wanner ist der Meinung, da „sich die „VN“ wiederum als Sprecherin des Willens und der Meinung des „Vorarlberger Volkes“ fühlten und bezeichneten, muß zwangsläufig die Frage gestellt werden, ob es sich bei ihrer Pressetätigkeit um bewußte Manipulation oder wirklich um die Wiedergabe einer in breiten Schichten vorhandenen Einstellung handelte.“³

Markus Barnay, der sich in seinem Buch „Pro Vorarlberg“ mit der Volksabstimmung von 1980 beschäftigt, sieht hier Parallelen zu der Fußach-Affäre. So schreibt er, dass besonders innerhalb der SPÖ die Sorge wuchs, dass die VN auch nun wieder mit ihrer Reichweite eine ähnliche antizentralistische Stimmung erzeugen würde wie bei der Schiffstaufer 1964.⁴ Barnay schreibt den VN eine zweifache Bedeutung für die Initiative zur Volksabstimmung zu. Einerseits war die Zeitung maßgeblich an der Entstehung der Initiative beteiligt, da die Inhalte und Ziele durch sie veröffentlicht und somit auch mitbestimmt wurden. Andererseits sei ohne die gezielte Propaganda der VN ein Erfolg der Volksabstimmung undenkbar gewesen.⁵

Die Fußach-Affäre von 1964 und die Volksabstimmung 1980 spielen eine zentrale Rolle in der politischen Geschichte Vorarlbergs, da sie die Beziehung zwischen Vorarlberg und der österreichischen Zentralregierung sowie die regionale Selbstbestimmung und den Föderalismus verdeutlichen. Diese Ereignisse spiegeln die Spannungen wider, die in Vorarlberg in der Nachkriegszeit und im späten 20. Jahrhundert auftraten. Aber neben diesen beiden Ereignissen muss man noch einen weiteren Exkurs an den Beginn des 20. Jahrhunderts wagen, wenn man den Föderalismus in Vorarlberg untersucht. Gemeint ist die Anschlussbewegung Vorarlbergs an die Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg, welche den Begriff „Kanton Übrig“ prägte, welcher sich noch heute hält.

Diese Ereignisse verdeutlichen, wie besonders Zeitungsberichte wertvolle Einblicke in die zeitgenössische Berichterstattung und öffentliche Meinungen zu den politischen Entwicklungen

² Vgl. Gerhard Wanner, Schiffstaufer Fußach 1964, Bregenz 1980, 26.

³ Ebda. 108.

⁴ Vgl. Markus Barnay, „Pro Vorarlberg“. Eine regionalistische Initiative, Bregenz 1983, 41.

⁵ Vgl. Ebda. 14.

und Identitätsfragen in Vorarlberg bieten und die VN als zentrales Organ fungierte. Deshalb sind sie zentrale Untersuchungsgegenstand für die vorliegende Arbeit und werden mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring untersucht. Die Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ermöglicht es, die Inhalte der Zeitungsartikel der VN systematisch zu untersuchen und ist besonders geeignet, um tiefgehende Einblicke in die komplexen kulturellen und intellektuellen Strömungen der Zeit zu gewinnen und zu verstehen, wie sie zur Identitätsentwicklung in Vorarlberg beigetragen haben und welche Auswirkungen sie bis heute noch haben.

In der vorliegenden Masterarbeit stützt sich die Untersuchung auf wesentliche, wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit der politischen Geschichte Vorarlbergs, dem Föderalismus in Österreich sowie der Rolle der Medien bei der Identitätsbildung beschäftigen. Ein zentrales Werk ist die bereits erwähnte Studie von Gerhard Wanner, *Schiffstaufe Fußach 1964*⁶, in der die Ereignisse der Fußach-Affäre detailliert analysiert werden. Wanner zeigt darin, wie die VN die Proteste gegen die Taufe eines Bodenseeschiffes auf den Namen Karl Renner initiierten und zu einer der wichtigsten Akteure dieser politischen Auseinandersetzung wurden. Seine Untersuchung legt dar, dass die VN nicht nur berichteten, sondern aktiv zur Eskalation beitrugen, indem sie die Unzufriedenheit der Vorarlberger Bevölkerung gegenüber dem zentralistischen Einfluss Wiens verstärkten.

Ein weiteres zentrales Werk, auf das diese Arbeit aufbaut, stammt von Markus Barnay. In seinem Buch *Pro Vorarlberg*⁷ analysiert er die Autonomiebestrebungen der Vorarlberger Bürgerinitiative von 1980 und untersucht dabei die enge Verflechtung zwischen den politischen Forderungen der Initiative und der medialen Unterstützung durch die VN. Barnay argumentiert, dass die Initiative ohne die gezielte Propaganda der Zeitung keinen Erfolg gehabt hätte. Seine Arbeit zeigt zudem auf, wie politische Akteure die Medienlandschaft in Vorarlberg nutzten, um regionale Identität zu mobilisieren und zentrale Themen wie die Abgrenzung gegenüber Wien und den österreichischen Zentralstaat voranzutreiben.

Wilhelm Braumüller und Siegbert Morscher liefern ebenfalls wichtige Beiträge zur Erforschung des Föderalismus in Österreich nach 1945. Braumüllers *Bericht über die Lage des Föderalismus in Österreich*⁸ dokumentiert die fortlaufenden Bestrebungen der österreichischen Bundesländer, mehr Kompetenzen und Rechte gegenüber der Bundesregierung zu erlangen, und zeigt auf, wie

⁶ Wanner, Schiffstaufe.

⁷ Barnay, Pro Vorarlberg.

⁸ Wilhelm Braumüller, 5. Bericht über die Lage des Föderalismus in Österreich (1980), Wien 1981.

diese Bestrebungen auch in Vorarlberg diskutiert wurden. Morscher widmet sich in seinem Beitrag *Pro Vorarlberg*⁹ der politischen und rechtlichen Analyse der Bürgerinitiative, beleuchtet ihre Forderungen nach mehr Autonomie und zeigt auf, welche Argumente dabei ins Zentrum der Diskussion gestellt wurden. Der Sammelband von Peter Bußjäger, Ferdinand Karlhofer und Günther Pallaver *Die Besten im Westen?*¹⁰ liefert eine interdisziplinäre Betrachtung über die Entwicklung der westlichen Bundesländer Österreichs, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, nach 1945. Da der Sammelband vom Föderalismus-Institut Innsbruck herausgegeben wurde, ist es wenig verwunderlich hier auch Aufsätze zu finden welche sich thematisch besonders gut für die Masterarbeit eignen wie etwa der Beitrag *Die mediale Berichterstattung über den Föderalismus im West-Ost-Vergleich* von Günther Pallaver¹¹. Für das methodische Vorgehen hat sich die Untersuchung von Markus Sonderegger¹² als richtungsweisend für die vorliegende Masterarbeit erwiesen. Sonderegger analysiert anhand der Berichterstattung der VN die Fußach-Affäre von 1964 und ging dabei der Fragen nach, wie die VN über das Ereignis berichtete und wie die Bevölkerung dabei angesprochen wurde.

1.2. Forschungsfrage und Ziel der Arbeit

Das Hauptziel dieser Masterarbeit besteht darin, den politischen Einfluss der VN zu untersuchen und somit ein Verständnis für die Identitätsentwicklung in Vorarlberg nach 1945 zu gewinnen. Dabei sollen die komplexen Faktoren beleuchtet werden, die die regionalen und nationalen Zugehörigkeiten in dieser Zeit beeinflusst haben. Die Untersuchung der Nachkriegszeit, besonders die der Fußach-Affäre von 1964 bildet die zentrale theoretische Grundlage, um die Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit politischen Umwälzungen und der Stärkung der regionalen Autonomie zu analysieren. Obwohl das Hauptaugenmerk auf dem politischen Einfluss liegt, beabsichtigt diese Arbeit, implizit aufzuzeigen, wie sich diese Aspekte im weitesten Sinne auf die Identität bzw. das Selbstbild der Vorarlberger Bevölkerung ausgewirkt haben könnten. Darüber hinaus strebt die Arbeit an, nicht nur zur Geschichtsforschung beizutragen, sondern auch relevante Einblicke für politische Entscheidungsträger und die Gesellschaft zu liefern, um ein besseres Verständnis für die vielschichtigen Beziehungen zwischen historischen Ereignissen, politischer Transformation und

⁹ Siegbert Morscher, *Pro Vorarlberg*, in: Andreas Kohl, Alfred Stirnemann (Hg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1980, München 1981, 31-54.

¹⁰ Peter Bußjäger, Ferdinand Karlhofer, Günther Pallaver (Hg.), *Die Besten im Westen? Die westlichen Bundesländer und ihre Rolle seit 1945* (Innsbruck 2008).

¹¹ Günther Pallaver, *Die mediale Berichterstattung über den Föderalismus im West-Ost-Vergleich*, in: Peter Bußjäger, Ferdinand Karlhofer, Günther Pallaver (Hg.), *Die Besten im Westen? Die westlichen Bundesländer und ihre Rolle seit 1945* (Innsbruck 2008), 59-78.

¹² Markus Sonderegger, *Die Fußach-Affäre. Eine Analyse der Berichterstattung über die Fußach-Affäre 1964 in den „Vorarlberger Nachrichten“* (Diplomarbeit Universität Wien 2004).

regionaler Identität zu fördern. Um das Untersuchungsmaterial in Hinblick auf das Forschungsinteresse zu analysieren, wurden folgende Fragen formuliert und Thesen aufgestellt.

Leitende Forschungsfrage:

Wie wurden die Ereignisse zwischen September 1979 und November 1980 in der „VN“ dargestellt?

Unterfragen:

- *Inwiefern spielten Sprache und kulturelle Symbole eine Rolle bei der Konstruktion einer regionalen „Identität“ in Vorarlberg im Zuge der medialen Berichterstattung?*
- *Welche konkrete Funktion nahm die „VN“ in Vorarlberg im Zusammenhang mit der Volksabstimmung ein? (Sprachrohr, Einflussfaktor Abstimmung, ...)*

Thesen:

- *Politische Ereignisse verstärken die Betonung der regionalen Identität in der medialen Berichterstattung im Vergleich zur nationalen Identität (innerhalb Vorarlbergs)*

Politische Entwicklungen und Ereignisse haben in Vorarlberg einen erheblichen Einfluss darauf, wie regionale Identität in den Medien hervorgehoben wird. Insbesondere in Zeiten politischer Spannungen oder besonderer Ereignisse wird die regionale Zugehörigkeit in den Medien oft stärker betont als die nationale Identität. Dies führt dazu, dass Vorarlberg in der Berichterstattung zunehmend als eigenständige Region dargestellt wird, deren Interessen und Werte sich vom Rest Österreichs abheben, was die Wahrnehmung einer spezifischen regionalen Identität intensiviert.

- *Kulturelle Elemente und die Sprache (z. B. Trennung durch den Arlberg, das demokratische Selbstverständnis der Vorarlberger, Kritik am Wiener Zentralismus) prägen maßgeblich die Darstellung der regionalen Identität in der Berichterstattung (in Vorarlberg)*

Die mediale Darstellung der regionalen Identität in Vorarlberg wird stark durch kulturelle Besonderheiten und die bewusste Verwendung der Sprache beeinflusst. Aspekte wie die geographische Trennung durch den Arlberg, das historische und politische Selbstverständnis der Vorarlberger als „demokratisch geboren“, sowie die Abgrenzung gegenüber dem als zentralistisch empfundenen Wien werden in der Berichterstattung immer wieder aufgegriffen. Diese Elemente dienen nicht nur der Unterscheidung vom Rest Österreichs, sondern tragen entscheidend zur Konstruktion und Festigung einer eigenständigen Vorarlberger Identität in der öffentlichen Wahrnehmung bei.

- *Politische Ereignisse, kulturelle Elemente und regionale Identität stehen in wechselseitiger Beziehung zueinander und sind untrennbar miteinander verbunden*

Es besteht eine enge Wechselwirkung zwischen politischen Ereignissen, kulturellen Besonderheiten und der regionalen Identität in Vorarlberg. Diese Faktoren beeinflussen sich gegenseitig und können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Politische Ereignisse wirken oft auf die kulturelle Identität und stärken das Bewusstsein für regionale Besonderheiten, während kulturelle Elemente die Wahrnehmung und Interpretation politischer Ereignisse in der Region prägen. So entsteht eine dynamische Beziehung, in der die verschiedenen Aspekte sich gegenseitig verstärken und die regionale Identität kontinuierlich formen.

2. „Pro Vorarlberg“

Im Spätsommer 1979 kam es in Vorarlberg zu einem politischen Ereignis, das weitreichende Diskussionen auslöste: Die Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“ trat am 11. September an die Öffentlichkeit und forderte in einer Petition mehr Autonomie für Vorarlberg im Rahmen des österreichischen Bundesstaates. Konkret verlangte die Initiative eine Volksabstimmung, ob Vorarlberg durch ein eigenes Statut mehr Selbstständigkeit erhalten solle. Diese Forderung beinhaltete die Übertragung von Kompetenzen in verschiedenen Bereichen sowie eine stärkere Mitwirkung Vorarlbergs an der Bundesverfassungsgesetzgebung. Zudem war die Einrichtung einer Schiedskommission für Konfliktfälle geplant.¹³ Ziel war es, der Landesregierung und dem Landtag erweiterte Befugnisse in Bereichen wie Soziales, Wirtschaft und Kultur zu geben – Kompetenzen, die weit über die bisher verhandelten Forderungen hinausgingen. Diese Sonderstellung wurde mit der historischen Tradition Vorarlbergs und seiner ethnisch-kulturellen „Eigenart“, insbesondere dem „Alemannentum“, begründet.¹⁴

Abb. 1: Titelseite der VN vom 11. September 1979

¹³ Vgl. Morscher, Pro Vorarlberg, 31.

¹⁴ Vgl. Gerhard Wanner, Parteien und Parteipolitik, in: Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Robert Kriechbaumer (Hg.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. 4. Vorarlberg: zwischen Fußach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit, herausgegeben von Franz Mathis und Wolfgang Weber, Wien/Köln/Weimar 2000, 421-463, hier 436.



Vorarlberger Nachrichten

Dienstag, 11. September 1979
Nummer 210 – 35. Jahrgang

Auflagenstärkste unabhängige Tageszeitung für Vorarlberg

Einzelpreis S 4,-, Samstag S 5,-
Abonnement: monatlich S 58,-
E. Ruß & Co., Bregenz, Redaktion Tel. 2 42 56 Serie, 2 23 54, Telex vn russ (057) 710. Anzeigen
2 33 15, 2 21 51, Telex vn ins (057) 668 Erscheinungsort – Verlagspostamt 6900 Bregenz. P. b. b.

Gorleben: Probebohrungen

Gorleben (VN/Reuters) Die Vorarbeiten für die erste Tiefbohrung auf dem Gelände der geplanten westdeutschen Atomülldeponie in Gorleben (Niedersachsen) haben gestern ungeschadet zahlreicher Demonstrationen begonnen. Dabei soll festgestellt werden, ob der Salzstock zur Endlagerung radioaktiven Materials geeignet ist. Um die Tiefbohrungen niederbringen zu können, müssen etwa vier Hektar Wald abgeholzt werden. Gestern früh hatten etwa 500 Polizisten das von Kernkraftwerkgegnern besetzte Gelände umstellt.

Italien: Heiße Streikwoche

Rom (VN/dpa) Die Angestellten des öffentlichen Dienstes in Italien haben für diese Woche zahlreiche Streiks angekündigt, mit denen sie eine Anpassung ihrer Gehälter an die Geldentwertung durchsetzen wollen und die das Leben des Landes lähmen werden. Die stärksten Auswirkungen werden für den Schienenverkehr erwartet. Vom Mittwoch 21 Uhr bis Donnerstag 21 Uhr (Ortszeit) soll der gesamte Zugverkehr stilliegen. Erst vom kommenden Samstag an werden die Züge wieder normal verkehren. Möglicherweise gehen die Streiks noch weiter.

Nicht „los von Wien“ – jedoch für mehr Selbständigkeit

Vorarlberger Bürgerinitiative

verlangt Volksabstimmung

Bregenz (VN) Vorarlberg gilt als Land der lebhaften, aber auch erfolgreichen Bürgerinitiativen. Eine davon war die Massendemonstration von Fußach im November 1964. Immer war im Volk zwischen Arlborg und Bodensee die Freiheitsliebe wach. In letzter Zeit war im Ländle die Kritik am Bundeszentrismus besonders lebhaft. Das Gefühl ist gewachsen, daß man auch als kleine Minderheit im Staate mehr Mitsprache haben muß bzw. daß die in Vorarlberg erarbeiteten Erträge nicht einfach abgezogen werden dürfen.

Gegen den Übermut in Wien hat sich ein Bürgerkomitee gebildet, das auf dem Boden des Rechts eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes verlangt. Der erste Schritt ist eine Petition an den neuen Landtag nach der Wahl am 21. Oktober mit der Forderung nach einer Volksabstimmung in Vorarlberg. Der zweite Schritt wären Vorarlberger Verhandlungen in Wien, unter Berufung auf einen Bundesverfassungsartikel, einen Staatsvertrag zu schließen, der Vorarlberg weitgehende Selbstbestimmung einräumt.

2.1. Entstehung der Bürgerinitiative

Die Initiative „Pro Vorarlberg“ formierte sich im Frühsommer 1979 aus der Zusammenführung zweier unabhängiger Gesprächskreise, die aus Landesbeamt*innen, kleineren Selbstständigen und Angestellten bestanden. Diese Gruppen hatten das gemeinsame Ziel, die politische Ohnmacht zu überwinden und mehr demokratische Mitbestimmung zu ermöglichen. Dabei ging es insbesondere darum, dem einzelnen Bürger*innen mehr politischen Einfluss zu verschaffen. Nach mehreren Treffen wandten sich die Mitglieder der Initiative an Elmar Grabherr, den ehemaligen Landesamtsdirektor, und baten ihn um rechtlichen Beistand.¹⁵ Grabherr erkannte die Dringlichkeit des Anliegens. Er vertrat die Auffassung, dass eine stärkere Selbstständigkeit Vorarlbergs notwendig sei, um Bürger*innennähe in der Politik wiederherzustellen. Nur wenn Entscheidungen verstärkt auf Landesebene getroffen würden, könnten Einzelne wieder mehr Einfluss auf politische Prozesse ausüben. Auf dieser Grundlage begann Grabherr, ein Statut zu entwerfen, das eine signifikante Verschiebung der Zuständigkeiten vom Bund auf das Land Vorarlberg vorsah.¹⁶

Seit 1945 spielte der Föderalismus in Vorarlberg eine zentrale Rolle, wurde jedoch zunächst überwiegend auf Landesebene, vor allem innerhalb der ÖVP und FPÖ, thematisiert. Bereits im

¹⁵ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 10.

¹⁶ Vgl. Ebda. 14f.

Februar 1964 hatten die Landeshauptleute ein Forderungsprogramm verabschiedet, das eine Stärkung der Länderkompetenzen vorsah. Dennoch blieben die Fortschritte, trotz des Einsatzes von Landeshauptmann Herbert Keßler, über die Jahre gering.¹⁷ Zwar brachte die Verfassungsnovelle von 1974 gewisse Verbesserungen, doch eine substanzielle Aufwertung der Länderrechte blieb aus.¹⁸ Die Initiative „Pro Vorarlberg“ griff diesen traditionellen Föderalismusgedanken wieder auf und stellte die Frage nach einer stärkeren Autonomie des Bundeslandes erneut in den Mittelpunkt.¹⁹ Somit gab die Bürger*inneninitiative einen bedeutenden Anstoß, um die Diskussion und Verwirklichung des Föderalismus.²⁰ Historische Bezüge, wie die Volksabstimmung von 1919 über einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz oder die Fußach-Affäre von 1964, dienten dabei als Argumentationsgrundlage. Besonders im Vergleich zu anderen Bundesländern zeigte sich Vorarlberg stets als Verfechter eines stark föderalen Staatsaufbaus.²¹

Die Gründung der Bürger*inneninitiative wurde von der VN durch gezielte Propaganda vorbereitet; Artikel über die „Benachteiligungen des Landes“ häuften sich, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Der Name "Pro Vorarlberg" war zudem bewusst gewählt und bezog sich auf das „Pro Vorarlberg-Bulletin“, ein Informationsblatt, das nach dem Ersten Weltkrieg für den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz warb.²²

Die Bürger*inneninitiative „Pro Vorarlberg“ wurde zwar öffentlich als eine Bewegung dargestellt, die Vertreter*innen aller Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten vereinte, doch die Realität sah anders aus. Die Liste der 45 Erstunterzeichner*innen der Petition widerspricht dieser Darstellung. Unter den Unterstützer*innen fanden sich keine Arbeiter*innen oder Angehörige der wirtschaftlichen Elite, sondern überwiegend Personen aus der politischen Provinz und mehreren Landesbeamten.²³ Auch der Chefredakteur der VN, Franz Ortner, sowie Elmar Grabherr gehörten zu den Unterzeichner*innen. Diese zwei waren laut Markus Barnay wohl die zentralsten Figuren dieser Bürger*inneninitiative.²⁴ Einige der Beteiligten hatten jedoch wenig Einfluss auf die tatsächliche Ausrichtung der Petition und dienten vor allem als Symbolträger*innen. Die Gruppe, die maßgeblich die Inhalte und den Kurs von „Pro

¹⁷ Vgl. Klaus Berchtold, Die Verhandlungen zum Forderungsprogramm der Bundesländer seit 1956, Wien 1988, 15f.

¹⁸ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 437.

¹⁹ Vgl. Berchtold, Forderungsprogramm, 64f.

²⁰ Vgl. Braumüller, Föderalismusbericht, 39.

²¹ Vgl. Morscher, Pro Vorarlberg, 31f.

²² Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg 11.

²³ Vgl. Ebda., 11f.

²⁴ Vgl. Studiogespräch mit Markus Barnay, 13.09.2004, Radio Vorarlberg – Kultur nach 6, ORF-Archiv am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, ab 09:40.

Vorarlberg“ bestimmte, setzte sich aus einflussreichen Persönlichkeiten zusammen, die teilweise unterschiedliche Interessen verfolgten. Ortner war für die Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda zuständig, während Grabherr die inhaltliche Argumentation prägte.²⁵ Nachdem die Bürgerinitiative sich entschlossen hatte, als solche aufzutreten, wurde das von Grabherr entworfene Statut mit Erläuterungen versehen, von Mitbegründern unterzeichnet und als Bittschrift an die Obmänner der drei Landtagsparteien geschickt. Gleichzeitig erhielten die Medien Exemplare der Petition, die mit einem Sperrvermerk versehen waren, um den Eindruck zu vermeiden, es handle sich um eine reine VN-Initiative. Trotz dieser Maßnahme berichteten die VN ausführlich über die Petition und unterstützten die Initiative aktiv.²⁶

Am 11. September 1979 titelte die VN: „Vorarlberger Bürgerinitiative verlangt Volksabstimmung“²⁷ und veröffentlichte die Petition in mehreren Artikeln. Die VN veröffentlichte auch die Namen der 45 Erstunterzeichner und rief die Bevölkerung zur Unterstützung auf. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung war strategisch gewählt: Sechs Wochen vor der Landtagswahl sollten die Parteien gezwungen werden, ihre Meinungen zu den Forderungen von „Pro Vorarlberg“ bekanntzugeben.²⁸ Ein zentraler Bestandteil der Strategie war die Versendung eines Fragebogens an alle Wahlkandidaten, in dem sie gefragt wurden, ob sie dafür eintreten würden, dass das Vorarlberger Volk über eine größere Eigenverantwortung für das Land befragt wird. Der Wortlaut des Statuts sah umfassende Kompetenzen in vielen Bereichen vor, darunter die eigene Landesorganisation, ein eigenes Finanzrecht und spezifische Zuständigkeiten in der Bildung und im Umweltschutz.²⁹

Die Bevölkerung Vorarlbergs zeigte sich überwiegend positiv gegenüber der Initiative, wenngleich auch Bedenken laut wurden. So berichtete bereits zwei Tage nach der Veröffentlichung der Petition die VN am 13. September 1979, dass es bereits ein großes Bündel an Unterschriften für die Bürgerinitiative gebe.³⁰ Vier Tage nach der Veröffentlichung der Petition berichtete ebenfalls die VN, dass bei einer von ihr durchgeführten „Blitzumfrage“ rund 75 Prozent der Vorarlberger für die Petition seien.³¹

²⁵ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 12.

²⁶ Vgl. Ebda., 16f.

²⁷ Nicht los von Wien – jedoch für mehr Selbstständigkeit. Vorarlberger Bürgerinitiative verlangt Volksabstimmung, VN Jg. 35, Nr. 210 (11.09.1979) 1.

²⁸ Vgl. Morscher, Pro Vorarlberg, 33f.

²⁹ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 18.

³⁰ Vgl. Bereits großes Bündel an Unterstützungserklärungen. Gewaltige Sympathiewelle für Initiative PRO VORARLBERG, VN Jg. 35, Nr. 212 (13.09.1979) 3.

³¹ Vgl. Mehrheit für PRO VORARLBERG, VN Jg. 35, Nr. 214 (15.09.1979) 1.

2.2. Politische Positionen und Gegenbewegungen

Politisch reagierten die Parteien unterschiedlich auf die Initiative. Die ÖVP zeigte sich offen für die Diskussion und signalisierte, dass sie eine Stärkung der Bundesländer befürworte. Sie machte jedoch deutlich, dass letztlich der neue Landtag entscheiden würde, ob die Petition der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werde.³² Zwar erkannte ÖVP-Landeshauptmann Keßler schnell, dass die meisten Forderungen von „Pro Vorarlberg“ nicht umsetzbar waren. Dennoch kam die Initiative den föderalistischen Zielen der ÖVP entgegen und konnte teilweise in den Wahlkampf eingebunden werden.³³ Die FPÖ betonte ebenso ihre Übereinstimmung mit den Forderungen von „Pro Vorarlberg“ und verwies auf eine Rede ihres Klubobmanns Eß, der bereits im Juli 1979 ähnliche Forderungen erhoben hatte.³⁴ Jedoch nahm die FPÖ anfangs von einigen Forderungen Abstand, da sie darin einen Affront gegen die nach 1945 zugezogenen „Innerösterreicher“ sah. Beide Parteien signalisierten, dass sie die Petition unmittelbar nach den Landtagswahlen thematisieren würden.³⁵

Die SPÖ war anfangs uneins in ihrer Haltung zur Initiative „Pro Vorarlberg“. Einige Parteimitglieder erwogen sogar eine Duldung oder Unterstützung der Bewegung. Diese Unsicherheit ging auf die „Fußach-Ereignisse“ von 1964 zurück, bei denen eine Protestbewegung gegen den sozialdemokratischen Bundespräsidenten Karl Renner die SPÖ in Vorarlberg geschwächt hatte.³⁶ Angesichts der Landtagswahlen 1979 fürchtete die Landes-SPÖ eine

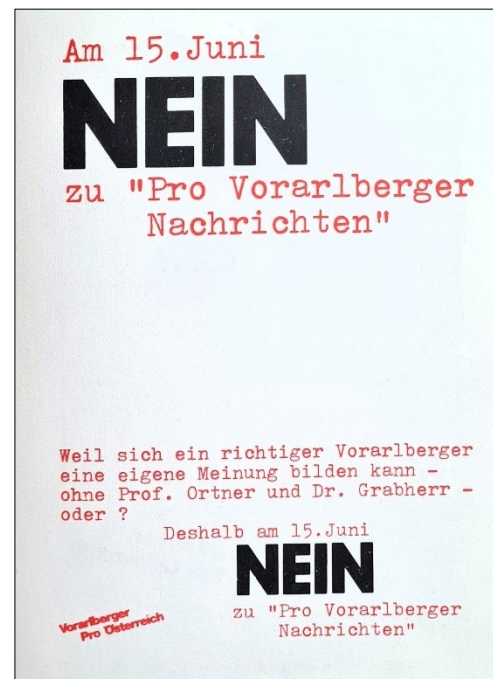


Abb. 2: Flugblatt „Vorarlberger Pro Österreich“, Mai 1980



Abb. 3: Aufkleber „Vorarlberger Pro Österreich“

³² Vgl. Morscher, Pro Vorarlberg, 35f.

³³ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 438.

³⁴ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 40.

³⁵ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 438.

³⁶ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 41.

ähnliche Polarisierung, die der Partei schaden könnte. Letztlich entschied sich die SPÖ jedoch klar gegen die Initiative und verurteilte separatistische Tendenzen, die auf eine Abspaltung Vorarlbergs abzielten.³⁷ Man vermutete, dass hinter Elmar Grabherrs Forderungen ethnische und rassistische Motive steckten, welche auf seinen Hintergrund während der NS-Zeit zurückzuführen war.³⁸ Außerdem kritisierte sie zudem die VN für deren aggressive Berichterstattung, in welcher Kandidaten, die sich von „Pro Vorarlberg“ distanzierten, öffentlich angeprangert wurden.³⁹ Auch Markus Barnay stellt fest, dass die Initiative von der VN maßgeblich getragen und propagiert wurde, aber gleichzeitig Gegenstimmen kein Platz gegeben wurde und oft auch noch verfälscht wurden.⁴⁰

Auch in den Medien regte sich früh Widerstand gegen die Initiative. Die „Neue Vorarlberger Tageszeitung“ kritisierte scharf die führenden Köpfe von „Pro Vorarlberg“, insbesondere Elmar Grabherr und VN-Chefredakteur Franz Ortner, und warf ihnen vor, zentrale Machtstrukturen zu fördern, was im Widerspruch zu den Zielen der Bewegung stünde.⁴¹

Eine weitere wichtige Oppositionsgruppe war die Aktion „Vorarlberger Pro Österreich“. Sie lehnte die Forderung nach einem eigenen Statut für Vorarlberg ab, da dies ihrer Meinung nach ähnliche Forderungen in anderen Bundesländern begünstigen könnte.⁴² Zudem warnten sie vor rassistischen Untertönen in den Aussagen von „Pro Vorarlberg“, insbesondere von Elmar Grabherr, der behauptete, die Vorarlberger seien fleißiger und besser als andere Österreicher, was als hetzerisch angesehen wurde.⁴³ Aber auch bereits in jener Petition die dem Landtag im September 1979 vorgelegt wurde, finden sich laut Markus Barnay Argumente, die einen gewissen völkischen Unterton mittragen.⁴⁴ Auch für Meinrad Pichler ist klar, dass man „sehr viele alte Zungenschläge darin gehört [hat]“ und dass „die alten Nazis das Heil im Alemannentum gesucht [haben]“. ⁴⁵

Diese Untertöne sind jedoch wenig verwunderlich, wenn man die NS-Vergangenheit von Grabherr und Ortner betrachtet. Markus Barnay betont, dass es nach 1945 innerhalb Vorarlbergs ein offenes Geheimnis war, dass besonders Ortner ein „begeisterter Nazi“⁴⁶ war und dass man

³⁷ Vgl. Ebda., 42.

³⁸ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 438.

³⁹ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 45.

⁴⁰ Vgl. Studiogespräch Barnay, 13.09.2004, ab 18:50.

⁴¹ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 45f.

⁴² Vgl. Morscher, Pro Vorarlberg, 34.

⁴³ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 33f.

⁴⁴ Vgl. Studiogespräch Barnay, 13.09.2004, ab 11:35.

⁴⁵ Vgl. Interview mit Meinrad Pichler, 10.09.2004, ORF 2 – Vorarlberg Heute, Vor 25 Jahren mit Peter Bußjäger, ab 01:05:15.

⁴⁶ Vgl. Studiogespräch Barnay, 13.09.2004, ab 22:55.

mittlerweile auch zahlreiche Belge gefunden habe, die aufzeigen, dass Ortner und Grabherr sich während der NS-Zeit als „völkische Rassisten“ hervorgetan haben.⁴⁷

Doch diese Bemühungen trafen auf harten Widerstand: Kritiker von „Pro Vorarlberg“ wurden oft persönlich attackiert. Vor allem über die Leserbriefseiten der VN wurde eine Hetzkampagne gegen die Mitglieder von „Vorarlberger Pro Österreich“ geführt. Darüber hinaus organisierten einige Unternehmer, die „Pro Vorarlberg“ unterstützten, einen Inseratenboykott gegen die „Neue Vorarlberger Tageszeitung“, die eine neutrale Berichterstattung über die Initiative gewährleistete.⁴⁸

Vertreter von „Pro Vorarlberg“ mieden eine offene Diskussion mit ihren Kritikern und hielten auch keine Pressekonferenzen ab.⁴⁹ Trotz mehrerer Einladungen zur öffentlichen Debatte zogen sie es vor, ihre Ansichten über die VN zu verbreiten. Diese Weigerung, sich einer Diskussion zu stellen, ließ viele an der demokratischen Haltung der Initiative zweifeln, obwohl sie selbst „mehr Demokratie“ forderte.⁵⁰



Abb. 4: SPÖ-Aufkleber

2.3. Das 10-Punkte-Programm

Besprochen wurde die Petition das erste Mal bei der Landtagssitzung am 20. November 1979. Im Verlaufe dieser äußerten sich neben den Parteiobmännern auch noch weitere acht Abgeordnete bei der Diskussion, um die Behandlung der Petition, wobei über die Hälfte dieser der ÖVP angehörten. Zwei Dinge fallen bei dieser Sitzung direkt auf, zum einen ist es ungewöhnlich, dass für solche Bitschriften keine 1. Lesung im Rahmen von Landtagssitzungen vorgesehen ist und zum anderen, dass der Landeshauptmann Keßler in seiner Funktion als

⁴⁷ Vgl. Interview mit Markus Barnay, 16.09.2009, Als Vorarlberg ganz allein sein wollte, Ö2/Radio Vorarlberg, ab 44:15.

⁴⁸ Vgl. Ebda., 44.

⁴⁹ Vgl. Interview Barnay, 16.09.2009, ab 43:30.

⁵⁰ Vgl. Ebda., 42-44.

Landeshauptmann in der Diskussion Stellung für die Petition bezieht.⁵¹ In dieser Sitzung wurde beschlossen, dass die Petition an den zuständigen Rechtsausschuss zur weiteren Behandlung übergeben werde.⁵²

Der Rechtsausschuss beschloss in seiner Sitzung am 16. Januar 1980, Experten zu den Hauptthemen der Petition anzuhören. Diese Anhörungen fanden in einer ganztägigen Sitzung am 27. Februar 1980 statt. Daraufhin kam der Rechtsausschuss Ende März 1980 erneut zu einer ganztägigen sowie zwei halbtägigen Sitzungen zusammen. An diesen Beratungen nahmen auch Vertreter der Bürgerinitiative sowie der Parteien teil. Zu Beginn legten die ÖVP- und FPÖ-Fraktionen einen gemeinsamen Antrag zur Durchführung einer Volksabstimmung vor, der die Grundlage für die weiteren Verhandlungen bildete. Die Bürgerinitiative erklärte, dass dieser Antrag zwar nicht vollständig ihren Vorstellungen entspreche, aber größtenteils ihre Anliegen widerspiegle. Der Vorschlag sei der Petition deutlich näher als dem Forderungsprogramm der Bundesländer und stelle eine akzeptable Lösung dar. Daher stimmte die Initiative zu, den gemeinsamen Antrag von ÖVP und FPÖ als Grundlage für die weiteren Beratungen im Rechtsausschuss zu verwenden.⁵³

Um der SPÖ die Möglichkeit zu geben, einen Alternativvorschlag zu unterbreiten, wurde die Sitzung des Rechtsausschusses am 21. März 1980 unterbrochen und am 25. März fortgesetzt. Zu Beginn dieser Sitzung legte die SPÖ-Fraktion einen dreiteiligen Vorschlag vor, der mehr Rechte für Bürger, Gemeinden und Bundesländer vorsah. Die SPÖ betonte, dass sie in Bezug auf die Länderrechte nicht über die Forderungen der Bundesländer hinausgehen werde, es sei denn, es gäbe zuvor Abstimmungen mit diesen.⁵⁴

Die Fraktionen der ÖVP und FPÖ lehnten den SPÖ-Vorschlag jedoch ab. Sie argumentierten, dass er vom ursprünglichen Ziel der Initiative „Pro Vorarlberg“ abweiche, nämlich die föderale Stellung der Bundesländer entscheidend zu stärken. Nur dieses Ziel solle Gegenstand einer Volksabstimmung sein. Der SPÖ-Vorschlag zur Stärkung der Länderrechte sei unzureichend, da er lediglich das Forderungsprogramm der Bundesländer enthalte, welches ohnehin von allen Ländern und Landtagsfraktionen unterstützt werde. Die Vorschläge der SPÖ zu mehr Bürger- und Gemeinderechten richteten sich außerdem an den Landtag und die Landesregierung, nicht

⁵¹ Vgl. Protokoll der 2. Sitzung des XXIII. Vorarlberger Landtages im Jahre 1979 am 20.11.1979. TOP 7 Petition der Bürgerinitiative «Pro Vorarlberg» für größere Selbständigkeit Vorarlbergs durch Erlangung eines eigenen Statutes, Bregenz 1979, 50f.

⁵² Vgl. Landtags-Protokoll vom 20.11.1979, 52.

⁵³ Vgl. Protokoll der 2. Sitzung des XXIII. Vorarlberger Landtages am 28. März 1980. Bericht des Rechtsausschusses zur Petition der Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“, Bregenz 1980, 34f.

⁵⁴ Vgl. Ebda., 35f.

jedoch an den Bund.⁵⁵ Der mit der Unterstützung von Experten entworfene Volksabstimmungstext⁵⁶, wurde schließlich in der Landtagssitzung vom 28. März 1980 angenommen und der Termin für die Abstimmung wurde auf den 15. Juni 1980 festgelegt.⁵⁷



Abb. 5: Pro Vorarlberg Werbung „Wurst“ in der VN vom 04.06.1980, 7

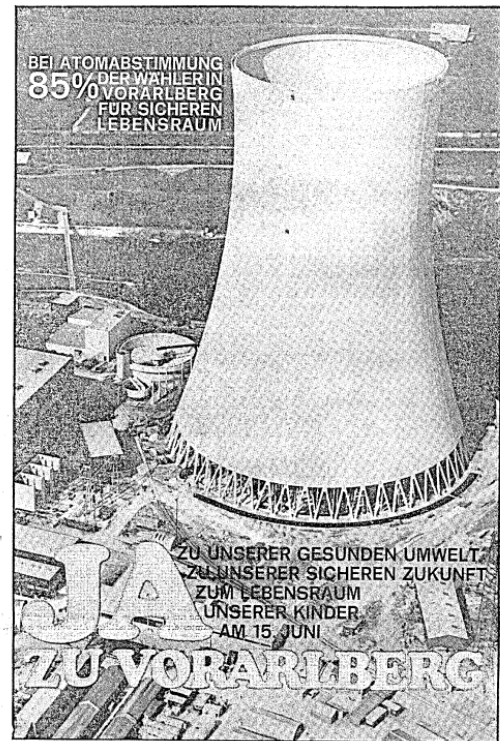


Abb. 6: Pro Vorarlberg Werbung „Atomkraft“ in der VN vom 04.06.1980, 30

Nun wurde auch in Wien die Volksabstimmung diskutiert, nämlich im Rahmen der Fragestunde der 31. Sitzung des Österreichischen Nationalrates vom 11. April 1980. Diese drehte sich schwerpunktmäßig um den Umgang der Bundesregierung mit dem Thema Föderalismus und der bevorstehenden Volksabstimmung. Im Zentrum stand die Frage, inwiefern der Bundeskanzler bereit sei, konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Eigenständigkeit der Länder und Gemeinden zu ergreifen.⁵⁸

Der Vorarlberger ÖVP-Abgeordnete Dr. Feuerstein fragte nach den Maßnahmen, die die Bundesregierung aufgrund der Föderalismus-Enquete ergreifen werde. Darauf antwortete

⁵⁵ Vgl. Ebda. 36.

⁵⁶ Siehe dazu im Anhang die Beilage 7 für diese Landtagssitzung, welche auch die Alternativtexte der SPÖ enthält.

⁵⁷ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 48.

⁵⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll der 31. Sitzung des Nationalrates am 17. April 1980, Fragestunde, Wien 1980, 8.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: „Ich habe die Absicht, in den allernächsten Tagen mit den in Betracht kommenden Herrn Landeshauptmännern [...] eine neuerliche Verhandlungsrunde durchzuführen. Ich glaube, daß das jedenfalls in Entsprechung der Diskussion geschieht, die anlässlich der Enquete stattgefunden hat.“⁵⁹ Feurstein verwies daraufhin auf die bevorstehende Volksabstimmung in Vorarlberg zur Frage der Stärkung der Länderrechte. Kreisky meinte dazu: „Ich werde sicherlich die Ergebnisse der Volksabstimmung in der gewissenhaftesten Weise prüfen, ich kann Ihnen aber keine Zusage machen, daß ich mit dem Herrn Landeshauptmann von Vorarlberg gesondert verhandeln werde, weil das eine Sache aller Bundesländer ist.“⁶⁰

Daraufhin wurde Kreisky vorgeworfen, die Anliegen der Vorarlberger nicht ernst zu nehmen. Kreisky entgegnete entschieden, dass er solche Behauptungen entschieden von sich wies und er die Angelegenheit sehr ernst nehmen würde und ebenso ernst auch überprüfen werde.⁶¹

Der FPÖ-Abgeordnete Grabher-Meyer hob hervor, dass der Wille des Vorarlberger Volkes durch die Volksabstimmung klar geäußert würde und fragte, ob Kreisky nicht verpflichtet sei, daraufhin Verhandlungen zu führen. Kreisky betonte: „Sprechen und gerne sprechen werde ich mit jedem, aber verhandeln über diese Fragen kann ich nur mit den Vertretern der Bundesländer.“⁶² In Reaktion auf weitere ähnlich formulierte Fragen zur Behandlung der föderalen Anliegen erklärte Kreisky abschließend: „Wenn es aber darum geht, über die Fragen der Zusammenarbeit mit den Bundesländern zu reden, das heißt, über die Rechte der Bundesländer, dann bin ich der Meinung, daß ich nur mit den Vertretern der Bundesländer zu verhandeln habe.“⁶³

Vorarlberg hat den billigsten Stromtarif Österreichs, weil dieser Tarif in Vorarlberg selbst bestimmt wurde!

Das ist ein Ergebnis einer aktiven Selbstverwaltung.
So könnte es in vielen Bereichen sein.
Vernünftig und dadurch billiger wirtschaften!

JA
zum Ländle
heißt ja zum besseren Österreich

Darum »JA« zum Ländle, »JA« für mehr Selbstbestimmung der Länder.

Abb. 7: Pro Vorarlberg Werbung „Stromtarif“ in der VN vom 06.06.1980, 24

Damit schien nicht nur für Kreisky die Angelegenheit für erledigt, sondern auch generell im

⁵⁹ Protokoll Nationalrat 17. April 1980, 8.

⁶⁰ Ebda.

⁶¹ Vgl. Protokoll Nationalrat 17. April 1980, 9.

⁶² Ebda.

⁶³ Ebda. 9f.

gesamten Nationalrat, da sich für das gesamte restliche Jahr 1980, kein Protokoll-Eintrag mehr finden lässt, welcher sich mit der Vorarlberger Volksabstimmung beschäftigt.

Nach dem Beschluss über die Volksabstimmung begann die Landesregierung sofort mit einem umfangreichen Werbefeldzug. Landeshauptmann Keßler stellte klar, dass die Information über die Abstimmung alleinige Sache der Landesregierung sei und nicht der politischen Parteien. Dies war für die konservativen Parteien, ÖVP und FPÖ eine gern gehörte Nachricht, da die Steuerzahler die Kosten für die Propaganda trugen.⁶⁴ Gemeinsam mit „Pro Vorarlberg“ und der VN wurde eine aggressive Kampagne gestartet, die die Abstimmung als entscheidend für die Zukunft Vorarlbergs darstellte.⁶⁵ Die Werbe-Kampagne war jedoch äußerst einseitig. Gegenargumente wurden nicht präsentiert, und die Bürger erhielten vor allem Informationen, die die Vorzüge eines „Ja“ unterstrichen. Die VN weigerten sich zudem, Inserate der SPÖ abzdrukken, was zu schweren Vorwürfen von Manipulation und Zensur führte. Die VN wurde beschuldigt, sozialistische Aussagen und Leserbriefe zu fälschen und die Wahlwerbung der SPÖ zu kriminalisieren.⁶⁶ Das Argument, dass es sich bei der Volksabstimmung um eine parteiunabhängige Initiative handeln würde, kann man somit widerlegen. So beobachtet auch Markus Barnay, dass es eindeutig um parteipolitische Angelegenheiten ging, da sich bereits im Vorfeld der Volksabstimmung die Parteien entsprechen exponiert hatten.⁶⁷

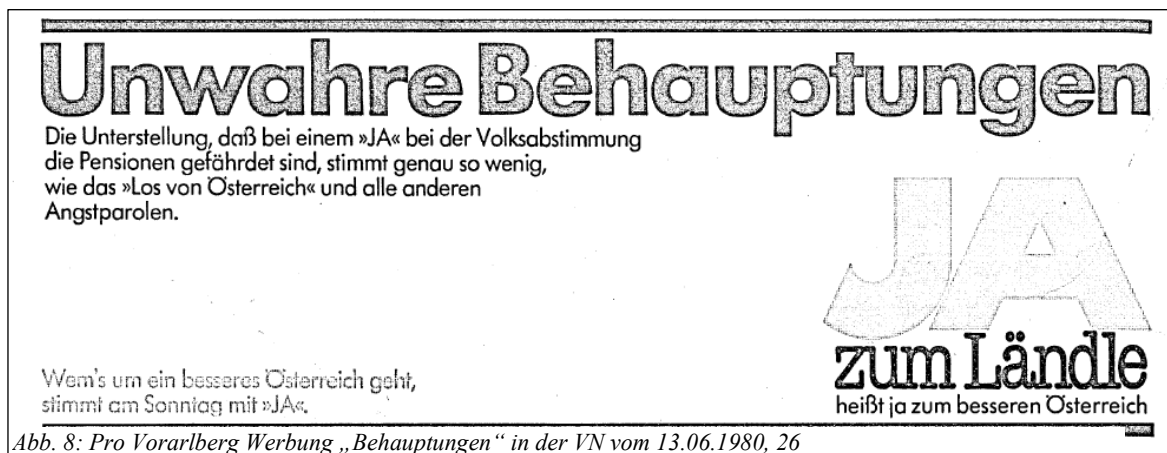


Abb. 8: Pro Vorarlberg Werbung „Behauptungen“ in der VN vom 13.06.1980, 26

⁶⁴ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 59.

⁶⁵ Vgl. Ebda. 59f.

⁶⁶ Vgl. Ebda., 60.

⁶⁷ Vgl. Interview Barnay, 16.09.2009, ab 47:20.



Abb. 9: Pro Vorarlberg Werbung „Steuerzahler“ in der VN vom 09.06.1980, 12

Die gesamten Kosten der Volksabstimmung beliefen sich auf 2.831.000 Schilling, wovon der größte Teil (2.317.000 Schilling) in die Information der Bürger flossen. Ursprünglich hatte der Landeshauptmann mit einer runden Million gerechnet. Die SPÖ kritisierte die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung als einseitig und behauptete, dass nur Pro-Argumente präsentiert wurden, während andere Ansichten ignoriert wurden. Die SPÖ warf ÖVP und FPÖ vor, eine echte Informationspolitik zu verhindern.⁶⁸

Die „Vorarlberger Pro Österreich“, die sich zwischenzeitlich etwas zurückgezogen hatten, schaltete sich in die Diskussion ein. Sie kritisierten den Volksabstimmungstext als zu vage und als Blankovollmacht für die Landesregierung. Trotz dieser Kritik stimmten die Wähler überwiegend für den Volksabstimmungstext, wobei die Anzahl der „Nein“-Stimmen von den Gegnern als Erfolg gewertet wurde.⁶⁹



Abb. 10: Pro Vorarlberg Werbung „Bundesländer“ in der VN vom 07.06.1980, 20

⁶⁸ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 60f.

⁶⁹ Vgl. Ebda., 53-56.

2.4. Abstimmungsergebnis und Autonomiedebatte

Bei der Volksabstimmung am 15. Juni 1980, über die Stärkung der Stellung der Länder und Gemeinden im Rahmen des österreichischen Bundesstaates, war das Ergebnis eindeutig: mit 69,3 Prozent stimmte eine deutliche Mehrheit der Vorarlberger für mehr Autonomie, während 30,6 Prozent dagegen waren. Dieses Ergebnis entsprach ungefähr dem Wahlergebnis der Landtagswahlen von 1979, bei denen die SPÖ 29 Prozent der Stimmen erhalten hatte.⁷⁰ Die Wahlbeteiligung von 90,8 % war zudem um 3,3 % niedriger als bei den Landtagswahlen 1979 (Abb.⁷¹). In Vorarlberg bestand damals eine Pflicht zur Stimmabgabe, und Nicht-Wählern drohten finanzielle Sanktionen.⁷²

Vorarlberger Volksabstimmung: Ergebnisse der Bezirke und das Gesamtergebnis								
Bezirks-Ergebnisse				Landtagswahl 21. Oktober 1979				
Bezirk	Stimm-berechtigt	abgegeb. Stimmen	gültig	Ja	Nein	ÖVP	SPÖ	FPÖ
Bludenz	32.644	29.467	28.497	19.092	9.395	16.721	9.439	3.162
Bregenz	60.551	55.014	53.017	37.933	15.084	33.635	14.693	6.117
Dornbirn	39.248	35.636	34.086	22.469	11.617	18.179	10.667	6.362
Feldkirch	44.470	40.579	39.064	27.668	11.396	24.043	11.781	4.498
Gesamt	176.913	160.696	154.654	107.162	47.492	92.578	46.800	20.139

Abb. 11: Ergebnisse der Abstimmung, VN, 16.06.1980, 1

Somit machte sich Landeshauptmann Keßler mit dem 10-Punkte-Programm und dem Abstimmungsergebnis unter dem Arm auf nach Wien, um der Bundesregierung die Forderungen zu präsentieren. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war jedoch enttäuschend. Denn bereits mehrere Tage vor der Abstimmung verdeutlichte Bundeskanzler Kreisky nochmal seine Haltung gegenüber den Forderungen und dass er nicht bereit sei über Sonderrechte für Vorarlberg zu verhandeln.⁷³ Die Bundesregierung betonte ebenso das bundesstaatliche Prinzip, das eine Gleichbehandlung aller Bundesländer vorsieht, und konzentrierte sich auf das bereits bestehende Bundesländerforderungsprogramm von 1976.⁷⁴

Obwohl das 10-Punkte-Programm des Vorarlberger Landtags keine direkten Verhandlungen zwischen Vorarlberg und dem Bund zur Folge hatte, wurden die Forderungen später in den allgemeinen Katalog der neun Bundesländer aufgenommen. „Pro Vorarlberg“ war somit ein bedeutender Impulsgeber für die allgemeinen Föderalismusbestrebungen in Österreich.⁷⁵ Für Vorarlberg selbst blieben die konkreten Erfolge jedoch überschaubar. Kritiker der Bewegung sahen darin einen ideologischen Sieg der konservativen Kräfte, der die Vorherrschaft der

⁷⁰ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 438.

⁷¹ Braumüller, Föderalismusbericht, 40.

⁷² Vgl. Ebda., 63.

⁷³ Vgl. Braumüller, Föderalismusbericht, 41.

⁷⁴ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 64.

⁷⁵ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 438.

traditionellen Elite festigte, während Antizentralismus und die Betonung einer angeblichen alemannischen Identität als politische Instrumente dienten, insbesondere für ÖVP und FPÖ.⁷⁶

2.5. Die Rolle der Vorarlberger Nachrichten

Die VN spielten eine entscheidende Rolle in der Entstehung von „Pro Vorarlberg“. Sie waren nicht nur an der Gründung beteiligt, sondern bestimmten, gelenkt durch Franz Ortner, auch die Inhalte und Ziele der Initiative. Mit einer Leserschaft von 120.000 war die VN die größere der beiden Vorarlberger Tageszeitungen, während die „Neue Vorarlberger Tageszeitung“ 76.000 Leser hatte.⁷⁷ Bereits zuvor hatten die VN bewiesen, dass sie die Bevölkerung mobilisieren konnten, etwa bei der Fußach-Affäre von 1964, als tausende Demonstranten verhinderten, dass ein Bodenseeschiff auf den Namen *Karl Renner* getauft wurde.⁷⁸ Die VN waren politisch bürgerlich-konservativ bis reaktionär orientiert und vertraten einen klaren „Anti-Wien-Kurs“. Sie argumentierten damit, dass Vorarlberg von den Bundesbehörden benachteiligt werde und dass eine Autonomie Vorarlbergs im Interesse der Zeitung liege, da sie dadurch ihren Einfluss auf die Landespolitik weiter ausbauen könnten.⁷⁹ Um die Unterstützung in der Bevölkerung weiter zu fördern, druckten die VN über einen Zeitraum von zehn Tagen Unterstützungserklärungen ab und starteten eine breit angelegte Werbekampagne für die Initiative.⁸⁰

⁷⁶ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 439.

⁷⁷ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 13.

⁷⁸ Vgl. Karl Schall, Die Legende vom „sauberen Ländle“ – Ein historisch-politologischer Versuch über die soziokulturellen Implikationen des politischen und gesellschaftlichen Klimas in Vorarlberg an Hand ausgesuchter Initiativen an der Schnittstelle von Kultur und Politik, Dissertation Universität Wien 2005, 370f.

⁷⁹ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 14.

⁸⁰ Vgl. Ebda., 40.

JA zum Ländle

»JA zum Ländle«
hat nichts mit
Sonderrechten zu tun.

»JA zum Ländle« hat auch nichts mit
Parteipolitik und schon gar nichts mit
einer »Los-von-Wien-Bewegung« zu
tun.

»JA zum Ländle« bedeutet, die
Selbständigkeit der Länder (nicht nur
Vorarlbergs) wieder herzustellen und
zu erhalten.

»JA zum Ländle« bedeutet, einen
Bundesstaat zu verwirklichen, in dem
sich alle Bürger wohl fühlen können,
in dem Leistungen (Selbständiger und
Unselbständiger) noch Erfolg bringen,
ein Staat, in dem sauber gewirtschaftet
und regiert wird.

Bei der Volksabstimmung am
15. Juni mit »JA« stimmen,
damit es in Österreich besser wird.

Volksabstimmung am 15. Juni:

MEHR FÖDERALISMUS WENIGER ZENTRALISMUS

3 Gründe gegen ein Nein :

- Ein Nein bei der Föderalismus-Volksabstimmung würde in Wien als Ermunterung aufgefaßt, den Zentralismus zu verstärken. Es wäre ein schwerer Schlag für die Bundesländer.
- Die Durchsetzung künftiger Vorarlberger Anliegen bei der Bundesregierung würde entscheidend geschwächt.
- Die mit Unwahrheiten arbeitende Propaganda für ein Nein ist parteipolitisch motiviert und sachlich völlig unbegründet.

3 Gründe für ein Ja :

- Die Länder und Gemeinden Österreichs müssen gestärkt werden, damit sich der bürokratische Zentralismus nicht weiter ausbreitet.
- Der Landtag hat für die Volksabstimmung nach Anhörung zahlreicher Experten ein 10-Punkte-Programm für mehr Föderalismus erarbeitet, das nichts mit Separatismus zu tun hat. Ein Ja zu Vorarlberg ist daher immer auch ein Ja zu Österreich.
- Entgegen den wahrheitswidrigen Behauptungen der Nein-Propagandisten werden durch mehr Mitsprache der Länder und Gemeinden die Lebensbedingungen nicht verschlechtert, sondern ganz im Gegenteil verbessert. Mehr Föderalismus und weniger Zentralismus stärkt die bürgernahe, soziale und fortschrittliche Arbeit der Länder und Gemeinden.

Prüfen und entscheiden Sie selbst.

Wir empfehlen Ihnen :

JA zum Föderalismus



ÖVP
die Vorarlberg-Partei

Abb. 13: Pro Vorarlberg Werbung „Föderalismus“ in der VN (11.06.1980, 16)

JA

zum Ländle

Amtlicher Stimmzettel
für die
Volksabstimmung am 15. Juni 1980

JA

Stimmen Sie mit "JA"...
... wenn Sie für mehr Freiheit,
Eigenständigkeit und Demokratie
sind, wenn Sie wollen, daß unser
Heimatland eine lebenswerte
Zukunft haben soll.

**"JA" heißt,
für ein besseres
Österreich
stimmen.**
Daß es tatsächlich um eine
wichtige, richtungsweisende
Entscheidung für den
Föderalismus in ganz Österreich
geht, erkennen Sie an den
empfindlichen und irreführenden
Reaktionen der »Zentralisten« –
nur sie können dabei etwas
verlieren.
Der Bürger kann nur gewinnen.

Abb. 14: Pro Vorarlberg Werbung „JA“ in der VN vom 14.06.1980, 15

Während die VN die Bewegung unterstützten, standen andere Medien wie die „Neue Vorarlberger Zeitung“ und das Studio Vorarlberg des ORF der Initiative kritischer gegenüber. Außerhalb Vorarlbergs, vor allem in Wien, zeichnete sich die Berichterstattung durch eine teils unverhältnismäßig negative Darstellung aus. Der ORF wurde dafür kritisiert, die Bewegung in seinen Sendungen lächerlich gemacht und kaum objektiv berichtet zu haben, was in Vorarlberg das Vertrauen in die Medien weiter schwächte.⁸¹

In einem Interview für *Vorarlberg Heute* aus dem Jahr 2009 zeigte sich der Alt-Landeshauptmann Keßler immer noch davon überzeugt, dass es sich bei der „Pro Vorarlberg“-Initiative mehr um eine Zeitungskampagne gehalten hat, denn um eine Politische. So meint er in dem Interview: „Das Ganze lief über die Medien, ohne dass die an sich Zuständigen was davon wussten.“⁸²

3. Landesbewusstsein in Vorarlberg nach 1945

Um die in diesem Zusammenhang behandelten Traditionen zu verstehen, die in der Argumentationslinie der Bürgerinitiative verwendet wurden, ist es wichtig, zunächst die gesellschaftliche Entwicklung Vorarlbergs zu beleuchten. Ein entscheidender Aspekt der regionalistischen Bewegungen in Vorarlberg ist die Wiederentdeckung und Neuinterpretation der regionalen Geschichte. Diese Geschichtsschreibung stellt einen Versuch dar, demokratische Traditionen zu betonen, die unabhängig von der Arbeiterbewegung und bestehenden Machtstrukturen bestehen. Vorarlberg hat eine lange Tradition der lokalen Geschichtsschreibung, die häufig darauf abzielt, die politische und kulturelle Eigenständigkeit der Region zu dokumentieren.⁸³ Ein zentrales Element dieser Erzählung ist der Mythos eines tief verwurzelten „Freiheitssinns“ unter den Vorarlbergern, der in zahlreichen offiziellen und populären Texten hervorgehoben wird. Diese Texte betonen, dass die Vorarlberger immer bereit waren, für ihre Freiheit zu kämpfen.⁸⁴

Die Geschichtsschreibung in Vorarlberg verbindet historische Fakten mit wertenden Mythen und präsentiert die Bevölkerung als eine Gemeinschaft, die über Jahrhunderte hinweg für politische Freiheit, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit eintrat. Dabei wird jedoch oft die Komplexität der Machtverhältnisse in der Region vernachlässigt. Ein wichtiges Ereignis in der

⁸¹ Vgl. Morscher, Pro Vorarlberg, 36f.

⁸² Interview mit Herbert Keßler, 13.06.2009, Vorarlberg – Wien. Reizthema früherer Jahre, ORF 2 – Vorarlberg Heute, ORF-Archiv am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, ab 19:44.

⁸³ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 70.

⁸⁴ Vgl. Ebda., 70f.

jüngeren Geschichte Vorarlbergs ist die Volksabstimmung von 1919, die im folgenden Kapitel ausführlicher behandelt wird und bei der 80 % der Wähler für Verhandlungen über einen Anschluss an die Schweiz stimmten. Dieses Ereignis wird häufig als Ausdruck des Selbstbestimmungswillens der Vorarlberger betrachtet.⁸⁵

Der Populismus, der diesen regionalistischen Bewegungen zugrunde liegt, basiert oft auf der Annahme einer vermeintlichen Einheit von Sprache, Rasse und Volkstum. Dies wird besonders deutlich in den Debatten rund um die Initiative „Pro Vorarlberg“, in denen die Vorstellung eines historisch gewachsenen, ethnisch homogenen Volkes eine zentrale Rolle spielt. In der Diskussion über die ethnische Identität der Vorarlberger wird jedoch oft ignoriert, dass die tatsächlichen demografischen Gegebenheiten diese Annahmen erheblich in Frage stellen. Beispielsweise zeigen die Volkszählungsdaten von 1971, dass nur 73 Prozent der Wohnbevölkerung in Vorarlberg geboren wurden. Eine Erhebung von 1981 ergab, dass lediglich 50 Prozent der Befragten beide Elternteile in Vorarlberg aufwuchsen, während weitere 25 Prozent zumindest einen Elternteil aus der Region stammten. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Vorstellung eines einheitlichen Volkes in Vorarlberg nicht haltbar ist.⁸⁶

Ein unbestreitbares Symbol ethnischer Gemeinsamkeit ist die Zugehörigkeit zum alemannischen Sprachraum. Die lokale Mundart unterscheidet sich deutlich von den anderen österreichischen Dialekten, die dem bajuwarischen Sprachraum angehören. Innerhalb Vorarlbergs existieren mindestens sechs größere Mundartgruppen, und die sprachlichen Unterschiede zwischen den Dörfern sind gut erkennbar. In städtischen Gebieten hingegen beginnen diese sprachlichen Besonderheiten zu verschwinden, da die Oberschicht oft Hochdeutsch spricht, das zwar alemannisch gefärbt, aber bereits dem innerösterreichischen Idiom angeglichen ist.⁸⁷

Ein weiteres zentrales Argument in der Diskussion um die Initiative „Pro Vorarlberg“ ist die territoriale Abgeschlossenheit der Region. Elmar Grabherr argumentiert, dass die Grenze zu Österreich als nahezu unüberwindbar wahrgenommen wird, während die Grenzen zu den Nachbarstaaten Schweiz, Liechtenstein und Deutschland als offen gelten. Diese Sichtweise wird jedoch als politisch konstruiert und nicht als geographische Realität anerkannt. Die tatsächliche geographische Geschlossenheit wird in Frage gestellt, da Gebiete wie das Kleinwalsertal, das keine direkte Straßenverbindung zum restlichen Vorarlberg hat, nicht als natürliche Bestandteile

⁸⁵ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 73f.

⁸⁶ Vgl. Ebda., 75f.

⁸⁷ Vgl. Ebda., 76.

der Region betrachtet werden können.⁸⁸

Hierzu kommen auch die nicht zu vernachlässigenden Faktoren der Verkehrsnetze und Medien. Der Ausbau von Straßen und öffentlichem Verkehr förderte die Mobilität und den Kontakt zwischen den Regionen, was das Bewusstsein für eine gemeinsame Identität verstärkte.⁸⁹ Gleichzeitig spielten die Massenmedien, insbesondere die VN und das ORF-Regionalprogramm, eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung eines starken regionalen Bewusstseins. Diese Medien förderten einen ausgeprägten Vorarlbergzentrismus, wie Umfragen aus den 1980er Jahren belegen.⁹⁰

Die Untersuchung historischer Traditionen zeigt, dass diese oft verwendet werden, um Vorarlberg von benachbarten „Völkern“ abzugrenzen. Otto Ender, der frühere Landeshauptmann, bezeichnete die Vorarlberger als „geborene Demokraten“ und behauptete, sie seien demokratischer gesinnt als die Tiroler. Solche verallgemeinernden Urteile sind jedoch problematisch, insbesondere im Hinblick auf Enders autoritäre Ansichten während seiner Amtszeit als österreichischer Verfassungsminister.⁹¹

Die ethno-nationale Identität der Vorarlberger wird im Kontext einer langen Tradition nationalistischer und ethnischer Ideologien betrachtet. Ethnische Leitbilder, die sich auf die Fleißigkeit und Sparsamkeit der Vorarlberger beziehen, werden als charakteristische Merkmale der Region hervorgehoben. Diese Symbole der Ethnizität entstammen einem breiten Erfahrungshorizont, beinhalten jedoch auch klare klassenspezifische Interessen, insbesondere die der industriellen Elite.⁹²

Die Medienlandschaft in Vorarlberg, allen voran die VN, hat das föderalistische und antizentralistische Bewusstsein der Bevölkerung nachhaltig gestärkt.⁹³ Diese Zeitung war maßgeblich an Kampagnen wie der „Schiffstaupe Fußach“ 1964 und der Initiative „Pro Vorarlberg“ 1979/80 beteiligt, die das Landesbewusstsein auch politisch mobilisierten. Umfragen zeigen, dass ein erheblicher Teil der Vorarlberger Bevölkerung für mehr Autonomie plädiert, wobei der Einfluss der Medien auf diese Einstellungen nicht zu unterschätzen ist.⁹⁴

⁸⁸ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 77f.

⁸⁹ Vgl. Markus Barnay, Die Erfindung des Vorarlbergs. Ethnizitätsbildung und Landesbewusstsein im 19. Und 20. Jahrhundert, Bregenz 1988, 480.

⁹⁰ Vgl. Ebda., 477.

⁹¹ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 78.

⁹² Vgl. Ebda., 78f.

⁹³ Vgl. Barnay, Ethnizitätsbildung, 477f.

⁹⁴ Vgl. Ebda., 478-480.

In diesem Kontext entwickelt sich ein neues Landes- bzw. Regionalbewusstsein, das aus einer grundlegenden Gesellschaftskritik erwächst, die sich gegen die Anonymität und Unübersichtlichkeit zentralistischer politischer Prozesse richtet. Die Bürger empfinden die für sie relevanten Entscheidungen, weit entfernt und schwer nachvollziehbar, was zu einem Gefühl der Ohnmacht führt.⁹⁵ Dazu gehören die starke Ausrichtung des Fernsehprogramms auf die Bundeshauptstadt Wien, die Zentralisierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie die Monopolisierung politischer Entscheidungen in wenigen Machtzentren. Diese Faktoren verstärken das Gefühl der Entfremdung, während die Bürger über die „Ohnmacht der Bürger“ und die „Machtballung“ klagen, die zu einer Entmündigung und einem Missbrauch von Macht führen.⁹⁶

Die Forderung nach mehr regionaler Identität und Verantwortung entstand als Reaktion auf das wachsende Unzufriedenheitsgefühl in der Bevölkerung. Die Bürgerinitiative griff diese Stimmung auf und formte daraus eine politische Identität, die sich gegen den als zu zentralistisch empfundenen Einfluss des Bundes richtete. Gleichzeitig nutzten die Landesregierung sowie die ÖVP und FPÖ diese Unzufriedenheit strategisch, um politische Unterstützung zu mobilisieren. Dabei stellten sie den Bund als Hauptverantwortlichen für die Probleme des Landes dar und forcierten eine klare Abgrenzung zwischen Landes- und Bundespolitik.⁹⁷

3.1. Exkurs: Vorarlberg nach dem Ersten Weltkrieg - Kanton Übrig

Während die nichtdeutschen Länder bzw. Ethnien, von Tschechen und Polen bis hin zu Südslawen, eigene Staaten ausriefen oder sich zu neuen Staaten zusammenschlossen, gründeten die 208 deutschsprachigen Abgeordneten des Reichsrats in Wien, am 21. Oktober 1918, die provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich. Dieser Nationalversammlung ging etwas mehr als eine Woche später, am 30. Oktober, eine Regierung hervor, mit dem Sozialdemokraten Karl Renner als Kanzler. Damit war die formelle Staatsgründung von Deutschösterreich, im Sinne des Völkerrechts, abgeschlossen, wobei es noch keine klaren Grenzen gab, da eben viele deutschsprachige Gebiete besetzt wurden, so etwa Südtirol von Italien oder Böhmen, Mähren und Schlesien durch die damalige Tschechoslowakei und Polen.⁹⁸

Am 11. November 1918, nach vier zermürbenden Kriegsjahren, dankte dann schließlich Kaiser Karl I. ab, wobei er sich mit dem „Feldkircher Manifest“, mit dem er alle „seit dem 16. Oktober

⁹⁵ Vgl. Barnay, Pro Vorarlberg, 82.

⁹⁶ Vgl. Ebda., 83.

⁹⁷ Vgl. Ebda., 83f.

⁹⁸ Vgl. Meinrad Pichler, Das Land Vorarlberg. 1861 bis 2015, Innsbruck 2015, 151.

1918 gemachten Erklärungen und Zusagen“ widerrief, eine Hintertüre zur Thronrückkehr offenhielt. Somit war der Zusammenfall der Monarchie endgültig vollzogen. Bereits am Folgetag wurde bei der Nationalversammlung in Wien formell der Staat Deutschösterreich ausgerufen. Demnach solle Deutschösterreich als Teil Deutschlands der dortigen Republik beitreten.⁹⁹ Man hatte wenig Hoffnung darauf, dass der neue Kleinstaat lebensfähig ist, jedoch glaubte man daran, dass sich das große Deutschland früher oder später wieder erfangen werde. Am 19. November verfügte dann das Staatsamt für Inneres in Wien über das Ende der Zuständigkeit der Innsbrucker Statthalterei über Vorarlberg. Wie auch Vorarlberg, sahen sich die meisten Länder dieses neuen Deutschösterreich prinzipiell für autonom und wollten an der Nationalversammlung in Wien nur provisorisch mitwirken, um sich damit noch eine gewisse Entscheidungsfreiheit offen zu halten.¹⁰⁰

Doch bereits am 3. November 1918 wurde bei einer provisorischen Landesversammlung im Hotel „Österreichischer Hof“ in Bregenz eine Vorentscheidung über einen Waffenstillstand mit der Entente beschlossen. Dem Gremium gehörten 19 Christlichsoziale, sechs Deutschfreisinnige und fünf Sozialdemokraten an. Hier wurde auch nach kurzer Beratung, mit Hinsicht auf das von Woodrow Wilson verabschiedete Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Abspaltung Vorarlbergs aus dem Verbund mit Tirol proklamiert. Dabei hieß es, dass sich Vorarlberg „[...] auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes als eigenes selbstständiges Land im Rahmen des deutsch-österreichischen Staates“ erklärt.¹⁰¹

Die Entscheidungsfreiheit, welche sich das Land Vorarlberg durch das provisorische Mitwirken an der Nationalversammlung in Wien offenhielt, fand besonders einer sehr nützlich: Der Lustenauer Ferdinand Riedmann. Als eines von neun Kindern einer Lustenauer Hafnerfamilie wurde Ferdinand Riedmann 1886 in Lustenau geboren. Die wirtschaftliche Lage der Familie in der Riedmann gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufwuchs, durfte prägend auf seine spätere politische Haltung gewesen sein. Hafnerbetriebe wurden durch die industrielle Herstellung von Geschirr und das Aufkommen der lukrativen Stickerei-Industrie verdrängt.¹⁰²

Der Lehrer und Kinobesitzer Riedmann kehrte im November 1918 aus dem Krieg zurück und setzte sich unmittelbar für einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz ein. Schon auf seiner

⁹⁹ Anm. Das Deutschland als Republik bezeichnet wird, ist nicht richtig, da es nach der Weimarer Reichsverfassung 1919 immer noch ein Reich war.

¹⁰⁰ Vgl. Pichler, Vorarlberg. 1861 bis 2015, 151.

¹⁰¹ Vgl. Markus Barnay, Vorarlberg. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien 2011, 16.

¹⁰² Vgl. Meinrad Pichler, Ferdinand Riedmann. Der Prophet vom gelobten Land Helvetia, in: Tobias G. Natter (Hg.), „Kanto Übrig“. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, Bregenz 2008, 45.

Rückreise hielt er vor Vorarlberger Soldaten in Linz eine Rede zu diesem Thema.¹⁰³ Am 13. November 1918 lud er zu einer Veranstaltung in seinem Lustenauer Kino ein, bei der er als einziger Redner seine Vorstellungen präsentierte. Dabei argumentierte er, dass Vorarlberg und die Schweiz aufgrund ihrer gemeinsamen alemannischen Abstammung kulturell und sprachlich enger verbunden seien als mit dem Rest Österreichs. Die von ihm bewunderte Schweizer Demokratie passte zu seinem konservativen Weltbild, und seine antisemitische Haltung gegenüber „Wiener Juden“ fand großen Anklang bei den Zuhörern.¹⁰⁴

Riedmann sah sich selbst als eine Art „Erlöser“ für die Vorarlberger, wobei er zwei Schritte zur Lösung aller Probleme empfahl: erstens, die Befreiung von Österreich durch einen entschiedenen Antisemitismus, um der angeblich jüdisch geprägten, sozialistischen, und großstädtischen „Misere“ zu entkommen¹⁰⁵; zweitens, den Anschluss an die Schweiz als ein „Gelobtes Land“, das demokratisch und gerecht sei. Mit Aussagen wie „Wien kennt die Vorarlberger nicht, und wir wollen nichts von den Wiener Juden wissen“ unterstrich er seinen Standpunkt.¹⁰⁶

Drei Wochen später gründete sich der „Werbeausschuss“ für den Anschluss an die Schweiz, dem Riedmann vorstand. Rasch entstanden in vielen Gemeinden Ableger, und die Bewegung gewann aufgrund der kriegsbedingten Unsicherheit und Notlage der Bevölkerung großen Zulauf.¹⁰⁷ Eine privat organisierte Volksbefragung im Januar 1919 ergab im nördlichen Rheintal eine Zustimmung von über 90 Prozent für den Anschluss an die Schweiz.¹⁰⁸

Allerdings gab es auch Widerstand. Eine der größten gegnerischen Gruppen war das „Schwabenkapitel“, das sich aus Textilindustriellen und Mitgliedern deutsch-nationaler Parteien zusammensetzte. Sie befürworteten einen Zusammenschluss mit Deutschland oder Schwaben, um einen „Schwabenstaat“ zu bilden.¹⁰⁹ Gegner des Schweiz-Anschlusses argumentierten, dass dieser der Vorarlberger Wirtschaft, insbesondere der Textilindustrie, schaden würde, und setzten

¹⁰³ Vgl. Pichler, Riedmann. Prophet vom gelobten Land, 49.

¹⁰⁴ Vgl. Pichler, Vorarlberg. 1861 bis 2015, 165.

¹⁰⁵ Pichler, Vorarlberg. 1861 bis 2015, 166.

¹⁰⁶ Vgl. Pichler, Riedmann. Prophet vom gelobten Land, 47.

¹⁰⁷ Vgl. Pichler, Vorarlberg. 1861 bis 2015, 166.

¹⁰⁸ Vgl. Ebda. 168.

¹⁰⁹ Vgl. Gerhard Wanner, Welche Freiheit suchten sie?, in: Tobias G. Natter (Hg.), „Kanto Übrig“. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, Bregenz 2008, 95.

auf Propaganda, indem sie Vorarlberg als „Kanton Übrig“ und die Schweiz als von jüdischem Einfluss geprägt darstellten.¹¹⁰

Am 1. März 1919 übergab man das Ergebnis der Volksabstimmung zum Anschluss an die Schweiz sowie eine Unterschriftenliste an Landeshauptmann Otto Ender. Insgesamt wurden 40.334 Unterschriften gesammelt, was etwa 70 Prozent der Vorarlberger Wahlberechtigten ausmachte.¹¹¹ Aufgrund dieser hohen Beteiligung konnte das Thema nicht mehr ignoriert werden. Der Landtag beschloss am 9. März 1919, das Ergebnis zwar nicht dem Schweizer Bundesrat zu übermitteln – da es sich um keine offizielle Abstimmung handelte – jedoch die Anschlussfrage der provisorischen Landesversammlung vorzulegen.¹¹² Ender kommentierte: „Damit war die Anschlussbewegung, um die wir uns bis dahin wenig kümmerten, zu einer Landessache geworden.“¹¹³

Am 15. März sprach Ender vor der Landesversammlung und erörterte die verschiedenen staatlichen Optionen für Vorarlberg. Er blieb neutral, argumentierte jedoch aus ethnischer, geografischer, historischer und wirtschaftlicher Perspektive für die Schweiz.¹¹⁴ Ender hält die Vorarlberger für „demokratischer gesinnt als die Tiroler.“¹¹⁵ Dabei betonte er, dass die Schweiz Vorarlberg, im Gegensatz zu Österreich oder Deutschland, schneller aus der Krise helfen könnte.¹¹⁶

Die Versammlung beschloss, vorerst keine Entscheidung zu treffen, jedoch fünf Anträge einstimmig anzunehmen: 1. Vorarlbergs Selbstständigkeitserklärung sollte provisorisch bleiben. 2. Ein neu gewählter Landtag solle den endgültigen Anschluss entscheiden. 3. Ein Verhandlungsausschuss solle die Bedingungen für einen möglichen Anschluss in Deutschösterreich, der Schweiz und Deutschland prüfen. 4. Ein Komitee solle die wirtschaftlichen Folgen eines Anschlusses untersuchen. 5. Bei Verhandlungen mit einem ausländischen Staat sollten sachverständige Vertreter zur Verfügung stehen.¹¹⁷

¹¹⁰ Vgl. Werner Dreier, Meinrad Pichler, Vergebliches Werben. Misslungene Vorarlberger Anschlussversuche an die Schweiz und an das Schwaben 1918-1920, Bregenz 1989, 95; Vgl. Duygu Özkan, Was will der „Kanton übrig“ wirklich?, in: Die Presse, 17.07.2010, online unter <<https://www.diepresse.com/581899/was-will-der-kanton-ubrig-wirklich>> (19.08.2024); Abbildung Flugblatt des Schwabenkapitels. In: Wanner, Welche Freiheit suchten sie? 90.

¹¹¹ Vgl. Pichler, Vorarlberg. 1861 bis 2015, 168.

¹¹² Vgl. Otto Ender, Vorarlbergs Schweizer-Anschluß-Bewegung von 1918 bis 1924, in: Benedikt Bilgeri, Meinrad Tiefenthaler (Hg.), Schriften zur Vorarlberger Landeskunde, Bd. 5, Dornbirn 1952, 6f.

¹¹³ Ebda. 8.

¹¹⁴ Vgl. Ender, Schweizer-Anschluß-Bewegung, 9f.

¹¹⁵ Ebda. 10.

¹¹⁶ Vgl. Ebda. 12f.

¹¹⁷ Vgl. Ender, Schweizer-Anschluß-Bewegung, 14f.

Als der Verhandlungsausschuss bei der Schweizer Regierung vorsprechen wollte, lehnte diese zunächst ab, mit dem Hinweis, dass eine amtliche und unverbindliche Befragung nötig sei, bevor Gespräche aufgenommen werden könnten.¹¹⁸ Ein entsprechender Antrag auf Befragung wurde am 6. Mai 1919 vom Landtag beschlossen, und die Abstimmung fand am 11. Mai statt.¹¹⁹ Das Ergebnis war eindeutig: 47.727 Stimmen für den Anschluss an die Schweiz und 11.378 dagegen¹²⁰ – rund 80 Prozent der Stimmen waren pro Schweiz, nur in drei Gemeinden gab es keine Mehrheit dafür.¹²¹

Ergebnis der Volksabstimmung in Vorarlberg zur Schweizer Anschlussfrage.								
Amtsbezirk Bregenz.			Amtsbezirk Feldkirch.			Amtsbezirk Bludenz.		
Gerichtsbezirk Bregenz.	Ja	Nein	Gerichtsbezirk Dornbirn	Ja	Nein	Gerichtsbezirk Bludenz.	Ja	Nein
Auferschwende	774	31	Dornbirn	4839	1901	Blons	139	13
Bildstein	243	15	Gent	44	1	Bludenz	1065	1148
Bregenz	1701	1453	Hubach	244	23	Bludenz	194	7
Buch	140	2	Waisau	177	15	Brand	126	9
Doren	342	19	Sösch	905	114	Bürgen	326	123
Fuß	76	3	Sobenens	2111	325	Bürtenberg	194	2
Gorb	713	255	Rustenau	3063	345	Dalau	347	69
Göbenwieser	191	36	Summe	12 444	3024	Fontanella	146	1
Göbranz	463	166				St. Gerold	106	5
Heimelbach	315	18	Gerichtsbezirk Feldkirch.			Immer-Brax	215	25
Langen	295	36	Ja		Nein	Itösterle	196	74
Langenbach	703	91	Walt	714	16	Reb	141	5
Neudorf	415	87	Wittenstadt	1770	569	Rebich	348	19
Neudorf	224	55	Düns	85	12	Reiningen	1005	62
Neudorf	731	626	Dürrenberg	65	7	Reiningen	408	103
Neudorf	216	87	Feldkirch	964	717	Reiningen	264	2
Neudorf	359	64	Freilans	749	123	Reiningen	321	5
Neudorf	444	215	Freilans	10	1	Reiningen	244	12
Neudorf	813	31	Freilans	168	10	Reiningen	123	11
Summe	8958	3235	Freilans	449	22	Summe	5923	1702
			Freilans	1424	158			
Gerichtsbezirk Bregenzwald.	Ja	Nein	Freilans <td>376</td> <td>8</td> <th>Gerichtsbezirk Montafon.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th>	376	8	Gerichtsbezirk Montafon.	Ja	Nein
Handelsbuch	435	55	Freilans <td>513</td> <td>34</td> <td>St. Anton</td> <td>69</td> <td>2</td>	513	34	St. Anton	69	2
Handelsbuch	395	67	Freilans <td>268</td> <td>3</td> <td>St. Anton</td> <td>481</td> <td>4</td>	268	3	St. Anton	481	4
Handelsbuch	433	63	Freilans <td>274</td> <td>21</td> <td>St. Gallen</td> <td>489</td> <td>35</td>	274	21	St. Gallen	489	35
Handelsbuch	326	6	Freilans <td>182</td> <td>35</td> <td>St. Gallen</td> <td>319</td> <td>29</td>	182	35	St. Gallen	319	29
Handelsbuch	18	164	Freilans <td>1408</td> <td>152</td> <td>St. Gallen</td> <td>55</td> <td>8</td>	1408	152	St. Gallen	55	8
Handelsbuch	94	4	Freilans <td>59</td> <td>4</td> <td>St. Gallen</td> <td>721</td> <td>120</td>	59	4	St. Gallen	721	120
Handelsbuch	818	112	Freilans <td>304</td> <td>15</td> <td>St. Gallen</td> <td>250</td> <td>1</td>	304	15	St. Gallen	250	1
Handelsbuch	135	260	Freilans <td>452</td> <td>17</td> <td>St. Gallen</td> <td>39</td> <td>7</td>	452	17	St. Gallen	39	7
Handelsbuch	361	18	Freilans <td>255</td> <td>13</td> <td>St. Gallen</td> <td>42</td> <td>19</td>	255	13	St. Gallen	42	19
Handelsbuch	185	86	Freilans <td>148</td> <td>47</td> <td>St. Gallen</td> <td>307</td> <td>6</td>	148	47	St. Gallen	307	6
Handelsbuch	299	3	Freilans <td>310</td> <td>45</td> <td>Summe</td> <td>3142</td> <td>232</td>	310	45	Summe	3142	232
Handelsbuch	325	121	Freilans <td>209</td> <td>57</td> <td></td> <td></td> <td></td>	209	57			
Handelsbuch	163	36	Freilans <td>154</td> <td>43</td> <td>Gesamtresultat im Wahlbezirk Bludenz</td> <td>9065</td> <td>1934</td>	154	43	Gesamtresultat im Wahlbezirk Bludenz	9065	1934
Handelsbuch	135	6	Freilans <td>143</td> <td>9</td> <td></td> <td></td> <td></td>	143	9			
Handelsbuch	107	9	Freilans <td>99</td> <td>5</td> <td></td> <td></td> <td></td>	99	5			
Handelsbuch	237	16	Freilans <td>224</td> <td>22</td> <td></td> <td></td> <td></td>	224	22			
Handelsbuch	34	15	Freilans <td>490</td> <td>12</td> <td></td> <td></td> <td></td>	490	12			
Handelsbuch	566	29	Summe	12 238	2174			
Handelsbuch	76	30	Gesamtresultat im Wahlbezirk Feldkirch	24 732	5198			
Handelsbuch	118	26						
Handelsbuch	4	1						
Summe	4972	1011						
Gesamtresultat im Wahlbezirk Bregenz	13 930	4246						
	</							

Abb. 15: Ergebnis der Volksabstimmung in Vorarlberg zur Schweizer Anschlussfrage, Vorarlberger Tagblatt, 14. Mai 1919

Am 13. Mai reiste Landeshauptmann Ender zu den Friedensgesprächen nach Paris, um die „Vorarlberg-Frage“ einzubringen. Da die Kommunikation mit den Siegermächten nur schriftlich erfolgte, verzögerte sich jedoch eine Antwort.¹²² Ender bat Staatskanzler Renner, das Thema bei den Alliierten anzusprechen, was dieser ablehnte, da er in den Verhandlungen um jedes Stück Land kämpfen müsse.¹²³

Nach seiner Rückkehr erfuhr Ender vom Entwurf des Vertrags von Saint-Germain, der die bestehenden Grenzen Österreichs festlegte und damit den Anschluss an die Schweiz verhinderte.

¹¹⁸ Vgl. Pichler, Vorarlberg. 1861 bis 2015, 169.

¹¹⁹ Vgl. Ender, Schweizer-Anschluß-Bewegung, 19f.

¹²⁰ Vgl. Abb.: „Ergebnis der Volksabstimmung in Vorarlberg zur Schweizer Anschlussfrage“.

¹²¹ Vgl. Ender, Schweizer-Anschluß-Bewegung, 23; Vgl. Pichler, Vorarlberg. 1861 bis 2015, 169f.

¹²² Vgl. Ender, Schweizer-Anschluß-Bewegung, 24f.

¹²³ Vgl. Ebda. 27.

Spätere Bitten an Renner, das Thema in Gesprächen mit dem französischen Regierungschef Clemenceau zu erörtern, blieben erfolglos.¹²⁴ Ender kritisierte Renners Vorgehen scharf: „Er ließ die Abstimmung geschehen und nahm den Landeshauptmann mit nach St. Germain, [...] ließ ihn aber nicht zu Worte kommen.“¹²⁵

4. Die Vorarlberger Nachrichten

Am 1. September 1945 erschien die VN als erste und zugleich einzige Tageszeitung in Vorarlberg nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu dieser Zeit gestatteten die französischen Besatzungsbehörden noch keine parteipolitischen Zeitungen, weshalb das Blatt als sogenanntes „Dreieinigkeitsblatt“ konzipiert wurde. Dabei sollte die Redaktion aus Vertretern der drei damals zugelassenen Parteien bestehen.¹²⁶ Während ÖVP und SPÖ jeweils mit einem Vertreter im Redaktionskomitee repräsentiert wurden, verzichteten die Kommunisten darauf. Gelegentlich erschienen jedoch Artikel im Sinne der KPÖ. Der Zeitungsname wurde in einer Sitzung der Landesregierung bestimmt, die auch bei der Beschaffung von Druckfarben, Nachrichtendiensten und Klischees unterstützte.¹²⁷

Nicht nur die technischen Bedingungen für den Zeitungsdruck waren damals äußerst schwierig, auch die Nachrichtenlage war problematisch, da die Kommunikations- und Transportwege, wie Post und Telefon, erst wiederhergestellt werden mussten.¹²⁸ Anfangs wurde die Zeitung nur im Einzelverkauf angeboten, doch ab 1946 war auch ein Abonnement verfügbar. In den folgenden Wochen verbesserte sich die Nachrichtenversorgung zusehends. Zunächst nutzte die Zeitung den Depeschendienst der Schweizer Nachrichtenagentur, später ließ die Redaktion die Nachrichten direkt an der Schweizer Grenze abholen, um die Aktualität zu erhöhen. Dank der französischen Militärverwaltung erhielt die Redaktion ein Feldtelefon, das den Anschluss an das französische Netz ermöglichte, sodass die Kommunikation zumindest innerhalb der Besatzungszone gesichert war.¹²⁹

Am 15. November 1945, nachdem auch parteipolitische Zeitungen in der französischen

¹²⁴ Vgl. Daniel Witzig, Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlußbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918 – 1922, in: Edgar Bonjour, Werner Kaegi (Hg.), Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 132, Basel 1974, 320.

¹²⁵ Ender, Schweizer-Anschluß-Bewegung, 43.

¹²⁶ Vgl. Andrea Gasser, Medien, in: Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Robert Kriechbaumer (Hg.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. 4. Vorarlberg: zwischen Fußach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit, herausgegeben von Franz Mathis und Wolfgang Weber, Wien/Köln/Weimar 2000, 246-257, hier 251f.

¹²⁷ Vgl. Elisabeth Hämmerle, Die Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs in ihrer Entwicklung vom Ende der Monarchie bis 1967, phil. Diss., Universität Wien 1969, 321.

¹²⁸ Vgl. Ebda. 322..

¹²⁹ Vgl. Hämmerle, Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs, 322.

Besatzungszone zugelassen wurden, verabschiedeten sich die parteipolitischen Vertreter der Redaktion von ihren Lesern. Die ÖVP legte das „Vorarlberger Volksblatts“ neu auf, während die SPÖ den „Vorarlberger Volkswillen“ für sich beanspruchte. Ab November 1945 wurden die VN von der Buchdruckerei Ruß übernommen, die das Blatt ab September 1946 selbst drucken konnte, da bis dahin noch nicht alle benötigten Druckmaschinen verfügbar waren.¹³⁰

Die Chefredaktion übernahm fortan Eugen Ruß, eine prominente Figur in der Vorarlberger Zeitungslandschaft. Ruß war seit 1919 im Impressum der „Vorarlberger Landeszeitung“ zu finden, einer amtlichen Tageszeitung, die als Vorläufer der VN betrachtet werden kann.¹³¹ Unter der Chefredaktion von Eugen Ruß, dem auch die Druckerei gehörte, wurde die Zeitung im neutralen, überparteilichen Sinne weitergeführt, was dem Wunsch der Bevölkerung nach einer unabhängigen Presse entsprach.¹³²

Nach dem Tod von Eugen Ruß im August 1962 übernahm sein Sohn Anton Ruß die Leitung. Unter seiner Führung wurde die VN zur auflagenstärksten und einflussreichsten Tageszeitung in Vorarlberg. Eine klare programmatische Ausrichtung prägte seine Arbeit: die Befürwortung eines vereinten Europas und die Ablehnung des innerstaatlichen Zentralismus, der als schädlich für die Bundesländer angesehen wurde. In den kommenden Jahren entwickelte sich die VN durch ihre Berichterstattung zu einem Meinungsführer in der Region. Die Zeitung war maßgeblich an bedeutenden Aktionen wie dem „Rundfunkvolksbegehren 1964“ und der Berichterstattung zu politischen Skandalen wie der „Fußach-Affäre 1964“ beteiligt.¹³³ Die Ereignisse rund um die Schiffstau in Fußach wurden in den Ausgaben vom 21. bis 28. November 1964 umfassend behandelt, und 10.000 Exemplare der Ausgabe vom 25. November wurden nach Wien gesandt, um dort kostenlos verteilt zu werden.¹³⁴ Auch bei umstrittenen Themen wie der „Autobahntrassierung 1965“ und der Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg 1980“ zeigte sich der erhebliche Einfluss der Zeitung auf die öffentliche Meinung.¹³⁵

Als sich das „Vorarlberger Volksblatt“ 1966 anlässlich seines 100-jährigen Bestehens einen neuen Zeitungskopf zulegte, reagierten die VN prompt mit dem Untertitel: „Auflagenstärkste und parteiunabhängige Tageszeitung des Landes Vorarlberg“. Damit unterstrich das Blatt seine Position als unabhängige Presse, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs etablierte und

¹³⁰ Vgl. Hämmerle, Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs, 322f.

¹³¹ Vgl. Gasser, Medien, 252.

¹³² Vgl. Hämmerle, Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs, 322f.

¹³³ Vgl. Schall, „Sauberes Ländle“, 370.

¹³⁴ Vgl. Ebda. 324.

¹³⁵ Vgl. Gasser, Medien, 252.

in den folgenden Jahrzehnten eine führende Rolle im Vorarlberger Medienspektrum einnahm.¹³⁶

Eine Leseranalyse des Gallup-Instituts im Frühjahr 1965 zeigte, dass 71.000 Personen die VN an Wochentagen lasen, von denen 68.000 regelmäßige Abonnenten waren. 78 % der Leser erhielten die Zeitung per Post, 18 % kauften sie in Trafiken, und 4 % im Einzelverkauf.¹³⁷ Die VN konnten über die Jahre ihre Reichweite und Auflagenzahlen stetig steigern. So erreichte die Zeitung 1995 in Vorarlberg eine beeindruckende Reichweite von 73,7 Prozent und wurde täglich von rund 200.000 Menschen gelesen. Der Erfolg der Zeitung ist auch auf das frühe Ende der parteigebundenen Presse in Vorarlberg zurückzuführen: Während Zeitungen wie der „Vorarlberger Volkswille“ (SPÖ) und die „Neue Tageszeitung“ (KPÖ) bereits in den 1950er Jahren eingestellt wurden, konnte sich die VN dank ihres neutralen und unabhängigen Ansatzes als einzige Tageszeitung in Vorarlberg dauerhaft durchsetzen.¹³⁸

Vergleicht man dazu die Ergebnisse der aktuellen Media-Analyse 2023, zeigt sich für Vorarlberg, dass die VN doch etwas an Leserschaft verloren hat, nämlich fast die Hälfte, aber immer noch auf 40,7 Prozent kommt, wobei das Angebot „TOP Vorarlberg“ (Kombination aus VN und die „NEUE“) mit 44,6 Prozent in Vorarlberg Platz 1 der Tageszeitungen belegt. Auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, wen man die jeweils auflagenstärkste Regional-Tageszeitung heranzieht, führt die VN diese Liste an. So erreicht die Salzburger Nachrichten in Salzburg nur 29,4 Prozent oder die OÖ-Nachrichten lediglich 24,5 Prozent in ihrem eigenen Bundesland. Bezieht man noch die Samstagsausgabe der VN mit ein, erreicht man dabei 41,25 Prozent.¹³⁹

Media-Analyse 2023	LpA Tageszeitungen																			
	Fälle	NRW Tageszeitungen	Der Standard	Die Presse	Heute (GRATIS)	Kronen Zeitung	Kurier	oe24 (GRATIS)	Österreich	Österreich/oe24-Kombi (KAUF/GRATIS)	Kleine Zeitung gesamt	Kleine Zeitung (Graz)	Kleine Zeitung (Klgt.)	OÖN-OÖ Nachrichten	SN-Salzburger Nachrichten	TT-Tiroler Tageszeitung	Kombi TT/TT Kompakt (KAUF/GRATIS)	Neue Vbg. Tageszeitung	VN-Vbg. Nachrichten	TOP Vorarlberg
Total	15.282	51,9	6,6	3,5	8,8	22,3	5,5	4,7	3,7	7,4	7,6	5,3	2,3	4,7	3,1	3,3	3,5	0,7	2,0	2,3
Bundesland																				
Wien	3.280	48,3	10,4	5,5	17,1	17,0	9,3	9,1	7,8	14,4	1,0	1,0	-	0,8	1,3	0,5	0,5	0,2	0,3	0,5
Niederösterreich	2.901	47,2	5,7	3,8	12,5	23,8	9,4	4,8	4,2	8,0	0,4	0,4	-	1,0	1,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,3
Burgenland	517	54,2	5,1	3,8	9,0	35,5	10,6	4,5	3,4	7,0	3,2	3,2	-	0,5	1,5	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1
Steiermark	2.149	57,2	5,9	3,8	2,8	26,6	2,9	2,9	2,0	4,5	33,1	33,1	-	0,5	1,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2
Kärnten	973	59,3	4,6	2,0	2,3	31,4	2,4	2,6	1,8	4,1	34,9	-	34,9	0,2	1,0	0,2	0,2	0,2	0,3	0,5
Oberösterreich	2.541	51,8	5,0	2,7	9,3	21,8	2,1	4,1	2,6	6,2	0,7	0,7	-	24,5	2,0	0,5	0,5	0,2	0,3	0,4
Salzburg	952	52,2	5,0	2,2	1,8	26,3	1,5	2,4	1,3	3,4	0,5	0,5	-	1,3	29,4	0,8	0,8	0,3	0,3	0,5
Tirol	1.296	54,5	6,0	1,6	1,9	19,9	2,7	1,7	1,6	3,9	1,6	0,5	1,1	0,3	1,6	34,8	37,0	0,2	0,3	0,5
Vorarlberg	674	53,8	7,2	2,7	1,8	5,6	2,4	1,7	0,8	2,4	0,5	0,5	-	0,1	0,7	0,7	0,7	11,6	40,7	44,6
Kärnten (mit Osttirol)	1.056	58,3	4,4	2,0	2,2	30,5	2,5	2,6	1,7	4,0	33,6	-	33,6	0,2	1,0	1,2	1,3	0,2	0,3	0,5

Abb. 16: Media-Analyse 2023, Tageszeitungen

¹³⁶ Vgl. Hämmerle, Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs, 325.

¹³⁷ Vgl. Ebda. 324.

¹³⁸ Vgl. Gasser, Medien, 253.

¹³⁹ Vgl. Media-Analyse 2023, online unter <<https://www.media-analyse.at/table/4000>> (20.07.2024).

4.1. Massenmedien

Medien sind entscheidend für die Herstellung von Öffentlichkeit. Die Kommunikationswissenschaft beschreibt diese als ein Kommunikationsnetzwerk, in dem unterschiedliche Teilöffentlichkeiten existieren. Dabei gibt es nicht „die“ eine Öffentlichkeit, sondern vielmehr verschiedene Formen, von großen nationalen Medien bis hin zu spezialisierten Fachzeitschriften, aber eben auch Regionalzeitungen.¹⁴⁰ Leitmedien wie Zeitungen und Nachrichtensendungen ermöglichen es, verschiedene Teilöffentlichkeiten sichtbar zu machen und miteinander zu verknüpfen. Ohne Massenmedien wäre Öffentlichkeit auf lokale Räume, wie Dörfer oder Schulen, beschränkt. Medien sorgen daher für die Entstehung einer umfassenden gesellschaftlichen Öffentlichkeit.¹⁴¹

Der Begriff „Medium“ stammt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie „Mittel“. In der heutigen Zeit wird er vielfältig verwendet. Im engeren Sinne bezeichnet „Massenmedien“ technische Mittel, die zur massenhaften Verbreitung von Informationen geeignet sind, wie Presse, Film, Radio, Fernsehen und das Internet.¹⁴² Medien sind somit ein zentraler Bestandteil der heutigen Gesellschaft, da sie eine Vielzahl von Aufgaben erfüllen.¹⁴³ Dabei werden Aussagen an ein unbegrenztes und nicht persönlich festgelegtes Publikum übermittelt. Dies geschieht auf indirekte Weise, das heißt, es besteht eine räumliche, zeitliche oder sowohl räumliche als auch zeitliche Distanz zwischen den Kommunikationspartnern. Zudem erfolgt die Kommunikation einseitig, ohne einen Rollenwechsel zwischen Sender und Empfänger.¹⁴⁴ Ihr Angebot reicht von sachlicher Berichterstattung wie in Nachrichtensendungen bis hin zu Unterhaltung und Klatsch. Was Medien produzieren, richtet sich nach den Interessen des Publikums, da langfristig nur das überlebt, was Absatz findet.¹⁴⁵

Die eingangs erwähnte „öffentliche Meinung“ kann in diesem Sinne auf verschiedene Weisen

¹⁴⁰ Vgl. Udo Branahl, Patrick Donges, Warum Medien wichtig sind: Funktion in der Demokratie, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), Massenmedien, Bonn 08.06.2011, online unter <<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/massenmedien-309/7492/warum-medien-wichtig-sind-funktionen-in-der-demokratie>> (10.09.2024).

¹⁴¹ Vgl. Eva Baumann, Katrin Keller, Marcus Maurer, Thorsten Quandt, Wolfgang Schweiger, Wie Medien genutzt werden und was sie bewirken, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), Massenmedien, Bonn 08.06.2011, online unter <<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/massenmedien-309/7543/wie-medien-genutzt-werden-und-was-sie-bewirken>> (10.09.2024).

¹⁴² Vgl. Jürgen Wilke, Vom Barden zum Blogger: die Entwicklung der Massenmedien, in Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), Massenmedien, Bonn 08.06.2011, online unter <<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/massenmedien-309/7490/vom-barden-zum-blogger-die-entwicklung-der-massenmedien>> (11.09.2024).

¹⁴³ Vgl. Baumann et al., Medien genutzt (10.09.2024).

¹⁴⁴ Vgl. Roland Burkart, Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder, 2. Auflage, Wien/Köln/Weimar 1995, 164.

¹⁴⁵ Vgl. Baumann et al., Medien genutzt (10.09.2024).

verstanden werden: als veröffentlichte Meinung in den Massenmedien, als Summe individueller Meinungen der Bürger oder als Meinung innerhalb bestimmter Teilöffentlichkeiten, etwa unter politischen Eliten. Sie kann auch ein Konstrukt sein, das erst durch Umfragen oder Fragen entsteht, die den Menschen gestellt werden. Außerdem gibt es die Auffassung, dass öffentliche Meinung eine „herrschende Meinung“ sein kann, der sich Menschen anpassen, um nicht isoliert zu werden. (Massen-)Medien wie die VN erfüllen somit eine doppelte Funktion: Sie informieren und bilden die Meinung ihrer Leser, Hörer oder Zuschauer und nehmen aktiv Einfluss auf politische und gesellschaftliche Diskussionen.¹⁴⁶

Für die vorliegende Arbeit ist die Rolle der Massenmedien als Vermittler politischer Informationen und als Plattform für den öffentlichen Diskurs zentral. Wie bereits Günther Pallaver in seiner Untersuchung darlegt und sich dabei auf Arbeiten zur politischen Kommunikation von Fritz Plasser und Ulrich Sacrinelli bezieht, konstruieren die Medien durch die Auswahl und Aufbereitung von Informationen die subjektive Realität ihrer Nutzer und bieten einen Rahmen für den politischen Diskurs. In diesem Kontext sind Massenmedien als Instrumente der politischen Kommunikation unverzichtbar, da sie öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen lenken und damit politische Prioritäten mitbestimmen.¹⁴⁷

Die in dieser Arbeit thematisierten politischen Ereignisse (Anschluss an die Schweiz, Fußach-Affäre, Volksabstimmung 1980) weisen allesamt in ihrer Berichterstattung einen gewissen Hang zum Föderalismus auf. Jedoch zeigt sich, dass dieses Thema in den österreichischen Medien wenig Beachtung findet und keinen hohen Nachrichtenwert besitzt.¹⁴⁸ Trotz der Vielfalt an Kanälen und Formaten in der Medienlandschaft, wie Printmedien, Fernsehen und Internet, kommt das Thema Föderalismus selten vor, insbesondere im Vergleich zu anderen politischen Themen. Dies deutet darauf hin, dass die Medien die Relevanz dieses Themas gering einschätzen und es somit im öffentlichen Diskurs eine untergeordnete Rolle spielt.¹⁴⁹

4.2. Medienwirkung

Die Wirkung von Medien ist ein zentrales Forschungsfeld in der Kommunikationswissenschaft, wobei drei Perspektiven in der empirischen Wirkungsforschung hervorgehoben werden: der „Stimulus-“, der „Rezipienten-“ und der „Medien-orientierte“ Ansatz.¹⁵⁰ Die Medien-orientierte

¹⁴⁶ Vgl. Branahl, Donges, Warum Medien wichtig sind (10.09.2024).

¹⁴⁷ Vgl. Pallaver, Berichterstattung Föderalismus, 59f.

¹⁴⁸ Vgl. Ebda. 65.

¹⁴⁹ Vgl. Ebda. 68f.

¹⁵⁰ Vgl. Roland Burkart, Einleitung, in: Roland Burkart (Hg.), Wirkungen der Massenkommunikation.

Theorie geht davon aus, dass die Gestaltung des „Kommunikationsangebots“ durch die Medien den entscheidenden Einfluss auf das Publikum ausübt. Der für die vorliegende Arbeit im Vordergrund stehende Ansatz der Stimulus-orientierte Theorie betrachtet den Medieninhalt (Stimulus) als auslösenden Faktor für eine spezifische Reaktion (Response) beim Publikum. Im Gegensatz dazu setzt die Rezipienten-orientierte Perspektive den Empfänger ins Zentrum.¹⁵¹ Medien beeinflussen auch, welche Themen in der Gesellschaft als wichtig erachtet werden (Agenda-Setting) und können die Bewertung von Politikern und Parteien beeinflussen (Priming-Effekt). Darüber hinaus fördern gemeinsame Medienthemen wie Sportereignisse das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gesellschaft (Integrationsfunktion).¹⁵²

Obwohl Medien zur Meinungsbildung beitragen, können sie nur selten Meinungsveränderungen herbeiführen. Menschen bevorzugen Medien, die ihrer eigenen Meinung entsprechen (selektive Mediennutzung), und echte Meinungsänderungen entstehen meist durch persönliche Gespräche. Es gibt zudem negative Medienwirkungen, wie die Darstellung verzerrter Weltbilder, den Einfluss auf Konsumverhalten und mögliche Nachahmungseffekte, insbesondere durch die Verbreitung von Gewalt in Nachrichten, Filmen und Computerspielen.¹⁵³

In diesem Kontext sollte man die Agenda-Setting-Theorie genauer untersuchen. Diese Theorie, die auf Bernhard Cohen zurückgeht, postuliert, dass Medien weniger beeinflussen, *was* Menschen denken, sondern vielmehr, *worüber* sie nachdenken. Die Agenda-Setting-Theorie nimmt an, dass durch die Hervorhebung bestimmter Themen eine Rangordnung entsteht, die das Publikum übernimmt.¹⁵⁴ Das bedeutet, dass Medieninhalte und ihre Gewichtung einen direkten Einfluss darauf haben, welche Themen der Rezipient als wichtig erachtet. Die Untersuchung dieser Beziehung zwischen Medien- und Publikumsagenda kann durch drei Modellvarianten analysiert werden¹⁵⁵:

- Awareness-Modell (Aufmerksamkeitsmodell): Es besagt, dass Themen, über die in den Medien berichtet wird, vom Publikum mit größerer Aufmerksamkeit wahrgenommen werden, während weniger oder gar nicht behandelte Themen weniger Beachtung finden.
- Salience-Modell (Wichtigkeitsmodell): Es geht davon aus, dass die Wichtigkeit, die die Medien einem Thema beimessen, die Wahrnehmung der Rezipienten beeinflusst und diese

Theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse, Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, 3. Aufl., Wien 1992, 1.

¹⁵¹ Vgl. Burkart, Einleitung, 2.

¹⁵² Vgl. Baumann et al., Medien genutzt (10.09.2024).

¹⁵³ Vgl. Baumann et al., Medien genutzt (10.09.2024).

¹⁵⁴ Vgl. Pallaver, Berichterstattung Föderalismus, 60.

¹⁵⁵ Vgl. Burkart, Kommunikationswissenschaft, 242.

deren Wichtigkeitseinschätzung widerspiegelt.

- Prioritätenmodell: Dieses Modell radikalisiert das Salience-Modell und unterstellt, dass die Themenagenda der Medien nahezu eins zu eins in das Bewusstsein der Rezipienten übergeht.

Medien beeinflussen die öffentliche Wahrnehmung, indem sie durch Selektion und Gewichtung bestimmte Themen hervorheben und andere vernachlässigen. Die geringe Berichterstattung über den Föderalismus lässt darauf schließen, dass dieses Thema im medialen Agenda-Setting nur eine niedrige Priorität hat. Da Föderalismus selten im Fokus steht, wird er in der öffentlichen Wahrnehmung entsprechend als unwichtig angesehen.¹⁵⁶

Die Selektion von Nachrichten wird auch bei Niklas Luhmann thematisiert, der den Begriff der Wahrheit im Kontext von Massenmedien thematisiert. Er ist der Meinung, dass „Wahres interessiert die Massenmedien nur unter stark limitierenden Bedingungen [...]. Nicht in der Wahrheit liegt deshalb das Problem, sondern in der unvermeidlichen, aber auch gewollten und geregelten Selektivität.“¹⁵⁷

Nach Luhmann zählen zu diesen Selektoren unter anderem die Aktualität der Nachricht, veraltetes oder zu oft wiederholtes ist unerwünscht. Auch erhalten Konflikte und Normverstöße besonderer Beachtung, vor allem wenn dies alles mit einem lokalen Bezug geschieht.¹⁵⁸ Wenn dann noch konkrete Personen herangezogen werden, deren Meinungsäußerungen als Nachrichten dargestellt werden, werden fast alle Luhmann'schen Selektoren in der Berichterstattung verwendet.¹⁵⁹

Daten aus einer von Günther Pallaver durchgeführten Untersuchung für das Jahr 2007 zeigen, dass Föderalismus in den Medien kaum vorkam.¹⁶⁰ Die geringe mediale Präsenz könnte somit zur mangelnden Sensibilität der Bevölkerung für dieses Thema beitragen. Einige Medien wie „Die Presse“, die VN oder „Der Standard“ berichteten verhältnismäßig mehr darüber, während andere, wie die „Kronen Zeitung“ oder das ORF-Fernsehen, das Thema nur am Rande behandelten.¹⁶¹

¹⁵⁶ Vgl. Pallaver, Berichterstattung Föderalismus, 65f.

¹⁵⁷ Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, 4. Aufl. Wiesbaden 2009, 41.

¹⁵⁸ Anm. Zur Bedeutung von Lokalkommunikation hat auch Elke Joahm die VN in ihrer Diplomarbeit untersucht. Vgl. Elke Joahm, Trist, trostlos? Kulturjournalistische Leistungen einer Region im Vergleich. Analysiert am Beispiel der „Vorarlberger Nachrichten“ und der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“, Diplomarbeit Universität Wien 1994, 25f.

¹⁵⁹ Vgl. Luhmann, Massenmedien, 42-50.

¹⁶⁰ Vgl. Ebda.

¹⁶¹ Vgl. Pallaver, Berichterstattung Föderalismus, 77.

4.3. Medienpolitischer Einfluss

Medienpolitische Akteure beeinflussen die Massenkommunikation auf publizistischer und ökonomischer Ebene: Während Parteien Medienpolitik nutzen, um die öffentliche Meinungsbildung zu steuern, streben Medienkonzerne finanzielle Vorteile durch die Kontrolle der Verwertungsbedingungen an. Historisch dominierten publizistische Akteure wie Parteien und staatliche Institutionen, doch mit der Digitalisierung und europäischer Regulierung gewinnen wirtschaftliche Akteure zunehmend an Einfluss.¹⁶²

Um die Medienlandschaft zu lenken, setzen Akteure drei Strategien ein: *distributive*, *regulative* und *kommunikative*.¹⁶³ Distributive Strategien fördern oder behindern bestimmte Medienleistungen durch Subventionen oder Steuern. Regulative Strategien, wie Gesetze zur Medienkonzentration, sind im deutschsprachigen Raum besonders verbreitet, da sie Parteien ermöglichen, ihre publizistischen Interessen durch staatliche Kontrolle durchzusetzen. Kommunikative Strategien, etwa die Androhung von Regulierung, beeinflussen das Verhalten der Medienakteure.¹⁶⁴

Medienpolitische Regulierung greift in drei Bereichen ein: *Teilnahme*, *Inhalte* und *Verfahren*. Die Teilnahme an der Presse ist größtenteils frei, während der Rundfunk strenger reguliert wird. Internetbasierte Kommunikation bleibt grundsätzlich unbeschränkt, während Mobilfunkdienste lizenziert werden. Inhalte werden durch Gesetze kontrolliert, die beispielsweise die Verbreitung pornografischer oder ehrverletzender Inhalte verbieten. Datenschutz, Datensicherung und Urheberrechte sind in Bezug auf die Verfahren besonders im Online-Bereich von Bedeutung.¹⁶⁵

Massenkommunikation beeinflusst die Politik auf mehreren Ebenen. Auf der *Mikroebene* prägen Medien die Wahrnehmung der Bürger und vermitteln politische Themen, wobei die Wirkung von Kognition, Emotion und sozialem Umfeld abhängt. Auf der *Mesoebene* verändern Medien politische Organisationen, etwa durch die „Amerikanisierung“ von Wahlkämpfen und die direkte Kommunikation mit dem Publikum.¹⁶⁶ Auf der *Makroebene* können Medien die Machtverhältnisse im politischen System beeinflussen und eine „Mediokratie“ begünstigen, auch wenn sie in einem politischen Ordnungsgefüge eingebettet sind, das ihren

¹⁶² Gerhard Vowe, Massenmedien, in: Uwe Andersen, Jörg Bogumil, Stefan Marschall, Wichard Woyke (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 8. überarb. und erw. Aufl., Wiesbaden 2021, 607-616, hier 611.

¹⁶³ Vgl. Ebda.

¹⁶⁴ Vgl. Ebda. 611f.

¹⁶⁵ Vgl. Vowe, Massenmedien, 612f.

¹⁶⁶ Vgl. Vowe, Massenmedien, 614f.

Handlungsspielraum reguliert.¹⁶⁷

4.4. Exkurs: Die Fußach-Affäre 1964

Im Kontext der Landesgeschichte Vorarlbergs sticht ein Ereignis in der Nachkriegszeit besonders hervor, welches den medienpolitischen Einfluss auf regionaler Ebene aufzeigt, nämlich die sogenannte „Fußach-Affäre“. Im November 1964 kam es in Vorarlberg erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik zu Massenprotesten gegen den Zentralismus und für mehr Föderalismus. Diese Demonstrationen unterschieden sich von früheren dadurch, dass sie nicht von etablierten politischen Organisationen gesteuert wurden. Vor allem in sozialistischen Kreisen Wiens sorgte das unerwartete Aufbegehren für Erstaunen, und manche werteten es als Zeichen eines latent vorhandenen Faschismus.¹⁶⁸

Der Anlass der Proteste war vergleichsweise unbedeutend: Es ging um die Namensgebung eines neuen Bodenseeschiffs, das unter der Aufsicht des sozialistischen Verkehrsministers Otto Probst stand. Probst, der auch Zentralsekretär der SPÖ war, schlug den Namen *Karl Renner* vor.¹⁶⁹ Dies stieß in Vorarlberg jedoch auf breite Ablehnung, sowohl seitens der Landesregierung als auch des Landtags, sogar die Vorarlberger SPÖ schloss sich dem Protest an, um den Erfolg der Partei im Land nicht zu gefährden.¹⁷⁰ Allen voran stand die VN, welche sich erbittert für den Namen *Vorarlberg* einsetzte und dafür auch eine intensive Kampagne fuhr. Es wurden in der VN nicht nur Kundgebungen zu dem Konflikt beworben, sondern auch zu Demonstrationen aufgerufen.¹⁷¹

Da Probst sich den Vorarlberger Mahnungen widersetzte, eskalierten die Spannungen bei der geplanten Schiffstaufe am 21. November 1964. Über 20.000 Menschen nahmen an den Demonstrationen in Bregenz und Fußach teil. Dabei wurde die Gendarmerie überwältigt, Festgäste wurden angegriffen¹⁷², und die österreichische Flagge wurde, je nach Interpretation, heruntergerissen oder ausgetauscht und durch die Vorarlberger Landesflagge ersetzt.¹⁷³ Schließlich kam es zu einer improvisierten „Nottaufe“ des Schiffs auf den Namen *Vorarlberg*, woraufhin Verkehrsminister Probst die Veranstaltung abbrach.¹⁷⁴ Nach den Unruhen wurden Verfahren gegen die Beteiligten eingeleitet, darunter gegen den Chefredakteur der VN, Anton

¹⁶⁷ Vgl. Vowe, Massenmedien, 615f.

¹⁶⁸ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 428-430.

¹⁶⁹ Vgl. Wanner, Schiffstaufe, 13-16.

¹⁷⁰ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 429.; Vgl. Wanner, Schiffstaufe, 23.f

¹⁷¹ Vgl. Schall, „Sauberes Ländle“, 370.

¹⁷² Anm. Berichten zufolge wurden sie mit Eiern und Tomaten beworfen, siehe dazu Schall, „Sauberes Ländle“, 370.

¹⁷³ Vgl. Ebda.

¹⁷⁴ Vgl. Wanner, Schiffstaufe, 29f.

Ruß, und den Journalisten Franz Ortner.¹⁷⁵ Die Anklagen wurden jedoch im September 1965 im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen fallengelassen.¹⁷⁶

Die Fußach-Affäre hatte weitreichende Folgen für die Vorarlberger und die österreichische Politik. Sie prägte maßgeblich das politische Bewusstsein des neu gewählten Landeshauptmanns Herbert Keßler, der sich gerade auf dem Rückweg von seiner Angelobung bei Bundespräsident Adolf Schärf befand, als ihm in Tirol mitgeteilt wurde, in Vorarlberg herrsche „Revolution“. Keßler erkannte schnell, dass die VN nun eine außerparlamentarische Macht darstellten, die in der Lage war, Massen zu mobilisieren.¹⁷⁷

Die Ereignisse markierten auch einen Wendepunkt für die Vorarlberger SPÖ, die erkannte, dass sie durch die Unterstützung föderalistischer Anliegen Wähler gewinnen konnte.¹⁷⁸ Diese Entwicklung war relativ neu, denn noch im Juni 1964 hatte sich die Partei auf ihrem Landesparteitag für mehr Föderalismus und die Bewahrung der Vorarlberger Eigenständigkeit ausgesprochen.¹⁷⁹ Es folgten schließlich innerparteilichen Konsequenzen. So legte der sozialistische Nationalratsabgeordnete Ernst Haselwanter im Februar 1965 aus Protest gegen das Verhalten von Probst und dem Wiener Parteiapparat sein Mandat nieder.¹⁸⁰ Der sozialistische Landesparteisekretär Paul Peter trat ebenfalls zurück, nachdem er sich öffentlich für die VN und das föderalistische Rundfunk-Volksbegehren ausgesprochen hatte.¹⁸¹

Die Bedeutung der Fußach-Affäre ging über Vorarlberg hinaus. SPÖ-Vorsitzender Bruno Kreisky nannte das Ereignis im September 1967 in der *Arbeiter-Zeitung* einen wichtigen Schritt in Richtung „maximale Föderalisierung der SPÖ.“¹⁸² Es trug maßgeblich zur Zurückdrängung des traditionell-orthodoxen Flügels innerhalb der SPÖ bei und war der Beginn einer intensiven Debatte über den Föderalismus in der Partei.¹⁸³

¹⁷⁵ Vgl. Wanner, Schiffstau, 79f.

¹⁷⁶ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 429.

¹⁷⁷ Vgl. Ebda.

¹⁷⁸ Vgl. Wanner, Schiffstau, 99f.

¹⁷⁹ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 429.

¹⁸⁰ Vgl. Wanner, Schiffstau, 101.

¹⁸¹ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 429f.

¹⁸² Vgl. Wanner, Schiffstau, 104.

¹⁸³ Vgl. Wanner, Parteien und Parteipolitik, 430.

5. Methodik

In der vorliegenden Masterarbeit wird die *strukturierende Inhaltsanalyse* nach Mayring verwendet, um die Berichterstattung der VN systematisch zu analysieren. Die qualitative Inhaltsanalyse hat das Ziel, Kommunikationsmaterial wie Texte, Bilder oder andere Medienformen methodisch zu bearbeiten. Dabei ist es wichtig, das Material in strukturierter Form festzuhalten und zu protokollieren. Ursprünglich aus den Kommunikationswissenschaften stammend, hat die Inhaltsanalyse heute Anwendung in verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen gefunden. Sie ermöglicht nicht nur die Untersuchung der inhaltlichen Aspekte eines Textes, sondern auch die Analyse formaler und latenter Bedeutungen, was sie besonders relevant für die qualitative Sozialforschung macht.¹⁸⁴

5.1. Qualitative Inhaltsanalyse

Die strukturierende Inhaltsanalyse zielt darauf ab, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern und nach Kriterien zu ordnen oder einzuschätzen. In dieser Arbeit werden die Artikel der VN anhand spezifischer Kategorien systematisch untersucht. Diese Kategorien werden auf Grundlage theoretischer Überlegungen entwickelt. Dadurch entsteht ein Kodierleitfaden, der als zentrales Instrument die Analyse anleitet.¹⁸⁵

Die Methode der strukturierenden Inhaltsanalyse besteht, wie in Abbildung 17 dargestellt, aus mehreren Schritten. Zusätzlich zu den abgebildeten Schritten der *strukturierenden Inhaltsanalyse* wurde es auch als sinnvoll erachtet Teile der *zusammenfassenden Inhaltsanalyse* nach Mayring einzubauen, nämlich die der Paraphrasierung und Generalisierung der entsprechenden Artikelstellen.¹⁸⁶ Dies soll einerseits

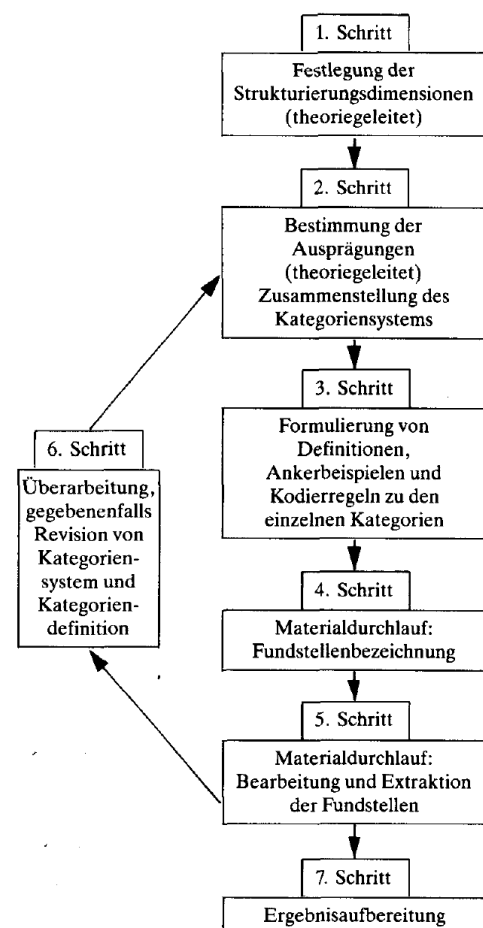


Abb. 17: Ablaufmodell der strukturierenden Inhaltsanalyse.

¹⁸⁴ Vgl. Philip Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, in: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Heiner Keupp, Lutz von Rosenstiel, Stephan Wolff (Hg.), Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, 2. Aufl., Weinheim/Beltz 1991, 209-213, hier 209.

¹⁸⁵ Vgl. Mayring, Inhaltsanalyse, 213.

¹⁸⁶ Vgl. Ebda. 212.

der Übersichtlichkeit dienen, aber auch der besseren Lesbarkeit, um die Analyse nachvollziehbarer zu gestalten.

Verschiedene Artikel behandeln unterschiedliche Themenbereiche. Während sich ein Artikel auf wirtschaftspolitische Fragen konzentriert, könnte ein anderer soziale oder kulturelle Aspekte in den Vordergrund stellen. Diese Unterschiede erfordern jeweils angepasste Strukturierungsdimensionen und Kategorien (K1, K2, ...), weshalb diese von Artikel zu Artikel variieren.

Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte in den Artikeln gibt es vermutlich wiederkehrende Konfliktthemen, wie etwa der Gegensatz zwischen Zentralismus und Föderalismus oder die Spannung zwischen Wien und Vorarlberg. Die für diese Untersuchung ausgewählten Kategorien lauten deshalb:

- Föderalismus vs. Zentralismus (K1)
- Politische Reaktionen und Wahlkampfstrategien (K2)
- Wirtschaftliche und soziale Interessen (K3)
- Kulturelle Identität und Regionalbewusstsein (K4)
- Medienrolle und öffentliche Meinungsbildung (K5)

Jede Analyse fokussiert sich auf spezifische Themen oder Argumentationsstränge, die je nach Inhalt und Kontext des Artikels variieren können, wobei eine Synthese der Analysen angestrebt wird. Eine Synthese bedeutet in diesem Sinne, dass die wesentlichen Aussagen der verschiedenen Artikel zusammengeführt werden.

5.2. Auswahl der Zeitungsartikel

Für die Auswahl der Zeitungsartikel der VN bzw. für die Festlegung des Untersuchungszeitraums wurden zunächst die relevantesten Zeitpunkte im Verlauf der Bürgerinitiative bestimmt.

Da die VN ab 1945 komplett digital in der Vorarlberger Landesbibliothek in Zeitabständen von einem Quartal zur Verfügung stand, konnte mittels Stichwortsuche festgemacht werden, zu welchen Zeitpunkten am häufigsten über das Thema „Pro Vorarlberg“ berichtet wurde. Im Vorhinein wurde der Untersuchungszeitraum bereits auf die Jahre 1979 bis 1981 festgelegt.

So lässt sich feststellen, dass innerhalb dieses Zeitraums für die Quartale Q2 1980 (96 Treffer), Q4 1979 (92 Treffer), Q1 1980 (71 Treffer), Q3 1979 (48 Treffer) mit Abstand am häufigsten über „Pro Vorarlberg“ berichtet wurde. Genauer betrachtet umfassen diese vier Quartale den

Zeitraum von 2. Juli 1979 bis 30. Juni 1980.

In diesen Zeitraum wiederum fallen folgende wichtige Ereignisse der „Pro Vorarlberg“-Bewegung, welche bereits im Theorieteil als zentrale Punkte herausgearbeitet wurden und somit als zentrale Untersuchungszeiträume bestimmt wurden:

- September 1979: 11. September Veröffentlichung des 10-Punkte Programms in der VN
- März 1980: 28. März Behandlung im Landtag
- Juni 1980: 15. Juni Abstimmungstag
- Oktober/November 1980: Konferenz der Landeshauptleute, Gespräche zwischen LH Keßler und Bundesregierung bzw. Nationalratspräsident Anton Benya

Um dennoch einen umfangreichen Überblick über die Berichterstattung zu diesen zentralen Punkten und eine schlüssige Analyse zu erhalten, wurden alle VN-Ausgaben der betreffenden Monate auf relevante Artikel untersucht. Dabei wurden schließlich 51 Artikel auch auf Grund ihrer Relevanz zu dem Thema als Untersuchungsmaterial ausgewählt, welche im folgenden Kapitel analysiert werden.

6. Analyse der Vorarlberger Nachrichten

6.1. September 1979

11. September 1979 – „Nicht los von Wien“ – jedoch für mehr Selbstständigkeit (S. 1/3/5)

Originaltext	Paraphrase	Generalisierung	Strukturierungsdimension	Kategorie
„Vorarlberg gilt als Land der lebhaften, aber auch erfolgreichen Bürgerinitiativen.“	Vorarlberg ist bekannt für seine erfolgreichen Bürgerinitiativen.	Betonung der politischen Aktivität und Bürgerbeteiligung in Vorarlberg.	Darstellung von Vorarlbergs politischer Kultur	K4
„Gegen den Übermut in Wien hat sich ein Bürgerkomitee gebildet.“	Die Bürgerinitiative tritt gegen die als arrogant wahrgenommene Politik Wiens auf.	Vorarlberg sieht Wien als zu zentralistisch und autoritär.	Beziehung zwischen Vorarlberg und dem Bund	K1
„Es wird nicht eine Loslösung von Österreich, sondern lediglich eine Übernahme von mehr Verantwortung Vorarlbergs innerhalb des Bundesstaates Österreich angestrebt.“	Die Bewegung fordert nicht die Unabhängigkeit Vorarlbergs, sondern eine größere Autonomie innerhalb Österreichs.	Es wird kein Separatismus gefordert, sondern mehr Selbstbestimmung.	Ziel der Bürgerinitiative	K1
„Vorarlberg soll eine eigene Landesorganisation, ein eigenes Finanzrecht und mehr Kontrolle über die Landespolitik erhalten.“	Die Initiative strebt eine eigenständige Organisation, eigene Finanzverwaltung und größere Kontrolle über Vorarlbergs Angelegenheiten an.	Forderung nach stärkerer Selbstverwaltung und regionaler Unabhängigkeit.	Inhaltliche Forderungen der Initiative	K1
„Das Bundesland Wien hat bereits in der österreichischen Bundesverfassung eine gewisse Sonderstellung.“	Es gibt in Österreich bereits Präzedenzfälle für regionale Autonomie, wie etwa Wien.	Argument für Autonomie auf Basis bestehender Verfassungsregelungen.	Argumentation für Autonomie	K1
„Die Sozialversicherung ist ein uns fremder Staat im Staate.“	Die Bürgerinitiative kritisiert die föderalistische Struktur der Sozialversicherung und fordert eine lokale Lösung.	Vorarlberg soll mehr Kontrolle über seine Sozialversicherung erhalten.	Sozialpolitik	K3
„Vorarlberg soll über Verträge in Landessachen mit den Nachbarländern entscheiden können.“	Vorarlberg fordert das Recht, eigenständig Verträge mit Nachbarländern zu schließen.	Wunsch nach eigenständiger Außenpolitik auf regionaler Ebene.	Internationale Beziehungen	K1

„Es wird eine Schiedskommission vorgeschlagen, die von Land und Bund gleichmäßig beschickt wird.“	Bei Konflikten zwischen Bund und Land soll eine neutrale Schiedskommission entscheiden.	Lösungsvorschlag für potenzielle Konflikte zwischen regionalen und zentralen Interessen.	Mechanismus zur Konfliktlösung	K1
---	---	--	--------------------------------	----

11. September 1979 – Die ÖVP-Landespartei verspricht eingehende Behandlung im Landtag (S. 3)

„Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler informierte noch gestern Abend den ÖVP-Landesparteivorstand über die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG.“	Landeshauptmann Keßler berichtete dem ÖVP-Vorstand über die Initiative PRO VORARLBERG.	Information über politische Initiativen wird im Parteikontext geteilt.	Politische Kommunikation	K2
„Von den Mitgliedern des Landesparteivorstandes wurde der Bericht des Landeshauptmannes sehr gut aufgenommen.“	Der Bericht wurde positiv aufgenommen.	Unterstützung innerhalb der Partei für lokale Autonomie.	Reaktion der Partei	K2
„Die Mandatäre der ÖVP begrüßen grundsätzlich alle Bestrebungen, die auf eine größere staatliche Selbständigkeit des Landes abzielen.“	Die ÖVP unterstützt Initiativen für mehr Selbständigkeit in Vorarlberg.	Allgemeine Zustimmung zu Autonomieanliegen in der Politik.	Politische Haltung der ÖVP	K1
„Das ständige, nachdrückliche Bemühen der Mandatäre dieser Partei war, alle gegebenen Möglichkeiten zur Wahrung und Mehrung der Rechte des Landes auszuschöpfen.“	Die ÖVP hat sich kontinuierlich für die Rechte Vorarlbergs eingesetzt.	Langfristiges Engagement für regionale Autonomie.	Politische Strategie	K4
„Die ÖVP-Mehrheit des Bundesrates hat das Forderungsprogramm der Bundesländer dem Nationalrat zur Behandlung zugeleitet.“	Die ÖVP hat das Anliegen der Bundesländer an den Nationalrat weitergeleitet.	Partizipation an überregionalen politischen Prozessen.	Interaktion zwischen Landes- und Bundesebene	K1
„Leider hat die SPÖ-Mehrheit im Nationalrat eine weitere Behandlung verhindert.“	Die SPÖ hat eine Diskussion über das Forderungsprogramm blockiert.	Politische Konflikte zwischen Parteien beeinflussen Entscheidungsprozesse.	Politische Opposition	K2

12. September 1979 – Die Petition kommt auf jeden Fall in den Landtag: Breite Zustimmung im Lände für „PRO VORARLBERG“ (S. 1/3)

„Die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG, die gleichzeitig Ausdruck der Kritik am Bundeszentrismus ist, kann auf ein breites Echo der Zustimmung in der Vorarlberger Bevölkerung verweisen.“	Die Initiative PRO VORARLBERG wird von vielen in der Bevölkerung unterstützt, da sie Kritik am Zentralismus übt.	Politische Bewegungen finden häufig breite Unterstützung, wenn sie gegen zentrale Machtstrukturen gerichtet sind.	Politische Bewegungen	K1/K4/K5
„Inzwischen ist bereits die Behandlung der Petition im Landesparlament nach den Wahlen vom 21. Oktober gesichert.“	Die Petition wird nach den Landtagswahlen sicher behandelt.	Politische Anliegen können durch formale Verfahren, wie z. B. Petitionen, Gehör finden.	Politischer Prozess	K2
„Nur die Spitze der Landes-SPÖ zeigt keine Freude mit ‚Pro Vorarlberg‘.“	Die Landes-SPÖ lehnt die Bürgerinitiative ab.	Politische Parteien reagieren unterschiedlich auf regionale Autonomiebewegungen.	Parteipositionen	K2
„Angestrebt wird ein eigenes Statut für Vorarlberg, das dem Land Gesetzgebung und Vollziehung in allen Belangen einräumt.“	Die Initiative fordert ein eigenes Statut für Vorarlberg mit mehr Autonomie.	Forderung nach regionaler Selbstverwaltung und Gesetzgebungsrechten.	Autonomiepolitik	K1
„Das Land soll das Recht erhalten, Verträge mit Nachbarstaaten abzuschließen.“	Vorarlberg soll das Recht bekommen, internationale Verträge zu schließen.	Forderung nach erweiterter politischer Unabhängigkeit auf internationaler Ebene.	Internationale Kompetenz	K1
„Kreisky: ‚Viele besonnene Menschen‘ in Vorarlberg“	Bundeskanzler Kreisky äußert sich vorsichtig zur Initiative und betont die Vernunft der Vorarlberger.	Politische Reaktionen von der Bundesebene drücken oft diplomatisch Vorbehalte aus.	Politische Reaktion	K2
„Wenn das alle Bundesländer machen würden, hätte Österreich einem allgemeinen Auflösungsprozess entgegenzusehen.“	Kreisky warnt vor einem Auflösungsprozess, wenn alle Länder mehr Autonomie fordern.	Warnungen vor politischen Veränderungen, die die nationale Einheit bedrohen könnten.	Zentralismus	K1
„Nur Vorarlberger SPÖ gegen Bürgerinitiative.“	Die SPÖ Vorarlberg ist gegen die	Parteiinterne Differenzen können auf regionale und	Partei konflikt	K2

	Bürgerinitiative, im Gegensatz zu den anderen Parteien.	nationale Interessen zurückzuführen sein.		
„FPÖ sieht sich bestätigt.“	Die FPÖ unterstützt die Bürgerinitiative und fühlt sich in ihrer Forderung nach mehr Rechten bestätigt.	Politische Parteien nutzen Bürgerinitiativen zur Unterstützung eigener Agenden.	Parteipolitik	K2
„Wir wollen keine Los-von-Wien-Bewegung, aber klar machen, dass wir mit der heutigen Kompetenzregelung nicht einverstanden sind.“	Die FPÖ lehnt eine Abspaltung ab, fordert aber eine bessere Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern.	Differenzierung zwischen föderalistischen und separatistischen Forderungen.	Föderalismus	K1

12. September 1979 – Der Unmut über den Bundeszentralismus ist in letzter Zeit gewachsen (S. 3)

„Die Bürgerinitiative wird nicht von einzelnen prominenten Exponenten getragen, sondern setzt sich aus Vertretern aller Berufsschichten und Bevölkerungskreise zusammen.“	Die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG wird von Menschen aller Schichten unterstützt und ist keine Elitenbewegung.	Basisbewegungen gewinnen an Unterstützung, wenn sie breite gesellschaftliche Schichten ansprechen.	Soziale Basis	K4
„In den letzten Monaten ist in der Bevölkerung der Unmut gegen Bundeszentralismus und zahlreiche Bundesgesetze ... gewachsen.“	Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Zentralismus und bestimmten Bundesgesetzen hat zugenommen.	Politische Unzufriedenheit kann durch ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen zwischen Zentrum und Regionen verstärkt werden.	Politischer Unmut	K1
„Der Finanzausgleich zwischen dem Westen und dem Osten Österreichs gleicht einer Einbahnstraße.“	Der Westen, insbesondere Vorarlberg, empfindet den Finanzausgleich als unausgewogen zu seinen Lasten.	Ungleiche Finanzverteilung zwischen Zentrum und Peripherie führt oft zu regionalen Konflikten.	Finanzpolitik	K3
„Im Sozialbereich ... müssen die Vorarlberger pro Jahr rund eine Milliarde Schilling mehr an Pensionsbeiträgen	Vorarlberg zahlt mehr in das Pensionssystem ein, als es zurückerhält, was als ungerecht empfunden wird.	Sozialstaatliche Verteilungsmechanismen können regionale Ungleichheiten verstärken.	Sozialsystem	K3

an die Zentrale abliefern.“				
„Wohnbauförderungsmittel werden überhöht im Osten eingesetzt, obwohl der Wohnbau nirgendwo so dynamisch ist wie hierzulande.“	Die Wohnbauförderung ist im Osten Österreichs höher, obwohl Vorarlberg im Wohnbau aktiver ist.	Staatliche Förderungen können regional unausgewogen verteilt werden.	Wohnungsbau	K3
„Die jüngste Aktion, die Beschneidung der Sparförderung ... wird weiter westwärts ‚bestraft‘.“	Die Kürzung der Sparförderung trifft insbesondere den Westen Österreichs und wird als Bestrafung empfunden.	Finanzpolitische Entscheidungen können unterschiedliche Regionen unterschiedlich stark belasten.	Sparpolitik	K3

13. September 1979 – Bereits großes Bündel an Unterstützungserklärungen: Gewaltige Sympathiewelle für Initiative PRO VORARLBERG (S. 3)

„Die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG verzeichnet eine überaus breite Welle an Sympathie.“	Die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG erhält viel Zuspruch und Unterstützung.	Politische Bewegungen gewinnen durch breite Unterstützung an Kraft und Einfluss.	Öffentliche Zustimmung	K5
„Sympathieerklärungen kommen auch aus anderen Bundesländern, wo man für den Vorarlberger Schritt Verständnis und Solidarität bekundet.“	Auch andere Bundesländer unterstützen die Vorarlberger Initiative.	Regionale Initiativen können Solidarität und Unterstützung in anderen Teilen eines Landes finden.	Solidarität zwischen Regionen	K1/K4
„PRO VORARLBERG steht über allen Parteien.“	Die Bürgerinitiative ist parteiübergreifend und wird von verschiedenen politischen Lagern unterstützt.	Bewegungen, die parteipolitische Grenzen überwinden, haben oft eine größere Chance, gesellschaftliche Akzeptanz zu finden.	Politische Unabhängigkeit	K2
„Es handelt sich nicht um ein destruktives ‚Los von Wien‘, sondern um den konstruktiven Schritt ... eine neue Stellung im Bundesstaat zu verschaffen.“	PRO VORARLBERG strebt keine Trennung von Wien an, sondern fordert eine stärkere Autonomie innerhalb des Bundesstaates.	Bewegungen, die als konstruktiv und verfassungskonform dargestellt werden, haben eine höhere Chance auf Akzeptanz.	Politische Forderungen	K1
„Ein Bündel an Unterstützungserklärungen ... Immer mehr Vorarlberger	Es gibt eine große Zahl an Unterstützungserklärungen, und viele	Politische Initiativen können durch breite Partizipation an	Beteiligung der Bevölkerung	K5

erklären sich bereit, Unterschriftenlisten zu sammeln.“	Menschen beteiligen sich aktiv an der Initiative.	Legitimität gewinnen.		
„Auf dem Unterstützungskonto scheinen nunmehr auch die ersten Überweisungen ...“	Menschen unterstützen die Bürgerinitiative nicht nur ideell, sondern auch finanziell.	Finanzielle Unterstützung stärkt die Handlungsfähigkeit und den Einfluss einer politischen Bewegung.	Finanzielle Beteiligung	K3
„Während sich die beiden größten Tageszeitungen Wiens ihre ‚Hetz‘ aus der Bürgerinitiative machen ...“	Die großen Wiener Zeitungen machen sich über die Initiative lustig, ohne sich ernsthaft mit ihren Zielen auseinanderzusetzen.	Medien können Bewegungen entweder fördern oder deren Anliegen diskreditieren.	Medienberichterstattung	K5
„Angestrebt wird ... ein eigenes Statut für Vorarlberg.“	Ziel ist ein besonderes Statut, das Vorarlberg mehr Autonomie in bestimmten Bereichen geben würde.	Autonomiebewegungen fordern oft mehr Kontrolle über regionale Angelegenheiten.	Autonomieforderungen	K1
„Die große Außenpolitik, die Landesverteidigung und der Außenhandel sollen in der Zuständigkeit des Bundes verbleiben.“	Außenpolitik, Verteidigung und Außenhandel sollen weiterhin vom Bund geregelt werden.	Eine Bewegung für mehr Autonomie kann gleichzeitig das Bewusstsein für nationale Zusammengehörigkeit bewahren.	Föderalismus	K1
„Die Äußerungen des Bundeskanzlers über die ‚besonnenen Vorarlberger‘ ...“	Keßler interpretiert Kreiskys Kommentare als taktisch und zurückhaltend.	Politische Führer reagieren oft diplomatisch auf kontroverse Bewegungen, um Konflikte zu vermeiden.	Politische Reaktion	K2

13. September 1979 - Bundesrat Univ.-Prof. Dr. Herbert Schambeck: Regierung hätte Forderungsprogramm gebührende Beachtung schenken müssen (S. 5)

„Die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG ist ein Zeichen des Bemühens um die Verlebendigung des Föderalismus auf demokratischem Weg.“	Schambeck sieht die Initiative PRO VORARLBERG als Bestrebung, den Föderalismus in Österreich zu stärken.	Initiativen zur Stärkung des Föderalismus unterstreichen den Wunsch nach regionaler Selbstbestimmung.	Föderalismus	K1
„Dabei wird zu prüfen sein, welche Konsequenzen sich daraus für den österreichischen Verfassungsstaat	Schambeck betont, dass die Initiative weitreichende Auswirkungen auf den gesamten österreichischen	Regionale Bewegungen können nationale Verfassungsfragen und politische Strukturen beeinflussen.	Politische Implikationen	K1

als Ganzes ... ergeben.“	Verfassungsstaat haben könnte.			
„Dem Inhalt nach drückt diese Initiative ... ein Denken vom Subsidiaritätsprinzip her aus.“	Die Bürgerinitiative folgt dem Prinzip der Subsidiarität, das verlangt, dass Entscheidungen auf der niedrigsten, kompetentesten Ebene getroffen werden.	Das Subsidiaritätsprinzip fördert regionale Autonomie, indem es lokale Entscheidungen priorisiert.	Subsidiarität	K1
„Vielleicht würde es nicht jetzt zu einem derartigen Schritt in Vorarlberg gekommen sein, wenn die ... Regierung ... mehr Beachtung geschenkt hätte.“	Schambeck argumentiert, dass die Initiative möglicherweise nicht notwendig gewesen wäre, wenn die Bundesregierung das Länderforderungsprogramm beachtet hätte.	Politische Unzufriedenheit entsteht oft durch das Gefühl, dass regionale Bedürfnisse von der Zentralregierung ignoriert werden.	Vernachlässigung regionaler Interessen	K2
„Die ÖVP-Fraktion des Bundesrates ... ergriff die Gesetzesinitiative für Anliegen dieses Länderforderungsprogramms ... ohne dass die SPÖ ... entsprechende Schritte folgen ließ.“	Die ÖVP bemühte sich im Bundesrat, das Länderforderungsprogramm zu verwirklichen, doch die SPÖ-Regierung setzte diese Initiativen nicht um.	Politische Blockaden entstehen oft durch unterschiedliche Parteipositionen auf nationaler Ebene.	Politische Auseinandersetzung	K2
„Schritte wie diese Aktion PRO VORARLBERG sind Schritte gegen den Zentralismus und Unitarismus in Österreich.“	Schambeck sieht die Bürgerinitiative als Reaktion gegen den wachsenden Zentralismus in Österreich.	Bewegungen, die sich gegen Zentralismus richten, fordern oft mehr regionale Autonomie und dezentrale Entscheidungsfindung.	Anti-Zentralismus	K1
„... weil der Verfassungsgesetzgeber 1920 den Bundesrat nicht mit allen erforderlichen Rechten einer Länderkammer ausgestattet hat.“	Schambeck kritisiert, dass der Bundesrat nicht mit genügend Macht ausgestattet wurde, um die Interessen der Bundesländer effektiv zu vertreten.	Eine schwache Länderkammer im föderalen System kann regionale Interessen nicht ausreichend schützen.	Institutionelle Kritik	K1

14. September 1979 – Spontane Unterschriftensammlung und Spendenüberweisungen. Im Ländle gibt's nur ein Thema: PRO VORARLBERG (S. 3)

„Überall, wo zwei oder mehr Menschen im Ländle irgendwo beisammenstehen,	Im gesamten Vorarlberg dreht sich die öffentliche Diskussion um die PRO	Regionale Unabhängigkeitsbewegungen können breite öffentliche Unterstützung	Öffentliche Meinung	K4
--	---	---	---------------------	----

gibt es derzeit nur ein Gesprächsthema: PRO VORARLBERG...	VORARLBERG-Bewegung und den Wunsch nach mehr Eigenständigkeit.	erfahren und das dominante Thema der öffentlichen Debatte werden.		
„Man will sich nicht mehr an der kurzen Leine Wiens führen lassen...“	Die Vorarlberger sind unzufrieden mit der Kontrolle aus Wien und fordern mehr Autonomie für ihr Bundesland.	Politische Bewegungen für regionale Autonomie entstehen oft aus Frustration über eine als zentralistisch empfundene Regierung.	Regionale Unabhängigkeitsbewegungen	K1
„Spontan werden Unterschriften gesammelt... Saunenrunden beschließen, mit einer gemeinsamen Spendenüberweisung die Sache der Vorarlberger... zu unterstützen.“	Bürger engagieren sich spontan durch Unterschriftensammlungen und Spendenaktionen für die PRO VORARLBERG-Bewegung.	Graswurzelbewegungen können spontane und informelle Formen der Unterstützung von Bürgern erhalten, wie Unterschriftensammlungen und finanzielle Beiträge.	Bürgerbeteiligung	K4
„Ungeduld bei den meisten Anhängern der Bürgerinitiative... wann die Petition nun behandelt wird.“	Die Anhänger der Bewegung sind ungeduldig und wollen wissen, wann die politischen Entscheidungsträger auf die Petition reagieren werden.	Bürgerbewegungen, die auf schnelle politische Reaktionen hoffen, können ungeduldig werden, wenn die bürokratischen Prozesse zu lange dauern.	Bürgerbeteiligung	K2
„Die Petition zielt... auf ein eigenes Vorarlberger Statut ab...“	Die Petition fordert ein eigenständiges Statut für Vorarlberg, das dem Land weitreichende gesetzgeberische und administrative Befugnisse einräumt.	Autonomieforderungen beinhalten häufig den Wunsch nach einer eigenen Gesetzgebung und Verwaltung für die Region.	Autonomie	K1
„KPÖ sieht ‚ausländische Hintermänner‘“	Die KPÖ behauptet, dass hinter der Bürgerinitiative ausländische konservative Kräfte stehen.	Politische Bewegungen werden gelegentlich beschuldigt, von externen Kräften beeinflusst zu werden, um nationale Interessen zu untergraben.	Politische Kritik	K2

14. September 1979 – Einig in der Unzufriedenheit mit dem Zentralismus (S. 3)

„Die Bürgerinitiative PRO	Die PRO VORARLBERG-Bewegung findet	Regionale Autonomiebewegungen können	Überregionale Unterstützung	K1
---------------------------	------------------------------------	--------------------------------------	-----------------------------	----

VORARLBERG wirkt über die Vorarlberger Grenzen hinweg auch in den benachbarten Bundesländern in Westösterreich.“	Unterstützung nicht nur in Vorarlberg, sondern auch in den angrenzenden Bundesländern Tirol und Salzburg.	Unterstützung über die eigenen Grenzen hinaus finden, insbesondere in ähnlichen geografischen und politischen Kontexten.		
„Der Landeshauptmann von Salzburg... niemand bezweifle, daß in Österreich die bundesstaatliche Ordnung kopflastig zugunsten der Zentralgewalt sei...“	Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer erkennt an, dass die Machtverteilung in Österreich zugunsten der zentralen Regierung in Wien unausgewogen ist.	Föderalistische Systeme können Spannungen erzeugen, wenn die zentrale Regierung als zu dominant empfunden wird.	Föderalismus	K1
„Zu den konkreten Forderungen aus Vorarlberg bemerkt... die Rückführung der Aufgaben der Sicherheitsdirektionen in die Zuständigkeit der Landeshauptleute...“	Haslauer vermisst in den Forderungen der Vorarlberger die Rückübertragung der Sicherheitsdirektionen und Dezentralisierung der Gerichtsbarkeit an die Länder.	Autonomieforderungen können spezifische administrative Kompetenzen betreffen, wie die Kontrolle über Sicherheits- und Justizangelegenheiten.	Kompetenzverteilung	K1
„In der Unzufriedenheit mit dem Zentralismus treffe er sich mit den Vorarlberger Forderungen völlig.“	Haslauer stimmt mit den Vorarlbergern in der Kritik am Zentralismus überein.	In föderalistischen Staaten teilen oft mehrere Regionen die Unzufriedenheit mit der zentralistischen Politik der Hauptstadt.	Gemeinsame Kritik	K1
„Landeshauptmann Wallnöfer ist mit Vorarlberg ‚einer Meinung‘... die Kompetenzen der Länder dürfen nicht weiter beschnitten werden.“	Auch Tirols Landeshauptmann Eduard Wallnöfer stimmt zu, dass die Länderkompetenzen nicht weiter eingeschränkt werden dürfen.	Politiker aus verschiedenen Regionen können sich zusammenschließen, um den Erhalt und die Stärkung regionaler Autonomie zu fordern.	Politische Allianzen	K1
„Wir lassen uns nicht weiter zentralisieren...“	Wallnöfer lehnt weitere Zentralisierungsbestrebungen der Bundesregierung ab.	Regionale Führer wehren sich häufig gegen die Ausweitung zentralstaatlicher Kontrolle, um die Eigenständigkeit ihrer Regionen zu bewahren.	Widerstand gegen Zentralismus	K1
„Ebenso wie die Initiatoren von PRO VORARLBERG...“	Wallnöfer distanziert sich von separatistischen Forderungen und	Autonomiebestrebungen müssen sich oft gegen Vorwürfe der Separation	Abgrenzung von Separatismus	K1

will der Tiroler Politiker nichts von einem Ruf ‚Los von Wien‘ wissen.“	betont, dass es nicht darum geht, sich von Wien loszusagen.	abgrenzen und betonen, dass es um eine Stärkung der föderalen Strukturen geht, nicht um eine Abspaltung.		
---	---	--	--	--

14. September 1979 – Androsch übt offen Kritik an Vorarlberg (S. 4)

„Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch... sagte: ‚Dieser gemeinsame Erfolg sollte und darf nicht durch Einzelinteressen oder falsch verstandene regionale Partikularinteressen in eine vordergründige Diskussion gezogen werden.‘“	Hannes Androsch kritisiert, dass die Forderungen Vorarlbergs als egoistische Partikularinteressen erscheinen und den gemeinsamen nationalen Erfolg gefährden könnten.	Zentralregierungen neigen dazu, regionale Autonomiebestrebungen als Bedrohung für den nationalen Zusammenhalt darzustellen.	Nationale Einheit vs. Partikularinteressen	K1
„Österreich ist ein föderativer Bundesstaat, bestehend aus neun gleichberechtigten Bundesländern — so sollte es auch bleiben.“	Androsch betont, dass Österreich bereits ein föderaler Staat mit gleichberechtigten Bundesländern sei und keine weiteren Autonomieforderungen nötig seien.	Regierungen können auf bestehende föderale Strukturen verweisen, um zusätzlichen Autonomieansprüchen entgegenzuwirken.	Argumentation für den Status quo	K1
„Generalsekretär Sixtus Lanner erklärte, die ÖVP-Parteileitung stehe ‚grundsätzlich positiv zu dieser Initiative.‘“	Sixtus Lanner von der ÖVP unterstützt grundsätzlich die Initiative PRO VORARLBERG, ohne jedoch eine vollständige inhaltliche Zustimmung zu signalisieren.	Politische Parteien unterstützen oft regionale Initiativen auf allgemeiner Ebene, ohne sich direkt auf konkrete Forderungen festzulegen.	Allgemeine Unterstützung	K2
„Später schränkte Lanner ein, es handle sich bei der Parteileitungsstellungnahme nicht um eine inhaltliche Zustimmung zu den erhobenen Forderungen, sondern um die Anerkennung der Länderforderungen. .. als einem zentralen Anliegen.“	Lanner relativiert seine Unterstützung und stellt klar, dass die ÖVP die Länderforderungen grundsätzlich anerkennt, ohne die spezifischen Forderungen von PRO VORARLBERG zu befürworten.	Parteien zeigen oft Zustimmung zu allgemeinen Zielen von Initiativen, distanzieren sich jedoch von den Details, um politische Flexibilität zu bewahren.	Politische Abgrenzung	K2

„Lanner wollte sich auch nicht festlegen, ob die ÖVP notwendigen Verfassungsänderungen zustimmen würde... Das sei erst zu prüfen.“	Lanner bleibt vage, ob die ÖVP Verfassungsänderungen zur Umsetzung der PRO VORARLBERG-Forderungen unterstützen würde.	Parteien zögern oft, sich in komplexen rechtlichen Fragen wie Verfassungsänderungen festzulegen, um Flexibilität zu wahren.	Politische Zurückhaltung	K2
„Die SPÖ-Regierung... habe systematisch an der Aushöhlung des Föderalismus gearbeitet.“	Lanner kritisiert die SPÖ-Regierung dafür, dass sie durch ihre Politik den Föderalismus in Österreich untergraben habe.	Föderalismus wird oft als gefährdet angesehen, wenn die Zentralregierung als zu dominant wahrgenommen wird.	Kritik an der Regierung	K1

14. September 1979 – SPÖ: Keßler will mit der Aktion „PRO VORARLBERG“ Sachfragen ausweichen (S.5)

„Bürgermeister Mayer bezeichnete die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG als Wahltrick der ÖVP, um die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen und von den Sachproblemen abzulenken.“	Mayer, SPÖ-Landesparteivorsitzender, nennt PRO VORARLBERG eine Taktik der ÖVP, um von den tatsächlichen Problemen im Wahlkampf abzulenken.	Parteien beschuldigen oft ihre Gegner, wichtige Themen zu umgehen und den Fokus absichtlich zu verschieben, um Wähler zu beeinflussen.	Politische Strategie	K2
„Die SPÖ ist die einzige politische Kraft im Lande, die sich vorbehaltlos zu Österreich bekennt.“	Mayer betont, dass die SPÖ die einzige Partei sei, die uneingeschränkt zu Österreich steht.	Parteien nutzen nationale Zugehörigkeit als zentrales Thema, um sich als die wahren Verteidiger der Einheit zu positionieren.	Politische Identität	K4
„Über mehr Föderalismus könne man mit der SPÖ jederzeit reden, aber mit Extremforderungen werde dem Ansehen des Landes Vorarlberg im In- und Ausland geschadet.“	Mayer ist offen für Diskussionen über Föderalismus, lehnt jedoch „Extremforderungen“ ab, die dem Image Vorarlbergs schaden könnten.	Parteien positionieren sich oft moderat in heiklen Fragen und lehnen extreme Forderungen ab, um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren.	Politische Mäßigung	K1
„Mag. Spannring... trat für eine verstärkte Einbeziehung der Bevölkerung zur Lösung von	Spannring fordert, dass die Bevölkerung stärker in lokale Entscheidungsprozesse	Bürgerbeteiligung wird oft gefordert, um Entscheidungen transparenter und demokratischer zu gestalten.	Partizipation	K3

Problemen in ihren Gebieten ein.“	sse einbezogen wird.			
-----------------------------------	----------------------	--	--	--

15. September 1979 – Mehrheit für PRO VORARLBERG (S.1)

„Eine Blitzumfrage des Meinungsforschungsinstitutes Dr. Berndt ergab, daß nach zwei Tagen bereits 76 Prozent der Vorarlberger Wähler die Aktion PRO VORARLBERG kannten.“	Eine schnelle Umfrage zeigt, dass 76 % der Vorarlberger Wähler bereits von PRO VORARLBERG gehört haben.	Hohe Bekanntheit von politischen Initiativen kann ein Indikator für das öffentliche Interesse und die Relevanz des Themas sein.	Öffentliches Interesse	K5
„Der Landesschnitt der eindeutigen 75 Prozent Befürworter und 15 Prozent Gegner betrug.“	In Vorarlberg befürworten 75 % die Initiative, während 15 % dagegen sind.	Die Unterstützung für regionale Autonomie ist in der Bevölkerung weit verbreitet.	Unterstützung vs. Ablehnung	K4
„Die Befürworter der Petition an den Vorarlberger Landtag mit der Bitte um eine Volksabstimmung für mehr Landesrechte nach Parteien: ÖVP 81 Prozent, SPÖ 62 Prozent und FPÖ 86 Prozent.“	Die Zustimmung zur Petition ist unter den Wählern der ÖVP (81 %), SPÖ (62 %) und FPÖ (86 %) unterschiedlich.	Parteien haben unterschiedliche Basen, die auf regionale Autonomie unterschiedlich reagieren.	Parteipolitik	K2
„Erstaunlich hoch ist der Befürworteranteil bei Arbeitern mit 76 Prozent.“	Besonders hoch ist die Unterstützung bei Arbeitern, wo 76 % für die Initiative sind.	Soziale Schichten können unterschiedliche Ansichten zu politischen Initiativen haben, wobei Arbeiter tendenziell stärkere Unterstützung für Autonomie zeigen.	Soziale Demografie	K3
„Am wenigsten von der Initiative angetan sind Schüler, Studenten und Lehrlinge mit 69 Prozent bei einem Schnitt aller Jugendlichen von 73 Prozent.“	Schüler, Studenten und Lehrlinge zeigen mit 69 % die geringste Unterstützung für die Initiative.	Jüngere Generationen scheinen weniger an regionaler Autonomie interessiert zu sein, was auf unterschiedliche Prioritäten hinweisen könnte.	Altersgruppe	K4

15. September 1979 – Bundesparteiobermann Dr. Alois Mock zu PRO VORARLBERG (S. 5)

„Zustimmung aus ganz Österreich für die Bürgerinitiative	Die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG	Die regionale Initiative hat überregionale	Öffentliche Zustimmung	K2
--	-------------------------------------	--	------------------------	----

PRO VORARLBERG.“	erhält Unterstützung aus ganz Österreich.	Bedeutung und Unterstützung gewonnen.		
„Hatten sich etwa die Wiener Massenblätter nach dem ersten Auftreten der Bürgerinitiative eine „Mordshetz“ aus den Sonderlingen im fernen Westen gemacht, so lautet auch dort mittlerweile die Forderung, das Anliegen der Bürgerinitiative PRO VORARLBERG sehr ernst zu nehmen.“	Zu Beginn wurde die Initiative in Wien belächelt, jetzt wird sie ernst genommen.	Die Wahrnehmung von politischen Anliegen kann sich schnell ändern, je nach öffentlicher Resonanz.	Medienwahrnehmung	K5
„„Grundsätzlich zur Initiative positiv“ zu stehen, hat auch namens der ÖVP-Bundesparteileitung Generalsekretär Dr. Sixtus Lanner versichert.“	Die ÖVP zeigt sich grundsätzlich positiv zur Initiative.	Parteilpolitische Unterstützung kann die Durchsetzung von regionalen Anliegen stärken.	Parteilpolitik	K2
„Für uns ist es ein ganz grundsätzliches Anliegen, zu einer stärkeren Dezentralisierung in den politischen Entscheidungen zu kommen.“	Die ÖVP befürwortet eine stärkere Dezentralisierung politischer Entscheidungen.	Dezentralisierung ist ein wichtiges Thema in der politischen Diskussion über die Machtverteilung.	Politische Struktur	K1

17. September 1979 – Weitere Verhandlungen angeblich gefährdet: Androsch droht Vorarlberg mit Verzögerungen bei Großvorhaben (S. 1/3)

„Mit unverhohlenen Drohungen, die Verwirklichung von Großprojekten, wie dem Ambergtunnel Feldkirch, würde jetzt ernstlich verzögert“	Vizekanzler Androsch droht mit Verzögerungen bei Großprojekten wie dem Ambergtunnel.	Drohungen in der Politik können dazu führen, dass Projekte in ihrer Umsetzung gefährdet werden.	Politische Drohungen	K2
„Bisher sei das Land Vorarlberg überproportional mit Mitteln bedacht worden.“	Androsch betont, dass Vorarlberg überproportional von Fördermitteln profitiert hat.	Finanzielle Ressourcen werden oft ungleich verteilt, was zu Spannungen zwischen Regionen führen kann.	Finanzverteilung	K3

„Die Konsequenz der Bürgerinitiative PRO VORARLBERG wird es nun sein, dass die anderen Länder die Rechnungen auf den Tisch legen.“	Androsch behauptet, dass die Bürgerinitiative zu Forderungen aus anderen Bundesländern führen wird.	Regionale Initiativen können Auswirkungen auf die gesamte Bundesebene haben.	Politische Konsequenzen	K1
„Seine Behauptung, dass Vorarlberg überproportional bedacht werde, unterstrich Androsch mit einem höheren Aufwand für Geburtengeld...“	Androsch verwendet spezifische Beispiele, um seine Aussage zu untermauern.	Politische Argumentation erfordert oft die Unterstützung durch konkrete Daten und Beispiele.	Argumentationsstruktur	K3
„Für die Einseitigkeit der Diktion spricht, dass kein Wort über das weit überhöhte Aufkommen von Pensionsbeiträgen aus dem Ländle erwähnt wurde.“	Kritiker bemängeln, dass Androsch wichtige finanzielle Aspekte ignoriert.	Politische Diskussionen können einseitig sein und wichtige Informationen ausblenden.	Kritische Perspektive	K3
„Den Ländern hält der Bundespolitiker vor, mehr Kompetenzen für sich zu beanspruchen...“	Androsch wirft den Ländern vor, mehr Kompetenzen zu fordern, ohne Verantwortung zu übernehmen.	Macht- und Verantwortungsgleichgewicht ist ein zentrales Thema in der Politik.	Machtverhältnisse	K1
„In der Konsequenz hätte die Bürgerinitiative den Vorarlbergern auch zu sagen, dass diese zwei- bis dreimal so hohe Steuern zu zahlen hätten.“	Androsch warnt vor den finanziellen Konsequenzen der Bürgerinitiative für die Bürger.	Politische Initiativen können unerwartete finanzielle Belastungen für die Bevölkerung mit sich bringen.	Finanzielle Konsequenzen	K3
„Für beide ist die Bürgerinitiative ein rein wahltaktisches Manöver.“	Androsch und Mayer sehen die Bürgerinitiative als Wahlstrategie.	Politische Initiativen sind oft von Wahlinteressen beeinflusst.	Wahltaktiken	K2
„Dr. Hannes Androsch bezweifelt nicht, dass eine Volksabstimmung in Vorarlberg eine massive Mehrheit für die vorliegende Petition ergeben wird.“	Androsch erwartet, dass die Bürgerinitiative bei einer Volksabstimmung Zustimmung findet.	Die Unterstützung durch die Bevölkerung kann die Relevanz einer politischen Initiative stärken.	Bürgerbeteiligung	K2
„Für die Bürgerinitiative ist das kein guter Dienst erwiesen.“	Androsch und Mayer glauben, dass die Initiative schädlich für Vorarlberg ist.	Politische Initiativen können negative Auswirkungen auf die regionale Entwicklung haben.	Politische Auswirkungen	K3

17. September 1979 – 75% sind für PRO VORARLBERG (S. 3)

„75 Prozent der Vorarlberger sind für die Bürgerinitiative, nur 15 Prozent dagegen.“	Eine Blitzumfrage zeigt, dass 75% der Vorarlberger die Bürgerinitiative unterstützen.	Hohe Zustimmungsraten können den politischen Einfluss einer Initiative stärken.	Öffentliche Meinung	K5
„Dies geht, wie bereits berichtet, aus einer Blitzumfrage des Meinungsforschungsinstitutes Dr. Edwin Berndt, Feldkirch, hervor.“	Die Umfrage wurde von einem anerkannten Meinungsforschungsinstitut durchgeführt.	Meinungsforschungsinstitute spielen eine wichtige Rolle bei der Erfassung öffentlicher Meinungen.	Methodik	K5
„Aus 832 Befragungen ergab sich dabei...“	832 Vorarlberger wurden für die Umfrage befragt.	Repräsentative Umfragen erfordern eine ausreichende Anzahl von Befragten, um valide Ergebnisse zu erzielen.	Stichprobengröße	K5

18. September 1979 – LH Keßler antwortet dem Finanzminister (S. 1)

„Das Land wird in nächster Zeit Wachsamkeit gegenüber möglichen ‚Racheakten‘ der Bundesregierung, die sich als Reaktion auf die Bürgerinitiative ‚Pro Vorarlberg‘ verstehen, an den Tag legen.“	Vorarlberg wird aufmerksam beobachten, ob die Bundesregierung als Reaktion auf die Bürgerinitiative negative Maßnahmen ergreift.	Politische Spannungen können zu repressiven Reaktionen von Regierungen auf Initiativen führen.	Politische Reaktionen	K2
„Keßler findet ‚kein Verständnis‘, wenn ein Bundesminister... den Geldhahn abzudrehen droht.“	Keßler kritisiert, dass ein Minister die Finanzierung von Projekten infrage stellt, weil ihm eine Initiative nicht gefällt.	Finanzielle Drohungen können als Mittel zur Kontrolle von politischen Bewegungen genutzt werden.	Finanzpolitik	K2
„Ein gewählter Landeshauptmann... sind vollwertige Gesprächspartner der Bundesregierung in allen Anliegen und Wünschen.“	Keßler betont, dass die Landesregierung gleichberechtigte Partner der Bundesregierung sein sollte.	In föderalen Systemen sollten Gliedstaaten als gleichberechtigte Partner auftreten können.	Föderalismus	K1
„In einem ‚echten Bundesstaat‘ ... Vertreter der Gliedstaaten gleichberechtigte Partner der	Keßler kritisiert, dass Österreich im Vergleich zu anderen föderalen Staaten nicht genügend	Föderale Systeme basieren auf der Gleichwertigkeit der Verhandlungspartner.	Föderalismus	K1

Bundesregierung sind.“	Gleichberechtigung zwischen Bund und Ländern zeigt.			
„Es wäre anzunehmen, daß eine so eindeutige Willensäußerung ein klares Echo (der Bundesregierung) findet.“	Keßler erwartet, dass die Bundesregierung auf das Länderforderungsprogramm reagieren sollte.	Deutliche politische Forderungen sollten von der Zentralregierung aufgegriffen werden.	Politische Kommunikation	K2
„Keßler... ,die ÖVP als Initiator von PRO VORARLBERG... das ist eine Bürgerinitiative‘.“	Keßler distanziert die ÖVP von der Initiative und betont, dass sie von Bürgern getragen wird.	Bürgerinitiativen können unabhängig von etablierten Parteien entstehen.	Bürgerbewegungen	K4

18. September 1979 – Meinungsumfrage als Beitrag zur Versachlichung (S. 3)

„Die am 12. und 13. September durchgeführte Blitzumfrage... hat bekanntlich ergeben, daß 75 Prozent der Wähler im Ländle für die Initiative ‚Pro Vorarlberg‘ sind und nur 15 Prozent dagegen.“	Eine Umfrage zeigt, dass drei Viertel der Vorarlberger die Initiative „Pro Vorarlberg“ unterstützen, während 15 Prozent dagegen sind.	Umfragen bieten wertvolle Einblicke in die öffentliche Meinung zu politischen Themen.	Meinungsforschung	K5
„Es gibt nur jeweils 2 Prozent... Vorarlberger gesamthaft, die für ‚Los von Wien‘ sind oder sich als Vorarlberg-‚Nationalisten‘ deklarieren.“	Nur eine sehr kleine Minderheit der Vorarlberger befürwortet eine Abspaltung von Wien oder fühlt sich als „Nationalisten“.	Radikale politische Positionen werden in der Bevölkerung selten unterstützt.	Politische Extreme	K4
„Als Leitmotiv rangiert die ungerechte finanzielle Behandlung durch den Bund (48 Prozent der Befürworter).“	Die Hauptmotivation für die Unterstützung der Initiative ist die Wahrnehmung einer ungerechten finanziellen Behandlung durch den Bund.	Finanzielle Ungerechtigkeit ist oft ein zentraler Antrieb für politische Mobilisierung.	Finanzielle Ungerechtigkeit	K3
„Jene, die Föderalismus, mehr Rechte und Kompetenzen, mehr Freiheit und	Ein Drittel der Befürworter sieht in der Initiative einen Weg, Föderalismus,	Föderalismus und Subsidiarität sind wichtige Beweggründe für politische	Föderalismus	K1

Subsidiarität an die Spitze stellen, betragen bei den Anhängern der ‚Pro Vorarlberg‘-Initiative 34 Prozent.“	Rechte und regionale Freiheiten zu stärken.	Forderungen in föderalen Staaten.		
„Engagiert speziell nur gegen ‚Diktatur aus Wien‘ zeigen sich nur 15 (11) Prozent.“	Ein kleiner Teil der Befürworter ist aus Protest gegen die „Diktatur aus Wien“ motiviert.	Widerstand gegen zentralistische Politik kann ein Antrieb für regionale Bewegungen sein, ist jedoch oft nicht der Hauptgrund.	Protest gegen Zentralismus	K1
„Nur 12 Prozent (9) stellen Sparsamkeit des Ländles und Verschwendungssucht in Wien an die erste Stelle.“	Sparsamkeit in Vorarlberg und Verschwendung in Wien werden nur von einer kleinen Minderheit als Hauptgrund für die Unterstützung der Initiative genannt.	Wahrgenommene wirtschaftliche Disparitäten zwischen Regionen sind nicht immer die Hauptmotivation für politische Mobilisierung.	Wirtschaftsdisparitäten	K3
„Nur 4 Prozent Befürworter (3 Prozent allgemein) hegen Abneigung gegen die Wiener.“	Antipathie gegen Wien spielt nur für eine kleine Minderheit eine Rolle bei der Unterstützung der Initiative.	Persönliche oder regionale Abneigungen sind oft keine dominanten Beweggründe in politischen Initiativen.	Regionale Vorurteile	K4
„63 Prozent (9,5 Prozent gesamt) haben Angst vor einer Loslösung von Wien und sind gegen eine Extrawurst.“	Die Mehrheit der Gegner der Initiative fürchtet eine Abspaltung von Wien und lehnt Sonderbehandlungen ab.	Ängste vor politischen oder territorialen Veränderungen spielen eine zentrale Rolle bei der Ablehnung von Initiativen.	Angst vor Abspaltung	K1
„Vorarlberg sei allein nicht lebensfähig...“	Einige Gegner glauben, dass Vorarlberg ohne Wien wirtschaftlich nicht überlebensfähig wäre.	Wirtschaftliche Bedenken und Fragen der Lebensfähigkeit kleiner Regionen sind häufige Argumente gegen Abspaltungstendenzen.	Wirtschaftliche Unsicherheit	K3
„Als Witz fassen 11 Prozent Gegner (1,7	Eine kleine Minderheit sieht die Initiative als Witz oder nicht	Politische Initiativen werden von manchen als übertrieben oder	Geringe Ernsthaftigkeit	-

Prozent gesamt) die Initiative auf.“	ernstzunehmend an.	nicht realisierbar wahrgenommen.		
„Nur 5 Prozent Gegner bewegt, dass Kreisky dagegen ist...“	Die Haltung von Bundeskanzler Kreisky beeinflusst nur eine kleine Minderheit der Gegner.	Persönlichkeiten der nationalen Politik haben oft nur geringen Einfluss auf regionale Initiativen.	Einfluss politischer Führung	K2

19. September 1979 – Mehr Föderalismus für alle Bundesländer verlangt: Gegenbewegung zu „PRO VORARLBERG“ (S. 4)

„Die Aktion nennt sich Bewegung ,Vorarlberger pro Österreich‘. Ihre Proponenten bekennen sich zwar durchwegs zu mehr an Föderalismus, lehnen aber ein ,eigenes Statut‘ für Vorarlberg ab.“	Die neue Gruppe ,Vorarlberger pro Österreich“ unterstützt Föderalismus, lehnt jedoch eine Sonderstellung für Vorarlberg ab.	Innerhalb föderalistischer Bewegungen kann es unterschiedliche Ansichten über den Umfang der Autonomie geben.	Föderalismus	K1
„Es gebe ... eine gemeinsame Basis gegen ,Pro Vorarlberg‘, jedoch innerhalb der Gruppe keine einheitliche Meinung darüber, welche Kompetenzen in Zukunft dem Land übertragen werden sollten.“	Die Gruppe ist sich in der Ablehnung von ,Pro Vorarlberg“ einig, hat aber unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Befugnisse an Vorarlberg übertragen werden sollten.	In politischen Bewegungen können Konsens in einem Punkt und Vielfalt der Meinungen in anderen Punkten koexistieren.	Innergruppen- Diversität	-
„Pro Vorarlberg gefährde aber die Bestrebungen anderer Bundesländer, mehr an Föderalismus zu erlangen, weil es für sie nun unmöglich sei, ,auf den fahrenden Zug aufzuspringen‘.“	Die Bewegung kritisiert, dass ,Pro Vorarlberg“ die föderalistischen Bestrebungen anderer Bundesländer behindere, da diese durch die Initiative ausgeschlossen würden.	Die Wirkung einer regionalen Initiative kann nationale föderalistische Bestrebungen beeinträchtigen oder blockieren.	Föderale Dynamik	K1
„Die Bewegung unterstellt den Initiatoren von ,Pro Vorarlberg‘... in einer ,rassistisch zu nennenden Idee auf eine Loslösung Vorarlbergs aus dem Staatsgefüge hinzudrängen.““	Die Gruppe wirft ,Pro Vorarlberg“ vor, rassistische Motive zu haben und auf eine Abspaltung von Österreich hinzuarbeiten.	Politische Gegner werfen sich häufig extreme oder bedrohliche Motive vor, um die andere Seite zu diskreditieren.	Politische Auseinandersetzun- gen	K2
„Mit derselben Argumentation, mit	Die Argumentation von ,Pro	Wenn Sonderrechte für eine Region	Präzedenzfälle	K1

der ‚Pro Vorarlberg‘ ein eigenes Statut erlangt, könnten natürlich auch andere Bundesländer auftreten.“	Vorarlberg“ könnte, wenn sie konsequent verfolgt würde, auch auf andere Bundesländer angewendet werden, was zu Problemen führen könnte.	gewährt werden, kann dies einen Präzedenzfall schaffen, der von anderen Regionen eingefordert wird.		
„Wollte man solche Gedankengänge konsequent weiterführen... könnte ebenso gut das Leiblachtal ein eigenes Statut in Vorarlberg verlangen.“	Die Bewegung argumentiert, dass das Leiblachtal innerhalb Vorarlbergs ebenfalls Sonderrechte verlangen könnte, wenn die Argumentation von „Pro Vorarlberg“ fortgesetzt wird.	Forderungen nach regionaler Autonomie können auf immer kleinere Einheiten übertragen werden, was zur Fragmentierung führen könnte.	Autonomie und Fragmentierung	K1
„Eine Grundsatzdebatte über mehr Länderrechte notwendig sei, wolle man nicht, daß diese durch ‚Pro Vorarlberg‘ gefährdet werde.“	Die Gruppe hält eine Grundsatzdebatte über mehr föderale Rechte für notwendig, befürchtet jedoch, dass „Pro Vorarlberg“ diese gefährdet.	Große politische Themen erfordern eine umfassende Debatte, die durch einzelne Initiativen beeinflusst werden kann.	Grundsatzdebatten	K1
„Man wolle nicht global gegen die Leute vorgehen, die für ‚Pro Vorarlberg‘ seien und zweifle auch nicht das Ergebnis und die Seriosität der Umfrage an...“	Die Bewegung betont, dass sie nicht pauschal gegen die Befürworter von „Pro Vorarlberg“ vorgehen will und die Ergebnisse der Umfrage respektiert.	Kritiker können die Ansichten und Motive einer Bewegung ablehnen, ohne die Legitimität ihrer Anhänger oder Umfrageergebnisse infrage zu stellen.	Differenzierte Kritik	K5
„‚Vorarlberger pro Österreich‘ sehe sich aber als Sammelbecken all derer, die sich nicht mit der Aktion einverstanden sähen...“	Die Gruppe versteht sich als Plattform für alle, die „Pro Vorarlberg“ ablehnen.	Widerstandsbewegungen bieten oft eine Anlaufstelle für Menschen, die sich mit einer bestehenden Bewegung nicht identifizieren.	Sammelbewegung	K2
„Kontakte zu irgendeiner Partei bestünden keine, erklärte der Wortführer der Aktion...“	Die Gruppe betont, dass sie unabhängig von politischen Parteien agiert.	Bürgerbewegungen können unabhängig von Parteien operieren, um ihren Basischarakter zu betonen.	Politische Unabhängigkeit	K2

21. September 1979 – LH Maurer: Vorarlberger Funke längst schon übergesprungen (S. 3)

„Die Bürgerinitiative	Andreas Maurer unterstützt die	Politische Führer können	Unterstützung durch Politiker	K2
-----------------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------------	----

PRO VORARLBERG wird vom niederösterreichisch en Landeshauptmann Andreas Maurer ,ausdrücklich begrüßt‘.“	Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“.	Bürgerbewegungen unterstützen, wenn sie eine gemeinsame Kritik am Zentralismus teilen.		
„Ich sehe diese Initiative ... als Zeichen des Unbehagens mit dem Zentralismus, den die Bundesregierung angestrebt hat und durchführt.“	Maurer sieht in der Initiative ein Zeichen der Unzufriedenheit mit dem zentralistischen Kurs der Bundesregierung.	Zentralismus kann regionalen Widerstand hervorrufen, insbesondere wenn Länder ihre Autonomie eingeschränkt sehen.	Widerstand gegen Zentralismus	K1
„Dieses hohe Maß an Zentralismus stellt nicht nur die Vorarlberger vor Probleme, sondern alle Länder.“	Maurer betont, dass der Zentralismus nicht nur Vorarlberg, sondern alle Bundesländer betrifft.	Zentralismus kann als nationale Herausforderung wahrgenommen werden, die die föderale Struktur eines Landes gefährdet.	Nationale Dimension	K1
„Die Länder werden immer stärker dazu herangezogen, das Förderungsprogram m wird mißachtet, der Status der Bundesländer immer mehr unterhöhlt.“	Die Bundesregierung belastet die Länder zunehmend, während ihre Forderungen ignoriert werden, was ihre Position schwächt.	Die Missachtung von Länderforderungen und eine zunehmende Zentralisierung können das föderale Gleichgewicht destabilisieren.	Föderale Spannungen	K1
„Er begrüßt es, daß in Vorarlberg eine Gruppe von Bürgern die tiefe Unzufriedenheit mit dem Zentralismus artikuliert.“	Maurer unterstützt die Vorarlberger Bürger, die ihre Unzufriedenheit mit dem Zentralismus zum Ausdruck bringen.	Bürgerbewegungen spielen eine wichtige Rolle bei der Artikulation regionaler Interessen und Widerstände.	Bürgerengagement	K1/K2
„Der niederösterreichisch e Landeshauptmann ist davon überzeugt, daß der Funke aus Vorarlberg längst auf die anderen Bundesländer überggesprungen ist.“	Maurer glaubt, dass die Vorarlberger Initiative andere Bundesländer inspiriert hat, ähnliche Forderungen zu stellen.	Politische Bewegungen in einer Region können als Vorbild für andere Regionen dienen und regionale Widerstände auslösen.	Inspiration durch Vorreiter	K1

22. September 1979 – Erforderliches Limit für Volksbegehren längst überschritten (S. 5)

„Ungebrochen ist die Flut von zustimmenden	Die Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“ hat deutlich mehr	Starke öffentliche Unterstützung kann sich in einer großen	Öffentliche Unterstützung	K5
--	---	--	------------------------------	----

Zuschriften zu PRO VORARLBERG ... Die in der Vorarlberger Landesverfassung zur Einleitung eines Volksbegehrens erforderliche Anzahl von 5000 Unterschriften ... wurde bei weitem überschritten.“	als die erforderlichen 5000 Unterschriften für ein Volksbegehren erhalten.	Anzahl von Unterschriften für Bürgerinitiativen manifestieren.		
„Ein wesentliches Anliegen der Bürgerinitiative ... ist die Durchführung einer Landes-Volksabstimmung.“	Ein Hauptziel der Bürgerinitiative ist es, eine Volksabstimmung in Vorarlberg durchzuführen.	Volksabstimmungen sind ein Instrument, mit dem Bürger direkt über politische Fragen abstimmen können.	Direkte Demokratie	K1
„Nicht ein ‚Los von Österreich‘, aber eine vermehrte Selbstständigkeit Vorarlbergs ist das zentrale Anliegen der Initiatoren.“	Die Initiatoren streben keine Unabhängigkeit von Österreich an, sondern fordern mehr Autonomie für Vorarlberg innerhalb des Bundesstaates.	Regionale Autonomiebewegungen fordern oft mehr Selbstbestimmung, ohne die staatliche Einheit zu gefährden.	Regionales Autonomiebestreben	K4
„Für das hohe Maß an Zustimmung ... sprechen nicht nur die vielen tausend Einsendungen, sondern auch die Spendenüberweisungen ...“	Die breite Unterstützung zeigt sich nicht nur in Unterschriften, sondern auch in finanziellen Spenden.	Finanzielle Unterstützung kann als zusätzliches Zeichen für die Stärke einer Bürgerbewegung gesehen werden.	Finanzielle Unterstützung	K5

24. September 1979 – Unterstützung weit über erwartetes Maß hinaus: PRO VORARLBERG schließt Unterschriftensammlung ab (S. 3)

„Die Aktion PRO VORARLBERG macht besonders darauf aufmerksam, daß ihre Unterschriftensammlung per Post abgeschlossen werden kann, da die bisherige Unterstützung weit über das erwartete Ausmaß hinausreicht.“	Die Initiative „Pro Vorarlberg“ hat ihre Unterschriftensammlung beendet, da sie mehr Unterstützung erhalten hat, als ursprünglich erwartet.	Bürgerinitiativen können durch unerwartet hohe Unterstützung ihre Ziele schneller erreichen.	Bürgerbeteiligung	K5
„Da keine Unterschriften mehr benötigt werden ... wird besonders auf eventuelle Unterschriftenaktionen ...“	Die Initiative warnt vor parallelen Unterschriftenaktionen, die möglicherweise irreführend sind.	Warnungen vor Missbrauch und Fehlinformationen können in politisch aufgeladenen Bewegungen auftreten.	Öffentliches Bewusstsein	K5

nen von Haus zu Haus, die derzeit von anderen Stellen ausgehen können, hingewiesen.“				
„Als erfreulich wurde dabei gewertet, daß die Bevölkerung die Ziele und Beweggründe der Bürgerinitiative voll verstanden hat.“	Die Initiatoren sind zufrieden, dass die Öffentlichkeit die Absichten der Bewegung verstanden hat.	Die Zustimmung der Bevölkerung zu politischen Initiativen basiert oft auf dem Verständnis der Ziele.	Öffentliches Verständnis	K5
„Der Versuch der Gegner, Keile in die Bewegung zu treiben, ist gescheitert.“	Die Versuche der Gegner, die Bewegung zu spalten, waren erfolglos.	Widerstand gegen eine Bewegung kann durch Einheit innerhalb der Bewegung überwunden werden.	Gegnerische Reaktionen	K2
„Aus der repräsentativen Umfrage ... ergibt sich ein verschwindender Prozentsatz von zwei Prozent der Vorarlberger, die ein ‚Los von Wien‘ anstreben.“	Nur eine sehr kleine Minderheit der Vorarlberger unterstützt eine vollständige Abspaltung von Wien.	Eine klare Mehrheit kann gegen radikale Positionen innerhalb einer Autonomiebewegung sein.	Radikalität vs. Mäßigung	K1
„Ein beträchtlicher Teil der Unterstützungserklärungen stammt von Vorarlbergern, die aus anderen Bundesländern zugezogen sind.“	Viele Unterstützer der Initiative sind Menschen, die aus anderen Bundesländern nach Vorarlberg gezogen sind.	Menschen, die sich in einer neuen Region integrieren, können dennoch starke Unterstützer regionaler Autonomieforderungen werden.	Zuwandererunterstützung	K4
„Die weitverbreitete Furcht von älteren Menschen um ihre Pensionen wurde als Beweis für den beklagenswerten Zustand unseres Staates erwähnt.“	Viele ältere Menschen haben Angst, ihre Pensionen zu verlieren, was als Beweis für den schlechten Zustand des Staates gewertet wird.	Wirtschaftliche Unsicherheit kann ältere Bevölkerungsgruppen anfällig für politische Ängste machen.	Sozialer Schutz	K3
„Klar zurückgewiesen wurde in Feldkirch auch die Unterstellung des Rassismus.“	Die Initiative wies Vorwürfe des Rassismus eindeutig zurück.	Rassismussvorwürfe können als Angriff auf Autonomiebewegungen verwendet werden, müssen aber nicht der Realität entsprechen.	Rassismussvorwürfe	K4
„Die wichtigste Forderung ... demnach dürfe keine Änderung der Verfassung zu	Die wichtigste Forderung ist, dass keine Verfassungsänderung zu Lasten der	Föderalistische Systeme sehen oft Hürden für Verfassungsänderungen vor, um	Verfassungsschutz	K1

Lasten der Länder erfolgen, ohne daß zwei Drittel der Landtage zustimmen.“	Länder ohne deren Zustimmung erfolgen darf.	regionale Interessen zu schützen.		
--	---	-----------------------------------	--	--

6.2. März 1980

10. März 1980 – ÖVP-Arbeitspapier auf der Basis der Petition: Heute Gespräch über den Text der Volksabstimmung (S. 3)

Originaltext	Paraphrase	Generalisierung	Strukturierungsdimension	Kategorie
„Heute um 14 Uhr tritt eine ÖVP-Verhandlungsgruppe mit dem Komitee der Bürgerinitiative PRO VORARLBERG zu einer abschließenden Besprechung zusammen.“	Die ÖVP trifft sich mit der Bürgerinitiative PRO VORARLBERG, um den finalen Text für die bevorstehende Volksabstimmung zu besprechen.	Politische Verhandlungen vor Volksabstimmungen sind essenziell, um den genauen Wortlaut und die Inhalte festzulegen.	Politische Verhandlungen	K2
„Eine eigene Aussprache mit der FPÖ-Fraktion ist noch in Überlegung ...“	Eine Diskussion mit der FPÖ-Fraktion wird noch in Betracht gezogen, ist aber nicht fixiert.	Parteien suchen oft Allianzen und klären ihre Positionen, bevor sie an Volksabstimmungen teilnehmen.	Parteipolitische Gespräche	K2
„Zu einer eigenen Begegnung zwischen Bürgerinitiative und der SPÖ-Fraktion wird es kaum noch kommen ...“	Eine Besprechung mit der SPÖ wird voraussichtlich nicht stattfinden, da die Sozialisten dies abgelehnt haben.	Ein fehlender Dialog zwischen politischen Akteuren kann zu Unstimmigkeiten und unterschiedlichen Positionen führen.	Dialogbereitschaft	K2
„Die Auseinandersetzung über die Petition von PRO VORARLBERG an den Landtag wird also im Landtagsrechtsausschuß stattfinden und abgeschlossen werden ...“	Die Debatte über die Petition wird im Landtagsrechtsausschuß geführt und abgeschlossen.	Politische Prozesse zur Behandlung von Petitionen laufen oft über parlamentarische Ausschüsse.	Ausschussarbeit	K1
„Die ÖVP-Fraktion beharrt darauf, daß diese Materie erledigt wird, ehe der Landtag andere Arbeiten behandelt.“	Die ÖVP besteht darauf, dass die Angelegenheit der Volksabstimmung vor anderen Themen im Landtag abgeschlossen wird.	Prioritäten in der politischen Agenda werden oft strategisch gesetzt, um wichtige Themen zuerst zu behandeln.	Politische Prioritäten	K2
„Seitens der Volkspartei wurde	Die ÖVP hat ein Arbeitspapier mit	Politische Parteien entwickeln oft	Parteiprogramme	K2

bereits ein Papier erarbeitet, mit dem sie der Bürgerinitiative gegenübertritt.“	10 Punkten vorbereitet, um die Forderungen der Bürgerinitiative zu beantworten.	spezifische Positionen und Vorschläge in Reaktion auf Bürgerinitiativen.		
„Daß mit diesem Katalog nicht weitgehend der Petition der Bürgerinitiative PRO VORARLBERG entsprochen werde, wird entschieden in Abrede gestellt ...“	Die ÖVP weist Berichte zurück, dass ihre Vorschläge den Forderungen der Bürgerinitiative nicht gerecht werden.	Politische Akteure wehren sich häufig gegen den Vorwurf, auf Bürgerforderungen unzureichend einzugehen.	Politische Rechtfertigung	K5
„Eine 'Kindesweglegung' würde auch nicht der ÖVP-Politik in Vorarlberg entsprechen ...“	Die ÖVP betont, dass sie die Anliegen der Bürgerinitiative nicht ignorieren werde.	Parteien versuchen, ihre Nähe zu Bürgerbewegungen zu demonstrieren, um politischen Rückhalt zu sichern.	Parteiverständnis	K2

11. März 1980 – Grundsätzliches Ja zum Fragenkatalog (S.2)

„Ein grundsätzliches Ja erteilten die Vertreter der Bürgerinitiative 'Pro Vorarlberg' gestern jenem Arbeitspapier für den ÖVP-Klub, das die (vorläufige) Fragestellung für die Vorarlberger Volksabstimmung um verstärkte Länderrechte voraussichtlich im Juni beinhaltet.“	Die Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“ stimmte dem von der ÖVP vorgelegten Arbeitspapier für die bevorstehende Volksabstimmung über mehr Länderrechte grundsätzlich zu.	Bürgerinitiativen und Parteien stimmen ihre Positionen oft ab, um eine gemeinsame Grundlage für politische Entscheidungen zu schaffen.	Politische Verhandlungen	K1
„Der in dem Arbeitspapier formulierte Forderungskatalog berücksichtigt sehr stark die im September von der Bürgerinitiative vorgelegte Petition und reicht weit über das sogenannte Länderforderungsprogramm von 1976 hinaus.“	Das Arbeitspapier enthält viele Forderungen aus der Petition der Bürgerinitiative und geht sogar über das frühere Länderforderungsprogramm von 1976 hinaus.	Politische Programme können sich im Laufe der Zeit weiterentwickeln und stärker auf aktuelle Bedürfnisse eingehen.	Programmatistische Anpassungen	K1
„Nach dem Zusammentreffen zwischen Sprechern von 'Pro Vorarlberg' und	Nach dem Treffen zwischen der Bürgerinitiative und der ÖVP soll nun auch bald mit	Politische Allianzen werden oft durch Gespräche mit verschiedenen	Parteipolitische Verhandlungen	K2

Repräsentanten des Landtagsklubs der ÖVP will man nun sehr rasch mit dem FPÖ-Landtagsklub Gespräche führen.“	der FPÖ verhandelt werden.	Fraktionen gesucht, um Unterstützung für ein Anliegen zu sichern.		
„Von den Vertretern der Bürgerinitiative wird bedauert, daß seitens des SPÖ-Landtagsklubs die Gesprächsbereitschaft, trotz vorheriger Zusage von Klubobmann Ernst Winder, wieder zurückgezogen wurde.“	Die Bürgerinitiative bedauert, dass die SPÖ, trotz einer vorherigen Zusage, kein Gespräch mehr führen möchte.	Rückzug aus Verhandlungen kann zu Enttäuschung und Kritik führen, besonders wenn zuvor Bereitschaft signalisiert wurde.	Abbruch von Verhandlungen	K2

13. März 1980 – Ein wesentlicher Erfolg ist bereits sichtbar (S. 1)

„Ein großer Erfolg in der Durchsetzung der Petition für mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung Vorarlbergs innerhalb des Bundesstaates zeichnet sich bereits jetzt für die Bürgerinitiative <i>Pro Vorarlberg</i> ab.“	Die Bürgerinitiative <i>Pro Vorarlberg</i> sieht sich auf dem Weg zu einem großen Erfolg bei der Durchsetzung ihrer Forderungen nach mehr Eigenständigkeit für das Land Vorarlberg.	Bürgerbewegungen können durch politische Unterstützung an Einfluss gewinnen und ihre Forderungen durchsetzen.	Politische Forderungen	K1
„Der Landtagsklub der ÖVP als Mehrheitsfraktion im Landesparlament verabschiedete gestern einstimmig einen Forderungskatalog.“	Der ÖVP-Landtagsklub hat einen Forderungskatalog einstimmig beschlossen.	Politische Parteien stimmen oft interne Programme ab, um ihre Positionen geschlossen zu vertreten.	Parteipolitische Beschlüsse	K2
„Dieser Forderungskatalog.. wird im Wesentlichen auch von der FPÖ mitgetragen. Die SPÖ hingegen lehnt ihn... ab.“	Die FPÖ unterstützt den Katalog, während die SPÖ ihn ablehnt.	Unterschiedliche Parteien haben oft gegensätzliche Positionen zu politischen Forderungen, die sie durchsetzen wollen.	Parteipolitische Differenzen	K2

13. März 1980 – Dazu werden die Vorarlberger im Juni befragt (S. 3)

„Das 10-Punkte-Programm... orientiert sich im	Das 10-Punkte-Programm basiert weitgehend auf den	Politische Programme können direkt auf	Bürgerbeteiligung	K1
---	---	--	-------------------	----

Wesentlichen an der Pro-Vorarlberg-Petition.“	Forderungen der Bürgerinitiative <i>Pro Vorarlberg</i> .	Bürgerinitiativen beruhen, die gesellschaftliche Anliegen aufgreifen.		
„Die Erfüllung der Forderungen... würde dem Land Vorarlberg jenes Maß an Eigenständigkeit und Selbstverantwortung bringen, das die Bundesverfassung ursprünglich zugestanden hat.“	Die Umsetzung des Programms würde Vorarlberg die ursprünglich in der Verfassung vorgesehene Autonomie zurückgeben.	Föderale Strukturen können im Laufe der Zeit durch die Praxis zentralisiert werden, was Forderungen nach mehr Eigenständigkeit auslösen kann.	Föderalismus	K1
„Angelegenheiten, die vom Land selbst besorgt werden können, sollen in seine Zuständigkeit fallen.“	Das Land soll die Zuständigkeiten erhalten, die es selbst bewältigen kann.	Das Subsidiaritätsprinzip fördert die Übertragung von Kompetenzen an untergeordnete Regierungsebenen.	Dezentralisierung	K1
„Das Land soll... sich selbst seine Verfassung geben.“	Vorarlberg soll das Recht haben, seine eigene Verfassung zu gestalten.	Regionale Autonomie beinhaltet oft das Recht, Verfassungsstrukturen unabhängig zu bestimmen.	Föderalismus	K1
„SPÖ sieht vier schwere Mängel... Mehr Bürgernähe ist nicht erkennbar, lediglich mehr Machtfülle für die ÖVP.“	Die SPÖ kritisiert das Programm, da es vor allem der ÖVP mehr Macht verschaffen würde, ohne die Bürgerbeteiligung zu fördern.	Oppositionsparteien kritisieren häufig Regierungspläne, wenn diese Machtkonzentrationen zugunsten der Regierungspartei befürchten.	Parteipolitik	K2
„Die FPÖ will... Verhandlungen mit dem Bund... in Form einer Vereinbarung sichern.“	Die FPÖ fordert, dass die Verhandlungen mit dem Bund durch eine bindende Vereinbarung gesichert werden.	Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern können rechtliche Klarheit und Verbindlichkeit schaffen.	Föderale Zusammenarbeit	K1

15. März 1980 – ÖVP-Chef Mock und FPÖ-Klubobmann Peter zu 10-Punkte-Programm für Vorarlberg (S. 1)

„Das 10-Punkte-Programm sei ‚ein sehr positiver Beitrag zur Föderalismusdiskussion in Österreich‘.“	ÖVP-Chef Alois Mock lobt das Programm als wichtigen Impuls für die Debatte über den Föderalismus in Österreich.	Reformprogramme auf Landesebene können die nationale Föderalismusdebatte positiv beeinflussen.	Föderalismus	K1
„Es gibt eigentlich keine Ursache, dass nicht auch die Sozialisten in	Mock sieht keinen Grund, warum die SPÖ Vorarlberg das	Politische Vorschläge, die regionale Eigenständigkeit	Parteipolitik	K2

Vorarlberg diesem Programm zustimmen könnten...“	Programm nicht unterstützen sollte.	stärken, könnten überparteiliche Unterstützung finden.		
„Was ein Bundesland selbst besorgen könne, solle von einem Bundesland besorgt werden.“	Peter bekräftigt das föderalistische Prinzip, dass Länder Aufgaben übernehmen sollten, die sie selbst bewältigen können.	Das Subsidiaritätsprinzip sieht vor, dass Entscheidungen auf der niedrigsten möglichen Ebene getroffen werden sollen.	Dezentralisierung	K1
„Das ist die Forderung nach Schulkompetenzen und das ist die Forderung nach Sicherheitskompetenzen für ein Bundesland.“	Peter nennt Schul- und Sicherheitskompetenzen als Bereiche, die einer besonders gründlichen Prüfung bedürfen.	Bestimmte politische Bereiche wie Bildung und Sicherheit können national zentrale Bedeutung haben, auch in föderalen Systemen.	Föderalismus	K1

19. März 1980 – Direkte Aussprache mit Pro-Vorarlberg-Vertretern: Rechtsausschuss behandelt heute die Volksabstimmung (S. 2)

„Da mit einem enormen Interesse ... gerechnet wird, hat man die Sitzung ... in den großen Sitzungssaal der Bezirkshauptmannschaft Bregenz verlegt.“	Aufgrund des hohen Interesses wurde die Sitzung in einen größeren Saal verlegt.	Politisch brisante Themen können breite öffentliche Aufmerksamkeit erregen, die in institutionellen Sitzungen berücksichtigt werden muss.	Öffentliche Aufmerksamkeit	K5
„Für die Bürgerinitiative bedeutet die bisherige Entwicklung einen beachtenswerten Erfolg ... über die Grenzen Vorarlbergs hinaus.“	Die Bürgerinitiative hat bereits überregionale Erfolge erzielt.	Bürgerbewegungen können durch erfolgreiche Mobilisierung auch über ihre regionale Basis hinaus Bedeutung erlangen.	Überregionale Wirkung	K4
„Die Ausgangslage ... ist von der Zustimmung der beiden Regierungsfractionen ÖVP und FPÖ zum vorliegenden 10-Punkte-Programm gekennzeichnet, während die SPÖ-Opposition die ablehnende Haltung bereits deponiert hat.“	Die ÖVP und FPÖ unterstützen das 10-Punkte-Programm, während die SPÖ bereits ihre ablehnende Position kundgetan hat.	Politische Diskussionen zu Autonomiefragen spiegeln oft parteipolitische Differenzen wider.	Parteipolitische Positionen	K2
„Die SPÖ hat ihrerseits ein Arbeitspapier	Die SPÖ plant, ein eigenes Arbeitspapier im	Oppositionelle Parteien präsentieren oft	Oppositionelle Alternativen	K2

angekündigt, das sie heute im Ausschuss vorlegen wird.“	Ausschuss vorzulegen.	alternative Vorschläge, um eigene Lösungen zu politischen Problemen anzubieten.		
„Der Rechtsausschuss wird heute ... die Fragestellung formulieren, die voraussichtlich am 14. Juni der Vorarlberger Bevölkerung in der Abstimmung ... vorgelegt wird.“	Der Rechtsausschuss formuliert die Frage für die Volksabstimmung, die am 14. Juni abgehalten werden soll.	Volksabstimmungen setzen eine präzise formulierte Fragestellung voraus, die von den zuständigen Gremien erarbeitet wird.	Vorbereitung einer Volksabstimmung	K2

25. März 1980 – SPÖ stellt heute ihr Alternativpapier vor (S. 3)

„Die SPÖ wird ... heute vormittag dieses Papier der Presse vorstellen.“	Die SPÖ wird ihr Alternativpapier, das sie als Gegenentwurf zum 10-Punkte-Programm vorgelegt hat, heute der Presse präsentieren.	Politische Parteien nutzen die Medien, um ihre Positionen und Programme der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.	Öffentlichkeitsarbeit	K2/K5
„Heute nachmittag tritt ... abermals der Rechtsausschuß des Vorarlberger Landtages zusammen ...“	Der Rechtsausschuss des Vorarlberger Landtags trifft sich heute erneut, um die Beratungen abzuschließen.	Ausschüsse spielen eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung und Diskussion von Gesetzesvorlagen und politischen Initiativen.	Institutionelle Vorbereitung	-
„Dabei wird der Ausschuß aller Voraussicht nach jene Vorlage verabschieden, die ... als Abstimmungstext für die Vorarlberger Volksabstimmung am 14. Juni d. J. beschlossen wird.“	Der Rechtsausschuss wird den Abstimmungstext für die Volksabstimmung zur Eigenständigkeit Vorarlbergs voraussichtlich verabschieden.	Ausschüsse arbeiten politische Beschlüsse aus, die dann in Abstimmungen der Bevölkerung zur Entscheidung vorgelegt werden.	Inhaltliche Ausarbeitung	K1
„Das ... Alternativpapier stützt sich im wesentlichen auf drei Forderungen: Mehr Rechte für die Bürger im Land, mehr Rechte und Hilfe für die Gemeinden, und mehr Rechte für alle Länder.“	Das Alternativpapier der SPÖ fokussiert auf Bürgerrechte, kommunale Unterstützung und die Stärkung der Länderrechte.	Alternative politische Programme setzen andere Schwerpunkte, um die eigene Sichtweise gegenüber der Öffentlichkeit klar abzugrenzen.	Politische Alternativen	K1/K2

„Für die SPÖ ist der ‚Föderalismus eben mehrschichtig‘, wie Ernst Winder erläutert.“	Die SPÖ sieht Föderalismus als ein komplexes System, das auf verschiedenen Ebenen Rechte stärken sollte.	Verschiedene politische Akteure interpretieren föderalistische Strukturen unterschiedlich, je nach ihren politischen Zielen und ideologischen Grundsätzen.	Föderalismus	K1
„Für die Mehrheitspartei sei alles klar. Man habe ... ein 10-Punkte-Programm für vermehrte Eigenständigkeit erarbeitet und werde jetzt die gesteckte Zielsetzung konsequent verfolgen.“	Die ÖVP sieht sich mit ihrem 10-Punkte-Programm auf Kurs und plant, ihre Ziele entschlossen zu verfolgen.	Politische Mehrheitsparteien konzentrieren sich oft auf die Umsetzung ihrer Programme, um ihre Machtposition zu festigen und klare Ziele zu erreichen.	Politische Strategie	K2
„Die FPÖ habe damit ‚keinerlei Probleme‘ ... man hätte sich vielleicht ‚eine härtere Formulierung etwa beim Bundesrat‘ wünschen können.“	Die FPÖ unterstützt das Programm grundsätzlich, hätte jedoch gerne strengere Formulierungen in Bezug auf den Bundesrat gesehen.	Parteien innerhalb eines politischen Blocks können unterschiedliche Intensitäten oder Nuancen in ihrer Unterstützung eines Programms aufweisen.	Parteipolitische Nuancen	K2

26. März 1980 – Rechtsausschuss stellt die Weichen für Freitag. Vorentscheidung im Ausschuss: 10-Punkte-Programm ohne SPÖ (S. 3)

„ÖVP und FPÖ ... stimmten für das in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative erarbeitete 10-Punkte-Programm, und die SPÖ stimmte dagegen.“	ÖVP und FPÖ unterstützen das 10-Punkte-Programm, während die SPÖ es ablehnt.	Unterschiedliche Parteien haben oft verschiedene Positionen zu regionalen Autonomiefragen, die entlang ideologischer Linien verlaufen.	Parteipositionen	K2
„Das von der SPÖ vorgelegte ‚Alternativpapier‘ wurde von der Ausschussmehrheit abgelehnt ...“	Der Alternativvorschlag der SPÖ wurde von der Mehrheit im Ausschuss abgelehnt.	Minderheitsparteien haben oft Schwierigkeiten, ihre Alternativvorschläge gegen die Mehrheit durchzusetzen.	Politische Ablehnung	K2
„Die SPÖ wiederholte ... ihre Forderung, über das Länderforderungsprogramm von 1976 abstimmen zu lassen.“	Die SPÖ beharrt darauf, das Länderforderungsprogramm von 1976 zur Abstimmung zu bringen.	Politische Parteien können sich auf frühere Forderungen oder Programme stützen, um ihre Position zu legitimieren.	Politische Beharrlichkeit	K1

„Klubobmann Ök.-Rat Ignaz Battlogg ... bedauerte, dass die Zustimmung der SPÖ nicht zu bekommen war.“	Ignaz Battlogg von der ÖVP bedauert, dass die SPÖ das Programm nicht unterstützt hat.	Politische Führer äußern oft Bedauern über fehlende parteiübergreifende Einigkeit bei wichtigen Entscheidungen.	Politische Reaktion	K2
„Es ist wieder einmal die zentralistische Haltung der Sozialisten zum Durchbruch gekommen ...“	Battlogg wirft der SPÖ eine zentralistische Haltung vor, die eine bürgernahe Verwaltung verhindert.	Ideologische Gegensätze zwischen Zentralismus und Föderalismus prägen politische Auseinandersetzungen um regionale Autonomie.	Ideologischer Konflikt	K1
„FPÖ-Klubobmann Alfred Ess hat ... an eine Zustimmung der SPÖ nie geglaubt.“	Alfred Ess von der FPÖ hatte nie erwartet, dass die SPÖ das Programm unterstützt.	Skepsis gegenüber der Opposition kann die Erwartungen an parteipolitische Verhandlungen beeinflussen.	Politische Skepsis	K2
„Ess: ‚Es ist immer besser, wenn klare Fronten gezogen sind.‘“	Ess begrüßt die klare Trennung der politischen Lager im Landtag.	Klare politische Trennlinien zwischen Parteien können zu einer deutlicheren Positionierung und leichteren Entscheidungsfindung führen.	Politische Abgrenzung	K2
„Es ist für kommenden Freitag somit eine ‚heiße‘ Sitzung des Landtagsplenums zu erwarten.“	Die bevorstehende Landtagssitzung am Freitag wird voraussichtlich kontrovers und hitzig verlaufen.	Politische Spannungen in wichtigen Debatten können zu intensiven und emotional aufgeladenen Parlamentsdebatten führen.	Erwartete Spannung	K2

26. März 1980 – Vorarlberger sollen nur über das Länderförderungsprogramm 1976 abstimmen (S. 3)

„Den Sozialisten wäre es am liebsten, wenn die Vorarlberger bei der Volksabstimmung am 14. Juni über den von ihr verfassten Text abstimmen würden.“	Die SPÖ bevorzugt, dass die Bürger über ihr Alternativpapier und nicht über das 10-Punkte-Programm abstimmen.	Oppositionsparteien schlagen oft Alternativvorschläge vor, um ihre eigene politische Vision in einem Abstimmungsprozess einzubringen.	Politische Alternativen	K2
„Die SPÖ ... will über das Länderförderungspr	Die SPÖ möchte die Volksabstimmung auf das	Parteien können sich auf frühere politische Programme	Politische Fokussierung	K1

ogramm von 1976 abstimmen lassen.“	Länderförderungsprogramm von 1976 fokussieren.	berufen, um ihre aktuellen Positionen zu legitimieren.		
„Hauptfrage — nach SPÖ-Vorstellung — an den Wähler: ‚Sind Sie dafür, dass die Vorarlberger Landesregierung das ... Bundesländerförderungsprogramm ... mit mehr Nachdruck ... vertritt?‘“	Die SPÖ schlägt vor, dass die Vorarlberger darüber abstimmen, ob ihre Regierung das Länderförderungsprogramm stärker durchsetzen soll.	Die Stärkung regionaler Autonomierechte kann durch eine gezielte Volksabstimmung unterstützt werden.	Inhalt der Abstimmungsfrage	K1
„Ein weiteres Kapitel im Alternativpapier steht unter dem Titel ‚Mehr Rechte für die Gemeinden‘.“	Das Alternativpapier der SPÖ enthält konkrete Forderungen zur Stärkung der Rechte der Gemeinden.	Kommunale Selbstverwaltung wird häufig als Schlüssel für eine dezentralisierte und bürgernahe Verwaltung angesehen.	Kommunale Selbstverwaltung	K1
„Gefordert wird das Recht, eine Volksabstimmung zu beantragen, wenn mindestens zwei Gemeinden (oder 10 Prozent der Landesbevölkerung) eine solche fordern.“	Die SPÖ fordert, dass Volksabstimmungen auch durch Gemeinden oder einen Prozentsatz der Bevölkerung initiiert werden können.	Partizipative Demokratieansätze, wie das Recht zur Einleitung von Volksabstimmungen, stärken die direkte Mitsprache der Bürger.	Direkte Demokratie	K2
„Im dritten Kapitel des SPÖ-Papiers geht es um mehr Rechte für den Bürger.“	Die SPÖ fordert mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger.	Die Ausweitung der Bürgerrechte, insbesondere in Form von Volksabstimmungen und Volksbegehren, fördert die direkte Demokratie.	Bürgerrechte	K2
„Die Verhandlungen zur Verwirklichung des Länderförderungsprogrammes laufen, jedoch wäre die Unterstützung durch das Votum eines Landesvolkes sehr dienlich.“	Die SPÖ sieht die Volksabstimmung als Mittel, um die Umsetzung des Länderförderungsprogramms zu beschleunigen.	Volksabstimmungen können als Druckmittel dienen, um politische Verhandlungen voranzutreiben.	Verhandlungsstrategie	K2
„Mit der Volksabstimmung über das 10-Punkte-Programm mache sich die Vorarlberger Landesregierung	Die SPÖ kritisiert, dass das 10-Punkte-Programm ohne umfassenden Konsens der Bevölkerung oder der anderen	Oppositionen werfen der Regierung oft vor, Maßnahmen ohne ausreichende Legitimation durchzuführen.	Politische Kritik	K1

zum ,Geschäftsführer ohne Auftrag‘.“	Bundesländer durchgesetzt wird.			
„Für ihn ist das zwischen ÖVP, FPÖ und Bürgerinitiative vereinbarte 10- Punkte-Programm ein ,Wischwaschpapi- er‘.“	SPÖ-Vertreter kritisieren das 10- Punkte-Programm als vage und unklar formuliert.	Oppositionen neigen dazu, Regierungspläne als ungenau oder ineffektiv zu kritisieren, um Alternativen zu fördern.	Politische Abwertung	K2

**29. März 1980 – Landtag für ein eigenständigeres Vorarlberg: Ein historischer Beschluss:
Vorarlberg soll abstimmen! (S. 1)**

„Als Gegengewicht zu Vermassung, Verschwendungspo- litik, Skandalen und einem Zentralbürokratism us ... soll das Vorarlberger Landesvolk ... über ein Förderungsprogram m ... entscheiden.“	Die Volksabstimmung wird als Reaktion auf politische Missstände wie Zentralbürokratie, Verschwendung und Skandale gesehen.	Volksabstimmunge n werden oft genutzt, um eine stärkere lokale Autonomie gegenüber als unangemessen wahrgenommenen zentralistischen Tendenzen durchzusetzen.	Reaktion auf Missstände	K1
„Sprecher beider Regierungsfraktio- nen ... würdigten die bleibenden Verdienste dieser Bürgerinitiative.“	Die ÖVP und FPÖ loben die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg, die das 10-Punkte- Programm initiiert hat.	Regierungen loben oft Bürgerinitiativen, die in ihrem politischen Interesse agieren und deren Anliegen unterstützen.	Würdigung der Bürgerbeteiligung	K2
„Tiefes Bedauern fanden ÖVP und FPÖ für die Haltung der SPÖ- Opposition.“	Die Regierungsparteien kritisieren die SPÖ, die das 10-Punkte- Programm nicht unterstützt.	Oppositionen können aus ideologischen oder parteipolitischen Gründen gegen Regierungsinitiativ en opponieren, selbst bei weitreichenden regionalen Anliegen.	Parteipolitische Konflikte	K2
„ÖVP und FPÖ würden gemeinsam mit der Bürgerinitiative den Föderalismus in Österreich in Scherben schlagen.“	Die SPÖ wirft der Regierung vor, durch ihre Unterstützung des 10-Punkte- Programms den Föderalismus zu gefährden.	Politische Debatten über Föderalismus drehen sich oft darum, ob Dezentralisierung die nationale Einheit stärkt oder schwächt.	Föderalismus- Debatte	K1
„Durch die Pro- Vorarlberg- Initiative war die SPÖ ... in eine ihr gewiß nicht angenehme	Die SPÖ ist durch ihre Ablehnung der Initiative politisch unter Druck geraten.	Oppositionen geraten oft unter Druck, wenn sie populäre Bürgerbewegungen ablehnen.	Politische Isolation	K2

Situation gekommen.“				
„SPÖ-Landesparteiobmann ... beschuldigte die ÖVP, eine Länderfront gegen den Bund aufzubauen.“	Die SPÖ wirft der ÖVP vor, durch ihre Politik eine Front der Bundesländer gegen die Bundesregierung zu schaffen.	Föderalismusdebatten beinhalten oft den Vorwurf, dass regionale Bestrebungen zur Spaltung zwischen Bundesländern und der Zentralregierung führen.	Föderalismus und Zentralismus	K1
„FPÖ-Klubobmann Ess ... war der erste, der im Landesparlament die Forderung nach einer Vorarlberg-Volksabstimmung erhoben hat.“	Der FPÖ-Politiker Alfred Ess beansprucht, der erste gewesen zu sein, der eine Volksabstimmung vorgeschlagen hat.	Politische Akteure betonen oft ihre Führungsrolle in historischen Entscheidungen, um ihre Position zu stärken.	Führungsrolle	K2
„LAbg. Dr. Anton Sutterlüty stellte klar, daß ... eine stärkere Stellung des Landes im Bundesstaat keineswegs von vornherein ausgeschlossen sei.“	ÖVP-Abgeordneter Sutterlüty erklärt, dass die stärkere Stellung Vorarlbergs im Bundesstaat je nach Ergebnis der Abstimmung offen bleibt.	Politische Akteure lassen in ihren Plänen oft Spielraum, um spätere Verhandlungen zu erleichtern.	Flexibilität in Verhandlungen	K1
„Eine möglichst rasche Änderung der Bundesverfassung anzustreben.“	Sutterlüty betont die Möglichkeit einer Verfassungsänderung im Falle eines positiven Abstimmungsergebnisses.	Politische Reformen, besonders bei Verfassungsfragen, hängen oft von Volksabstimmungen ab.	Verfassungsänderungen	K1

29. März 1980 – Nur SPÖ stimmte beim historischen Beschluss dagegen. Volksabstimmung am 15. Juni (S. 3)

„Sprecher der ÖVP, in erster Linie Präsident Dr. Martin Purtscher, Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler ... stellten sich gestern voll und ganz hinter die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg.“	ÖVP-Vertreter wie Martin Purtscher und Herbert Keßler unterstützen vollständig die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg.	Regierungsparteien unterstützen oft Bürgerinitiativen, die in ihr politisches Programm passen.	Unterstützung der Bürgerinitiative	K2
„Die SPÖ wird dagegen für den 15. Juni die ‚Nein‘-Parole ausgeben.“	Die SPÖ hat beschlossen, gegen die Volksabstimmung am 15. Juni zu votieren.	Oppositionen geben bei Volksabstimmungen häufig klare Gegenpositionen vor.	Ablehnung der Volksabstimmung	K2

„Mit Entschiedenheit wurden Vorwürfe der SPÖ- Opposition ... von ÖVP-Sprechern zurückgewiesen.“	Die ÖVP weist die Kritik der SPÖ vehement zurück.	Politische Parteien verteidigen ihre Positionen häufig entschlossen gegen oppositionelle Vorwürfe.	Zurückweisung von Kritik	K2
„Wörtlich sprach der SP-Redner von einer ‚Katz im Sack‘, und bestätigte, daß die ursprünglichen Forderungen von Pro Vorarlberg und das VP-Papier voll übereinstimmen.“	SPÖ-Klubobmann Ernst Winder kritisiert die Volksabstimmung als undurchsichtig und nennt sie eine „Katz im Sack“.	Oppositionsparteien nutzen oft starke Metaphern, um eine mangelnde Transparenz der Regierungspläne zu kritisieren.	Kritik an Transparenz	K2
„Jungmandatar LAbg. Dr. Walter Renner wertete ‚Föderalismus als ein Prinzip zum Denken‘.“	Walter Renner betrachtet Föderalismus als ein grundlegendes Prinzip, das bedacht werden sollte.	Föderalismus wird oft als langfristiges politisches Konzept gesehen, das eine Philosophie der Dezentralisierung darstellt.	Föderalismus als Prinzip	K1

6.3. Juni 1980

31. Mai 1980 – Landtagspräsident Dr. Purtscher zur Initiative „Pro Vorarlberg“ (S. 3)

Originaltext	Paraphrase	Generalisierung	Strukturierungsdimension	Kategorie
„Als skandalös und eine bewusste Irreführung der Wähler bezeichnete Landtagspräsident Dr. Martin Purtscher ... jenes Plakat, mit dem die Vorarlberger Sozialisten ihren Wählern ein ‚Nein‘ bei der Volksabstimmung ... schmackhaft zu machen versuchen.“	Landtagspräsident Martin Purtscher kritisiert scharf ein Plakat der SPÖ, das die Wähler zu einem „Nein“ bei der Volksabstimmung auffordert und als irreführend betrachtet wird.	Regierungsvertreter reagieren oft scharf auf Wahlwerbung, die als irreführend oder manipulativ empfunden wird.	Reaktion der Regierungsparteien	K2
„Dieses Plakat zeigt eine zerrissene rot-weiß-rote Fahne mit der Aufschrift ‚Los von Österreich – Nein‘. Es sei unhaltbar, allen Wählern, die mit ‚Ja‘ stimmen, ein Los von Österreich zu unterstellen.“	Das Plakat zeigt eine zerrissene österreichische Fahne mit dem Slogan „Los von Österreich – Nein“. Purtscher weist den Vorwurf zurück, dass ein „Ja“ für die Volksabstimmung für eine Abspaltung von Österreich stünde.	Wahlkampfbotschaften der Opposition werden oft als übertrieben oder unangemessen wahrgenommen.	Darstellung der Wahlbotschaften	K5

„Der Präsident versicherte, dass diese Initiative von einigen Bürgern ausgegangen sei, die sich das Ziel, den föderalistischen Gedanken zu stärken, zum Ziele gesetzt hatten.“	Purtscher erklärt, dass die Initiative „Pro Vorarlberg“ von Bürgern ins Leben gerufen wurde, um den Föderalismus zu stärken.	Bürgerinitiativen entstehen oft aus dem Wunsch, bestimmte politische Prinzipien wie Föderalismus zu fördern.	Ursprung und Zielsetzung der Bürgerinitiative	K1
„72 Prozent des Landtages und die gesamte Landesregierung stehen hinter der Idee.“	Eine klare Mehrheit im Landtag und die Landesregierung unterstützen die Initiative.	Hohe politische Unterstützung ist oft entscheidend für die Legitimität von Volksabstimmungen.	Politische Unterstützung	K2
„Man habe bewusst eine breite Basis für ein ‚Ja‘ gewählt, um mit den Sozialisten eine Einigung zu erzielen.“	Purtscher betont, dass die Initiative bewusst so gestaltet wurde, dass auch die SPÖ hätte zustimmen können.	Politische Initiativen versuchen oft, eine breite Basis zu schaffen, um parteiübergreifende Unterstützung zu erhalten.	Versuch der Einigung	K2
„Einige SPÖ-Politiker im Lande wollten ursprünglich nämlich mit der Initiative ‚Pro Vorarlberg‘ mitgehen.“	Einige SPÖ-Politiker waren ursprünglich bereit, die Initiative zu unterstützen.	Oppositionelle Unterstützung kann trotz offizieller Parteilinie existieren, aber oft kippt die Stimmung.	Haltung innerhalb der Opposition	K2

31. Mai 1980 – Empörung über das Plakat mit der zerrissenen Fahne (S. 3)

„Empörung herrscht landauf, landab über die vom SPÖ-Landesparteisekretariat veranlasste Plakatwerbung ... mit der Darstellung einer zu über zwei Drittel zerrissenen österreichischen Staatsflagge und der Parole ‚Los von Österreich‘“	Es gibt landesweit Empörung über das SPÖ-Plakat, das eine zerrissene österreichische Flagge und den Slogan „Los von Österreich“ zeigt.	Politische Wahlwerbung kann starke emotionale Reaktionen hervorrufen, wenn nationale Symbole verletzt werden.	Reaktion der Öffentlichkeit	K4
„Ein älterer Kärntner, der sich als Sozialist bekannte, versicherte ... ‚So etwas hat es zuletzt in der Wahlwerbung der Zwischenkriegszeit gegeben. Wer zu solchen Mitteln“	Ein Sozialist aus Kärnten kritisiert das Plakat und vergleicht es mit Propaganda aus der Zwischenkriegszeit. Er sieht darin eine Gefahr für die Demokratie.	Historische Vergleiche werden oft genutzt, um politische Handlungen als gefährlich oder undemokratisch darzustellen.	Kritik an der Wahlwerbung	K2

greift, der schadet der Demokratie.“				
„Zahlreiche Vorarlberger fühlen sich in ihrer Österreich-Gesinnung zutiefst verletzt.“	Viele Vorarlberger empfinden das Plakat als Angriff auf ihren Nationalstolz.	Nationale Symbole wie die Flagge werden stark emotional verteidigt, wenn sie in politischen Kampagnen angegriffen werden.	Emotionale Reaktion	K4
„Auch die Staatsanwaltschaft Feldkirch befasste sich bereits mit der Plakatwerbung ... Los-von-Österreich-Unterstellungen in den Vordergrund rückt.“	Die Staatsanwaltschaft untersucht die Plakatwerbung wegen der Unterstellung einer Abspaltung von Österreich.	Politische Werbung kann rechtliche Konsequenzen haben, wenn sie als irreführend oder schädlich angesehen wird.	Rechtliche Reaktion	K2

3. Juni 1980 – Vorarlberger Landesregierung informiert in Wien. Ziel des 15. Juni (S. 1)

„Die Stärkung der Länder und Gemeinden im gemeinsamen Bundesstaat formulierte ... Dr. Keßler ... als Ziel der Vorarlberger Volksabstimmung am 15. Juni.“	Das Ziel der Volksabstimmung am 15. Juni ist die Stärkung der föderalen Strukturen von Ländern und Gemeinden im österreichischen Bundesstaat.	Volksabstimmungen können als Mittel zur Stärkung regionaler Autonomie in föderalen Systemen dienen.	Ziel der Abstimmung	K1
„Bereits dann, wenn 50 Prozent der Vorarlberger Stimmbürger mit ‚Ja‘ votieren, werden Landesregierung und Landtag von Vorarlberg Verhandlungen mit dem Bund aufnehmen.“	Wenn 50 % der Vorarlberger mit „Ja“ stimmen, werden Verhandlungen mit dem Bund aufgenommen.	Politische Verhandlungen können durch demokratische Abstimmungen initiiert werden.	Abstimmungsstrategie	K2
„Die Vorarlberger Landesregierung ... wies Behauptungen, es gehe um Sonderrechte für Vorarlberg, mit aller Deutlichkeit von sich.“	Die Landesregierung bestreitet, dass die Volksabstimmung Sonderrechte für Vorarlberg anstrebt.	Forderungen nach regionaler Autonomie können fälschlicherweise als Forderung nach Sonderrechten interpretiert werden.	Verteidigung	K1
„Eine Abstimmung darüber, wie von der SPÖ verlangt, wäre ‚eine Farce‘ ...“	Eine Abstimmung über bereits bestehende Forderungen, wie sie die SPÖ fordert, wird als überflüssig betrachtet.	Politische Gegner kritisieren oft den Nutzen von Abstimmungen, wenn die Forderungen als bereits bekannt	Kritik an der SPÖ	K2

		oder unnötig angesehen werden.		
„Keinesfalls wünsche man in Österreich ‚Verhältnisse wie in der Bundesrepublik oder der Schweiz‘, ergänzte Landesrat Siegfried Gasser.“	Gasser betont, dass man in Österreich keine Verhältnisse wie in Deutschland oder der Schweiz anstrebt.	Politische Vergleiche mit anderen Ländern dienen oft dazu, Befürchtungen abzumildern oder bestimmte politische Modelle abzulehnen.	Vergleich mit anderen Staaten	K1
„... der Bund solle auf einen Teil seiner Steuern verzichten und die Länder sollten einen Zuschlag, etwa zur Lohnsteuer, erheben können.“	Die Länder sollen das Recht erhalten, einen Steuerzuschlag zu erheben, während der Bund auf einen Teil seiner Steuereinnahmen verzichtet.	Finanzielle Dezentralisierung erfordert oft die Übertragung von Steuerrechten von der Zentralregierung an die Regionen.	Finanzpolitik	K3
„Zunächst müssten die Länder gestärkt werden, denn erst dann könnten sie Kompetenzen an die Gemeinden weitergeben.“	Die Stärkung der Länder ist eine Voraussetzung, um mehr Kompetenzen an die Gemeinden zu übertragen.	Dezentralisierung in föderalen Systemen erfolgt oft in mehreren Stufen, wobei die Länder zuerst gestärkt werden.	Dezentralisierungsprozess	K1
„Was wir wollen, sind keine Separataktionen.“	Die Landesregierung lehnt separatistische Bestrebungen ab.	Forderungen nach regionaler Autonomie werden oft missverstanden als separatistische Bewegungen.	Abgrenzung	K1

3. Juni 1980 – Volksabstimmung am 15. Juni. Der Bund als Spender und Bettler (S. 4)

„Obwohl es sich hier also um Dinge handelt, bei denen die Länder und Gemeinden von vornherein nichts mitzureden haben und für die der Bund allein Steuern kassiert, pflegen die Zentralen den Brauch, Länder und Gemeinden kräftig zur Kasse zu bitten.“	Der Bund fordert Länder und Gemeinden oft zur Mitfinanzierung von Projekten auf, auch wenn diese keinen Einfluss auf die Entscheidungen haben.	Die Finanzierung von Projekten kann von der Zentralregierung auf regionale Ebenen abgewälzt werden.	Finanzierungsdruck auf Länder und Gemeinden	K1
„So darf das Land Vorarlberg für Autobahnen und Bundesstraßen rund 700 Mill. S zahlen!“	Vorarlberg muss etwa 700 Millionen Schilling für Autobahnen und Bundesstraßen aufbringen.	Regionale Regierungen müssen oft erhebliche Beträge für Infrastrukturprojekte zahlen, die in die Verantwortung des Bundes fallen.	Finanzielle Belastung	K3

„Umgekehrt gibt es ... Angelegenheiten, für die der Bund verfassungsmäßig keinerlei Verfügungsrecht hat.“	Es gibt Bereiche, in denen der Bund keine verfassungsmäßige Zuständigkeit hat, wie die Kulturpflege, die den Ländern obliegt.	Verfassungen legen klare Zuständigkeitsgrenzen zwischen nationalen und regionalen Regierungen fest.	Verfassungsrechtliche Zuständigkeiten	K1
„Es besteht also ... eine beachtliche Unordnung, die Verdunkelungen und Doppelbezüge begünstigt.“	Die derzeitige Ausgabenpolitik des Bundes ist chaotisch und begünstigt Misswirtschaft.	Unklare Zuständigkeiten und mangelnde Transparenz können zu ineffizienten Ausgaben führen.	Kritik an der Ausgabenverwaltung	K1
„Leidtragende sind im Endergebnis nicht nur die Länder und Gemeinden, sondern auch die Bürger dieses Landes.“	Letztlich leiden sowohl die regionalen Regierungen als auch die Bürger unter dieser schlechten Ausgabenpolitik.	Fehlende finanzielle Kontrolle auf zentraler Ebene kann negative Auswirkungen auf alle Verwaltungsebenen haben.	Auswirkungen auf die Bürger	K3
„Zurecht verlangt der Landtag daher, dass hier endlich Ordnung durch eine verfassungsgesetzliche Zuständigkeitsverteilung geschaffen wird.“	Der Landtag fordert, dass durch eine klare verfassungsrechtliche Regelung Ordnung in die Zuständigkeiten gebracht wird.	Politische Forderungen zielen oft auf eine Neuverteilung von Zuständigkeiten zwischen den Regierungsebenen ab.	Forderung nach Reformen	K1

7. Juni 1980 – „Ja“-Parole des Familienverbands (S. 4)

„Da die gerade im Westen Österreichs noch anzutreffenden Mehrkinderfamilien eine wesentliche Grundlage für die Aufrechterhaltung unseres gesellschaftlichen und sozialen Standards darstellen ... hat sich der Vorarlberger Familienverband entschlossen, an seine Mitglieder für die Vorarlberger Volksabstimmung am 15. Juni eine „Ja“-Empfehlung auszusprechen.“	Da Mehrkinderfamilien im Westen Österreichs eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen und der Bund das nicht ausreichend berücksichtigt, empfiehlt der Familienverband ein „Ja“ bei der Volksabstimmung.	Die Bedeutung von Mehrkinderfamilien wird auf regionaler Ebene betont, während der Familienverband eine stärkere Berücksichtigung auf Bundesebene fordert.	Bedeutung von Familien	K3
---	--	--	------------------------	----

„Der Familienverband will sich verstärkt um einen gerechten Ausgleich für die kinderreichen Familien bemühen und tritt daher für eine verstärkte Föderalisierung ein, da mehr Eigenverantwortung im Rahmen eines Bundesstaates für die Lösung spezifischer Probleme auch auf dem Familiensektor dringend geboten erscheint.“	Der Familienverband fordert mehr Gerechtigkeit für kinderreiche Familien und unterstützt eine verstärkte Föderalisierung, um spezifische Probleme besser zu lösen.	Föderalisierung wird als Lösungsansatz für regionale Familienprobleme unterstützt, insbesondere zur besseren Unterstützung kinderreicher Familien.	Forderung nach Föderalisierung	K1
--	--	--	--------------------------------	----

10. Juni 1980 – Nach Empfehlung im Montafon und Rheindelta. Die 24 Wälder-Bürgermeister gaben „Ja“-Empfehlung heraus (S. 3)

„Nachdem ... die Bürgermeister der Gemeinden des Standes Montafon sowie des Rheindeltas eine klare „Ja“-Empfehlung für die Vorarlberg-Volksabstimmung am kommenden Sonntag herausgegeben haben, traten gestern die 24 Bürgermeister des Bregenzerwaldes mit der „Ja“-Empfehlung an die Öffentlichkeit.“	Nachdem die Bürgermeister der Gemeinden im Montafon und Rheindelta bereits eine „Ja“-Empfehlung für die Volksabstimmung gegeben haben, folgten nun die 24 Bürgermeister des Bregenzerwaldes mit einer ähnlichen Empfehlung.	Mehrere Bürgermeister in verschiedenen Regionen geben eine Empfehlung zur Unterstützung der Volksabstimmung ab.	Unterstützung durch politische Vertreter	K2
„Allen Bürgern der 24 Gemeinden wird in einer Resolution empfohlen, dem 10-Punkte-Programm bei der Volksabstimmung das „Ja“ zu geben.“	Die Bürgermeister empfehlen allen Bürgern der 24 Gemeinden, das 10-Punkte-Programm bei der Volksabstimmung zu unterstützen.	Die Bürgermeister rufen die Bevölkerung dazu auf, das Programm zu unterstützen.	Aufruf an die Bevölkerung	K2
„Die 24 Bürgermeister des Bregenzerwaldes sehen in der Volksabstimmung vom kommenden Sonntag das berechnete und wichtige Anliegen	Die Bürgermeister sehen die Volksabstimmung als wichtig an, um Landes- und Gemeinderechte zu stärken und den Zentralismus zu verringern.	Die Stärkung der lokalen Rechte und der Kampf gegen den Zentralismus werden als zentrale Ziele der Volksabstimmung angesehen.	Ziele der Abstimmung	K1

einerseits, Landes- und Gemeinderecht zu stärken und andererseits den Zentralismus zurückzudrängen.“				
„Für die Gemeinden soll im Besonderen ein Mitspracherecht bei Erlassung von Gesetzen und bei Verteilung der Abgabenerträge erreicht werden.“	Die Bürgermeister fordern mehr Mitspracherecht der Gemeinden bei der Gesetzgebung und der Verteilung der Steuern.	Forderung nach mehr Einfluss der Gemeinden in politischen und finanziellen Angelegenheiten.	Politische Mitbestimmung	K1
„Die Bregenzerwälder Bürgermeister begrüßen daher einhellig diese Volksabstimmung und empfehlen ihren Mitbürgern am Sonntag mit Ja zu stimmen.“	Die Bürgermeister befürworten die Volksabstimmung und raten ihren Mitbürgern, mit „Ja“ zu stimmen.	Die Bürgermeister sprechen sich geschlossen für die Volksabstimmung aus und fordern Unterstützung durch die Bürger.	Geschlossene Unterstützung	K2

14. Juni 1980 – Politische Führung soll Verhandlungsauftrag erhalten. (S. 1 & 3)

„Um die Heimat Vorarlberg geht es morgen, Sonntag, in der Volksabstimmung. Rund 177.000 Landesbürger sind aufgerufen, der politischen Führung einen Verhandlungsauftrag zu erteilen.“	Am Sonntag findet in Vorarlberg eine Volksabstimmung statt, bei der 177.000 Bürger entscheiden sollen, ob die Landesregierung Verhandlungen über mehr Eigenständigkeit führen soll.	Eine Volksabstimmung zur Entscheidung über die Eigenständigkeit Vorarlbergs wird abgehalten.	Ziel der Abstimmung	K4
„Die Vorarlberger entscheiden, ob Vertreter des Landes mit dem Nationalrat und der Bundesregierung in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten sollen, dem Land mehr Eigenständigkeit und den Gemeinden mehr Rechte im Sinne der 10 Punkte des Programmes zu sichern.“	Die Bürger Vorarlbergs sollen entscheiden, ob die Landesregierung Verhandlungen über mehr Eigenständigkeit und Rechte der Gemeinden führen soll.	Ziel der Verhandlungen ist es, die Rechte Vorarlbergs und seiner Gemeinden zu stärken.	Inhalt der Abstimmung	K1
„Landesregierung, Landtag und zahlreiche Bürgermeister des	Die Landesregierung, der Landtag und viele Bürgermeister	Politiker und regionale Vertreter sprechen sich für	Politische Unterstützung	K2

Landes haben die Empfehlung abgegeben, morgen mit „Ja“ abzustimmen.“	empfehlen, mit „Ja“ zu stimmen.	die Zustimmung aus.		
„Ausdrücklich festgehalten ist im Abstimmungstext, dass die verstärkte Eigenständigkeit „im Rahmen des österreichischen Bundesstaates“ angestrebt wird.“	Im Text der Abstimmung wird betont, dass die Eigenständigkeit im Rahmen des österreichischen Bundesstaates erfolgen soll.	Die Eigenständigkeit soll innerhalb des österreichischen Bundesstaates angestrebt werden.	Rahmen der Eigenständigkeit	K1
„Damit erweisen sich Behauptungen über eine Extrawurst für Vorarlberg als ebenso haltlos wie die Unterstellung, es gehe um Bestrebungen Los-von-Österreich.“	Es wird klargestellt, dass es bei der Abstimmung nicht um eine Sonderbehandlung für Vorarlberg oder um Abspaltungstendenzen geht.	Falschbehauptungen über Sonderrechte oder Abspaltung werden zurückgewiesen.	Abwehr von Vorwürfen	K4
„Den Anstoß zur Volksabstimmung hat die überparteiliche Bürgerinitiative Pro Vorarlberg gegeben.“	Die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg war die treibende Kraft hinter der Volksabstimmung.	Die Initiative zur Abstimmung kam von einer überparteilichen Bürgerbewegung.	Ursprung der Abstimmung	K2
„Neben der SPÖ hat die KPÖ gleichfalls die „Nein“-Parole ausgegeben.“	Sowohl die SPÖ als auch die KPÖ haben sich gegen die Abstimmung ausgesprochen.	Opposition gegen das Programm kommt von der SPÖ und KPÖ.	Politische Gegenstimmen	K2

14. Juni 1980 – Die Vorarlberger waren schon immer Vorkämpfer. Ein Schicksalstag für den Föderalismus (S. 5)

„Für den Föderalismus in Österreich, für die Stärkung der Länder als Gliedstaaten der gemeinsamen Republik steht morgen viel auf dem Spiel.“	Die morgige Abstimmung ist entscheidend für den Föderalismus und die Stärkung der Bundesländer.	Die Abstimmung beeinflusst die Position der Länder im Föderalismus.	Bedeutung der Abstimmung	K1
„Ein klares 'Ja' der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes [...] für die Gespräche mit der Bundesregierung mit dem Parlament in Wien und in der Landeshauptleutekonferenz entschieden stärken.“	Ein Ja-Votum der Vorarlberger würde die Verhandlungsposition gegenüber der Bundesregierung und dem Parlament stärken.	Ein positiver Ausgang stärkt die Verhandlungsposition der Bundesländer.	Auswirkungen des Abstimmungsergebnisses	K1

„Ein nicht überzeugendes Votum der Vorarlberger [...] müsste die Bemühungen um mehr Bürgernähe [...] schädigen.“	Ein schwaches Ja oder ein Nein könnte die Bemühungen um mehr Bürgernähe und dezentrale Verwaltung gefährden.	Ein negatives Ergebnis würde den Föderalismus und die Bürgernähe schwächen.	Konsequenzen eines negativen Ergebnisses	K1
„Ich bin als Landeshauptmann überzeugt davon, dass ein schlechtes Ergebnis von manchen Zentralisten als Argument dafür verwendet würde, dass [...] eine stärkere Einbindung der Länder und Gemeinden [...] nicht notwendig sei.“	Der Landeshauptmann befürchtet, dass ein schlechtes Ergebnis als Argument gegen mehr Rechte für Länder und Gemeinden genutzt werden könnte.	Zentralistische Kräfte könnten ein negatives Ergebnis nutzen, um gegen Föderalismus zu argumentieren.	Mögliche Folgen eines negativen Ergebnisses	K1
„Vorarlberg hat aber immer [...] eine bedeutende Rolle gespielt, als sie zufolge seiner Größenordnung zukäme.“	Vorarlberg hat trotz seiner kleinen Größe immer eine große Rolle in staatspolitischen Entscheidungen gespielt.	Vorarlberg hat traditionell eine wichtige Rolle in föderalistischen Fragen.	Historische Bedeutung Vorarlbergs	K4
„Ein Hoffnungsschimmer ist, dass der Bundeskanzler vorgestern erklärt hat, dass über mehr Einflussmöglichkeiten der Länder in der Wohnbauförderung geredet werden können.“	Es besteht Hoffnung, dass die Länder in der Wohnbauförderung mehr Mitspracherecht bekommen könnten.	Es gibt Aussicht auf mehr Einfluss der Länder in der Wohnbauförderung.	Positive Aussicht	K3
„Die Vorarlberger Volksabstimmung ist angesichts dieser Situation aktueller denn je!“	Die Volksabstimmung ist aufgrund der aktuellen Verhandlungen besonders wichtig.	Die Abstimmung ist in der aktuellen politischen Lage besonders relevant.	Relevanz der Abstimmung	K2
„Es geht in keiner Weise um ein Los von Österreich: in keiner Weise um mehr Sonderrechte für Vorarlberg.“	Es geht nicht um eine Abspaltung von Österreich oder um Sonderrechte für Vorarlberg.	Es handelt sich nicht um eine Abspaltung oder eine Sonderbehandlung.	Klarstellung der Ziele	K3
„Die morgige Volksabstimmung ist keine Parteienwahl. Es geht morgen nicht um Stimmen für	Die Abstimmung ist keine Wahl einer Partei, sondern eine überparteiliche Entscheidung.	Die Volksabstimmung ist unabhängig von Parteipolitik.	Überparteilichkeit der Abstimmung	K5

eine bestimmte Partei.“				
„Es geht morgen um unser Land, um alle Bundesländer, um ein besseres Österreich.“	Die Abstimmung betrifft nicht nur Vorarlberg, sondern alle Bundesländer und das gesamte Österreich.	Die Entscheidung hat Auswirkungen auf alle Bundesländer und auf die Zukunft Österreichs.	Bedeutung der Abstimmung	K4

16. Juni 1980 – Ca. 70 Prozent für eigenständiges Vorarlberg (S. 1)

„Von einer überwältigenden Mehrheit von fast 70 Prozent der Wahlberechtigten wurde [...] die politische Führung Vorarlbergs [...] mit dem Auftrag ausgestattet, [...] in Verhandlungen über größere Eigenständigkeit des Landes und vermehrte Rechte der Gemeinden einzutreten.“	Fast 70 Prozent der Wahlberechtigten stimmten dafür, dass Vorarlberg mehr Eigenständigkeit und Rechte für die Gemeinden erhält.	Eine große Mehrheit unterstützte die Forderung nach mehr Eigenständigkeit für Vorarlberg und die Gemeinden.	Ergebnis der Abstimmung	K1
„Grundsätzlich sollen demnach alle jene Aufgaben im Lande selbst besorgt werden, die [...] im Lande selbst besser oder zumindest gleich gut wie vom Bund bewältigt werden können.“	Aufgaben, die auf Landesebene genauso gut oder besser erledigt werden können, sollen künftig vom Land übernommen werden.	Die Eigenständigkeit betrifft Aufgaben, die auf Landesebene besser erledigt werden können.	Ziel der Eigenständigkeit	K1
„Erstmals in der Geschichte der Republik Österreich sprach sich [...] die Bevölkerung eines Bundeslandes mit überwältigender Mehrheit für eine neue Form der Zusammenarbeit im gemeinsamen Bundesstaat aus.“	Zum ersten Mal in Österreichs Geschichte stimmte die Bevölkerung eines Bundeslandes mehrheitlich für eine neue Form der Zusammenarbeit im Föderalismus.	Diese Abstimmung markierte einen historischen Moment in der föderalen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.	Historische Bedeutung	K1
„Eine Ja-Mehrheit von fast 70 Prozent wird der Landesregierung [...] beträchtliches politisches Gewicht verleihen.“	Die Ja-Mehrheit verleiht der Landesregierung erhebliches Gewicht in den Verhandlungen mit dem Bund.	Das Abstimmungsergebnis stärkt die Verhandlungsposition der Landesregierung gegenüber dem Bund.	Politische Auswirkungen	K2

„In jeder der 96 Vorarlberger Gemeinden überwiegt das 'Ja', auch in den traditionell sozialistisch dominierten Gemeinden und Städten.“	In allen Vorarlberger Gemeinden, sogar in sozialistisch geprägten, überwog die Zustimmung.	Die Unterstützung für das Programm war flächendeckend, unabhängig von den politischen Präferenzen der Gemeinden.	Flächendeckende Zustimmung	K4
„Mehr als zwei Drittel der Wählerstimmen nannte Keßler ein 'hervorragendes Mandat', um Verhandlungen mit der Bundesregierung [...] aufzunehmen.“	Keßler bezeichnete die Zustimmung als starkes Mandat, um Verhandlungen mit der Bundesregierung zu führen.	Das Abstimmungsergebnis gibt der Regierung eine starke Verhandlungsposition.	Politische Auswirkungen	K2
„SPÖ-Mayer: Erstmals über 30 Prozent.“	SPÖ-Vertreter Mayer betonte, dass seine Partei erstmals über 30 Prozent der Stimmen erreichte.	Die SPÖ erzielte ein für sie positives Ergebnis, obwohl sie die Nein-Kampagne unterstützt hatte.	SPÖ-Ergebnis	K2
„Das sei umso bemerkenswerter, als die SPÖ bei der letzten Landtagswahl vom vergangenen Oktober bereits zwei Prozentpunkte hinzugewonnen habe.“	Mayer bemerkte, dass die SPÖ schon bei der letzten Landtagswahl zulegen konnte.	Die SPÖ zeigte sich zufrieden, da sie in den letzten Wahlen zulegen konnte.	SPÖ-Ergebnis	K2
„In keiner einzigen Gemeinde des Landes hätten die 'Nein'-Stimmen überwogen.“	In keiner Gemeinde lag die Anzahl der Nein-Stimmen über der der Ja-Stimmen.	Es gab landesweit keine Mehrheit gegen das Programm.	Verteilung der Stimmen	K4

17. Juni 1980 – Gemeinsame Erklärung von sechs Landeshauptleuten. Volksabstimmung – ein Beitrag zur Demokratie in Österreich (S. 1)

„Das Ergebnis der Vorarlberg-Volksabstimmung vom Sonntag, in der fast 70 Prozent der Landesbürger die Landesregierung [...] beauftragt haben, [...] Verhandlungen [...] aufzunehmen, beherrschte gestern die innenpolitische Diskussion.“	Das Ergebnis der Abstimmung, in der fast 70 Prozent der Vorarlberger für Verhandlungen über mehr Eigenständigkeit stimmten, dominierte die innenpolitischen Diskussionen.	Die Abstimmungsergebnisse führten zu intensiven politischen Diskussionen auf nationaler Ebene.	Politische Reaktionen	K2
---	---	--	-----------------------	----

„In der Geschichte der Republik stellt es ein Novum dar, daß ein Landesvolk offiziell neue Formen der politischen Zusammenarbeit im gemeinsamen Bundesstaat fordert.“	Es ist das erste Mal in der Geschichte der Republik, dass ein Bundesland offiziell neue Formen der Zusammenarbeit im föderalen System fordert.	Die Abstimmung stellt einen historischen Schritt in Richtung einer Neuverhandlung der föderalen Zusammenarbeit dar.	Historische Bedeutung	K1
„[...] die sechs Landeshauptleute der ÖVP-dominierten Bundesländer [werten] die Vorarlberger Volksabstimmung als ‚Beitrag zur demokratischen Gestaltung Österreichs‘.“	Die sechs Landeshauptleute der ÖVP-geführten Bundesländer sehen die Abstimmung als wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie in Österreich.	Die Abstimmung wird als wichtiger demokratischer Schritt betrachtet, um den Föderalismus in Österreich weiterzuentwickeln .	Einschätzung der Bedeutung	K2
„Das Ergebnis der Vorarlberger Volksabstimmung zeige deutlich die Notwendigkeit einer Diskussion auf breiter Basis über den Ausbau des in der Bundesverfassung verankerten Föderalismus.“	Das Ergebnis verdeutlicht die Notwendigkeit einer umfassenden Diskussion über den Ausbau des föderalen Systems.	Die Abstimmung legt nahe, dass eine umfassende Diskussion über die föderalen Strukturen in Österreich notwendig ist.	Forderung nach Diskussion	K1
„Eine Entscheidung für mehr Länder- und Gemeinderechte [...] stelle auch eine Entscheidung für mehr Freiheit und Mitgestaltung der Bürger dar.“	Mehr Rechte für die Länder und Gemeinden bedeuten auch mehr Freiheit und Bürgerbeteiligung.	Die Ausweitung der Rechte der Bundesländer und Gemeinden wird als Mittel zur Förderung der Bürgerbeteiligung und Freiheit betrachtet.	Bürgerbeteiligung	K2
„Das Votum eines Großteils der Vorarlberger Bevölkerung für mehr Länderrechte ist hoffentlich ein Signal für die sozialistische Bundesregierung.“	Das Abstimmungsergebnis soll ein Signal an die sozialistische Bundesregierung sein, um mehr Föderalismus zu unterstützen.	Die Abstimmung soll die Bundesregierung dazu bringen, ihre Haltung zum Föderalismus zu überdenken.	Politisches Signal	K2
„Das Abstimmungsergebnis in Vorarlberg sei für ihn keine Überraschung, erklärte am Abend nach dem Ministerrat	Kreisky war vom Ergebnis der Abstimmung nicht überrascht.	Bundeskanzler Kreisky hatte mit dem Abstimmungsergebnis gerechnet.	Politische Reaktion	K2

Bundeskanzler Kreisky.“				
„Mehr als zehn Prozent [...] hätten sich nicht beteiligt, das Ergebnis sei ‚nicht gerade überwältigend‘.“	Kreisky wies darauf hin, dass sich mehr als zehn Prozent der Stimmberechtigten nicht beteiligt haben und das Ergebnis daher nicht überwältigend sei.	Kreisky relativierte das Ergebnis, indem er auf die geringe Wahlbeteiligung hinwies.	Bewertung des Ergebnisses	K2
„Er könne sich nur mit dem Forderungsprogramm der Bundesländer beschäftigen.“	Kreisky betonte, dass er nur mit dem allgemeinen Forderungsprogramm der Länder verhandeln könne.	Kreisky bekräftigte, dass er nur über das von allen Ländern gemeinsam erstellte Programm sprechen werde.	Verhandlungseinschränkungen	K2
„Sixtus Lanner: [...] die zentralistische SPÖ-Regierung [kann] nicht einfach darüber hinweggehen.“	Lanner hofft, dass die SPÖ-Regierung die Föderalismusdiskussion nicht ignoriert.	Lanner forderte, dass die Regierung das Thema Föderalismus ernsthaft behandelt.	Forderung nach Reaktion	K2

17. Juni 1980 – 70%-Ergebnis hat jeder zu respektieren (S. 3)

„[...] plädierte gestern der Präsident des Vorarlberger Landtages, Dr. Martin Purtscher, [...] dafür, die Vorarlberger Sozialisten zum Eintritt in das [...] Verhandlungskomitee [...] einzuladen.“	Der Präsident des Vorarlberger Landtages, Dr. Martin Purtscher, sprach sich dafür aus, die SPÖ in das Verhandlungsteam für die Gespräche mit dem Bund einzuladen.	Der Landtagspräsident befürwortet eine parteiübergreifende Zusammenarbeit in den Verhandlungen mit der Bundesregierung.	Plädoyer für Kooperation	K2
„[...] die Hoffnung aus, daß die Sozialisten das überwältigende 70-Prozent-‚Ja‘-Ergebnis zur Kenntnis nehmen, und zwar in Anerkennung eines demokratischen Willensaktes.“	Purtscher hofft, dass die SPÖ das klare Abstimmungsergebnis anerkennt und als Ausdruck des demokratischen Willens akzeptiert.	Es wird erwartet, dass die SPÖ das Abstimmungsergebnis respektiert, da es den demokratischen Willen der Bevölkerung widerspiegelt.	Respekt vor demokratischem Willen	K2
„[...] die Respektierung des Ergebnisses der SPÖ eine ‚schwere psychologische Überwindung abverlangt‘, zumal sie vorher so stark gegen die Volksabstimmung engagiert war.“	Purtscher erkennt an, dass es für die SPÖ schwierig sein wird, das Ergebnis zu akzeptieren, da sie sich zuvor stark gegen die Volksabstimmung positioniert hat.	Die SPÖ wird sich wahrscheinlich schwertun, das Ergebnis zu akzeptieren, da sie sich vor der Abstimmung klar dagegen positioniert hatte.	Schwierigkeit der Akzeptanz	K2

„Nach der Vorarlberger Volksabstimmung [...] werden in Kürze die Bundesregierung und das Parlament offiziell über das Abstimmungsergebnis in Kenntnis gesetzt werden.“	Die Bundesregierung und das Parlament werden bald offiziell über das Ergebnis der Volksabstimmung informiert.	Die nationalen Institutionen sollen offiziell über das Abstimmungsergebnis unterrichtet werden.	Offizielle Information	K2
„Beabsichtigt ist auf jeden Fall eine baldige Kontaktnahme seitens von Landeshauptmann Dr. Keßler mit dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, dem Salzburger LH Dr. Wilfried Haslauer.“	Landeshauptmann Keßler wird bald Kontakt mit dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, Wilfried Haslauer, aufnehmen.	Es wird eine schnelle Koordination zwischen Vorarlberg und den anderen Bundesländern angestrebt.	Zwischenbundesländlicher Kontakt	K1
„Die Vorarlberger Verantwortlichen wollen jedenfalls die weitere Vorgangsweise mit den anderen Bundesländern abstimmen.“	Die Vorarlberger Politiker möchten das weitere Vorgehen mit den anderen Bundesländern abstimmen.	Die weiteren Schritte sollen in enger Abstimmung mit den anderen Bundesländern erfolgen.	Abstimmungsprozesse	K1

18. Juni 1980 – SPÖ-Mayer will nur 60 Prozent Ja gelten lassen (S. 3)

„Der Präsident des Vorarlberger Landtages, Dr. Martin Purtscher, hat sich [...] dafür ausgesprochen, daß die Vorarlberger SPÖ gleichfalls in dem Verhandlungskomitee vertreten sein soll [...]“	Dr. Martin Purtscher, der Präsident des Vorarlberger Landtages, plädierte für die Beteiligung der SPÖ im Verhandlungskomitee.	Der Landtagspräsident fordert eine parteiübergreifende Beteiligung an den Verhandlungen mit dem Bund.	Plädoyer für Kooperation	K2
„Den Namen von Landtagsvizepräsident Karl Falschlunger genannt. Der sozialistische Landesparteiobmann Bgm. Dipl.-Ing. Fritz Mayer wies dieses Angebot gestern zurück.“	Purtscher schlug SPÖ-Vizepräsident Karl Falschlunger für das Verhandlungskomitee vor, aber der SPÖ-Obmann Fritz Mayer lehnte das Angebot ab.	Der Vorschlag, einen SPÖ-Vertreter in das Verhandlungsteam aufzunehmen, wurde von der SPÖ abgelehnt.	Ablehnung der Beteiligung	K2
„[...] die ÖVP/FPÖ müsse sich schon alleine aus der Sackgasse	Mayer meinte, die ÖVP und FPÖ müssten allein einen Weg aus der	Die SPÖ sieht keinen Grund, sich an den Verhandlungen zu	Schuldzuweisung	K2

herausmanövrieren, in der sie sich nach der Volksabstimmung befinde.“	aktuellen politischen Situation finden, die durch die Volksabstimmung entstanden sei.	beteiligen, da sie die aktuelle Situation als Problem der ÖVP und FPÖ ansieht.		
„[...] Beweis dafür, daß die Vorarlberger SPÖ aus der Volksabstimmung nichts gelernt habe, [...] offenbar aus der ideologischen Verpflichtung zum Zentralismus nicht lösen könne.“	ÖVP-Bundesrat Jürgen Weiss sagte, die SPÖ habe nichts aus der Abstimmung gelernt und halte weiterhin an ihrem zentralistischen Weltbild fest.	Die ÖVP kritisiert die SPÖ dafür, dass sie trotz des Abstimmungsergebnisses an ihrem zentralistischen Kurs festhält.	Kritik an der SPÖ	K1
„[...] eine Mißachtung des Auftrages von 70 Prozent der Vorarlberger und eine Umkehrung der Rechtsstaatlichkeit dar.“	Weiss behauptete, dass der Boykott der SPÖ eine Missachtung des Wählerwillens von 70 Prozent der Vorarlberger darstelle.	Die Weigerung der SPÖ, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, wird als Missachtung des demokratischen Auftrags gewertet.	Missachtung des Wählerwillens	K2
„[...] wird von allen Staatsbürgern verlangt, sich daran zu halten, selbst wenn sie anderer Ansicht als die SPÖ sind.“	Weiss wies darauf hin, dass Bürger auch Entscheidungen der SPÖ-Regierung akzeptieren müssten, selbst wenn sie anderer Meinung seien.	Alle Bürger müssen sich an demokratische Entscheidungen halten, unabhängig von ihrer politischen Meinung.	Akzeptanz demokratischer Entscheidungen	K2
„Was für jeden Staatsbürger gilt, muß auch für die Vorarlberger SPÖ gelten, weil es bei der Beachtung von Gesetzen und Volksabstimmungen keine parteipolitischen Privilegien [...] geben kann.“	Weiss forderte, dass die SPÖ das Ergebnis der Abstimmung genauso respektieren müsse wie alle anderen Bürger auch.	Es gibt keine Sonderrechte für politische Parteien, wenn es um die Anerkennung demokratischer Prozesse geht.	Keine Sonderrechte für Parteien	K2
„SPÖ-Landesparteiobermann Fritz Mayer hatte gestern von einer nur 60-Prozent-„Ja“-Mehrheit gesprochen, wobei der SPÖ-Politiker alle Nichtwähler und ungültige Stimmen dem „Nein“-Anteil zurechnete.“	Mayer erklärte, dass nur 60 Prozent für die Eigenständigkeit gestimmt hätten, da er die Nichtwähler und ungültigen Stimmen dem „Nein“-Lager zuschlägt.	Mayer interpretiert das Ergebnis der Volksabstimmung anders und zählt Nichtwähler sowie ungültige Stimmen zum „Nein“-Anteil.	Interpretation des Ergebnisses	K5
„Warum die SPÖ auf Bundesebene	Weiss fragt, warum die SPÖ auf	Weiss kritisiert Mayers Logik,	Kritik an der SPÖ-Argumentation	K2

alleine die Regierung stellt [...] wo doch nur 45 Prozent der Wahlberechtigten der SPÖ die Stimme gegeben haben?“	Bundesebene regiert, wenn sie nur 45 Prozent der Stimmen erhalten hat, während Mayer die 70 Prozent Ja-Stimmen infrage stellt.	indem er darauf hinweist, dass die SPÖ selbst mit weniger als der Hälfte der Stimmen regiert.		
---	--	---	--	--

21. Juni 1980 – Vorarlberger Volksabstimmung. Rückblick und Ausblick (S. 6)

„Es ist dies ein Ereignis von einmaliger Bedeutung für die Geschichte Vorarlbergs und ganz Österreichs.“	Das Ergebnis wird als historisch bedeutsam für Vorarlberg und Österreich beschrieben.	Das Abstimmungsergebnis hat historische Tragweite für die regionale und nationale Politik.	Bedeutung des Ergebnisses	K4
„Der Abstimmungskampf zeigte, wo die Gegner von Eigenständigkeit und Selbstverantwortung sitzen. Kommunisten, Sozialisten und neolinke Randspieler [...] haben [...] alles getan, um einen Erfolg zu verhindern.“	Die Gegner der Eigenständigkeit, darunter Kommunisten, Sozialisten und neoliberale Kräfte, versuchten, die Abstimmung zu sabotieren.	Die Gegner der Autonomiebewegung wurden politisch links verortet und stellten sich aktiv gegen den Erfolg der Abstimmung.	Politische Gegnerschaft	K2
„Die Befürworter waren ‚Faschisten‘, ‚Rassisten‘, ‚Monarchisten‘, ‚Separatisten‘ und (ausgerechnet wir) ‚Verschwender‘!“	Die Befürworter wurden in der Debatte als „Faschisten“, „Rassisten“ und „Separatisten“ bezeichnet.	Die Befürworter der Eigenständigkeit sahen sich heftigen, polemischen Angriffen ausgesetzt.	Rhetorik im Abstimmungskampf	K2
„Im Frühsommer 1979 taten sich einige Vorarlberger Bürgerinnen und Bürger zusammen, um zu beraten, wie dem unwürdigen Zustand unseres Landes abgeholfen werden könnte.“	1979 bildeten einige Vorarlberger Bürger eine Gruppe, um gegen die Übermacht der Bundespolitik vorzugehen.	Bürgerinitiativen setzten sich für mehr Eigenständigkeit ein, um die Fremdbestimmung aus Wien zu bekämpfen.	Bürgerbewegungen	K4
„Der für die Volksabstimmung zuständige Vorarlberger Landtag umschrieb [...] das Programm der Eigenständigkeit [...] allerdings	Der Landtag formulierte das Programm zur Eigenständigkeit anders als die Bürgerinitiative, stimmte aber im Wesentlichen zu.	Der Landtag modifizierte das Autonomieprogramm der Bürgerinitiative, übernahm jedoch dessen zentrale Forderungen.	Politischer Prozess	K1

etwas anders als die Bürgerinitiative.“				
„SPÖ-Klubobmann Fischer meint, die Stimme Vorarlbergs sei nur dann von Gewicht, wenn seine dortigen SPÖ-Vertreter auch einverstanden seien.“	Der SPÖ-Klubobmann Fischer argumentierte, dass Vorarlbergs Stimme nur mit Zustimmung der dortigen SPÖ-Vertreter Gewicht habe.	Fischer betonte die Rolle der SPÖ in der Wahrnehmung von Vorarlbergs Anliegen, was auf politische Uneinigkeit hinweist.	Politischer Konflikt	K2
„Das Volksabstimmungsergebnis enthält [...] eine geistige Dauergrundlage für eine künftige Vorarlberger Politik hinsichtlich [...] der Stellung des Landes.“	Das Ergebnis der Abstimmung bietet eine langfristige Grundlage für die zukünftige Politik Vorarlbergs in Bezug auf seine Position im Bund.	Das Abstimmungsergebnis wird als dauerhafter Orientierungspunkt für die Politik Vorarlbergs in der Zukunft betrachtet.	Zukunftsperspektive	K4

23. Juni 1980 – LH Keßler geht mit massiver Rückendeckung nach Wien (S. 1)

„Mit der überaus massiven Rückendeckung seiner Landespartei [...] geht Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler in die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Bund und Land.“	Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler erhielt breite Unterstützung seiner Partei und geht gestärkt in die Verhandlungen mit dem Bund.	Keßler hat die Unterstützung seiner Partei und tritt selbstbewusst in die Verhandlungen mit der Bundesregierung.	Parteirückhalt	K2
„Zur vergangenen Volksabstimmung äußerte der Landeshauptmann, daß ein fast 70prozentiges Ja-Votum [...] ein eindeutiger Verhandlungsauftrag für die Landtagsspitze und die Landesregierung sei.“	Keßler sieht das klare Ja-Ergebnis der Volksabstimmung als Auftrag für die Landesregierung, mehr Autonomie zu verhandeln.	Das Ergebnis der Volksabstimmung wird als starkes Mandat für Verhandlungen mit dem Bund gewertet.	Ergebnis der Volksabstimmung	K1
„Es war zu erwarten, daß die Vorarlberger Sozialisten den Versuch unternehmen würden, das Ergebnis der Abstimmung abzuwerten.“	Keßler kritisierte die SPÖ dafür, dass sie das Abstimmungsergebnis kleinzureden versuche.	Die SPÖ wird dafür kritisiert, dass sie das Ergebnis der Abstimmung nicht anerkennen will.	Kritik an der SPÖ	K2

„Die Einstellung zu dieser Volksabstimmung [...] ist zweifellos ein Gradmesser für das Demokratieverständnis der Landespartei und der Verantwortlichen in der Bundesregierung.“	Keßler erklärte, dass der Umgang mit dem Abstimmungsergebnis den Grad des Demokratieverständnisses zeige.	Der Respekt vor dem Abstimmungsergebnis wird als Test für das Demokratieverständnis der politischen Akteure gewertet.	Demokratieverständnis	K2
„Er hat nämlich unterschlagen, daß bei der Volksabstimmung [...] die kommunistische Partei Vorarlbergs die Nein-Parole ausgegeben hatte.“	Keßler wies darauf hin, dass die SPÖ bei ihrer Argumentation über die 30-Prozent-Marke die Unterstützung der Kommunisten verschweige.	Keßler kritisiert, dass die SPÖ die Rolle der KPÖ bei der Mobilisierung von Nein-Stimmen verschweigt.	Kritik an SPÖ-Argumentation	K2
„Wir vermeiden es deshalb bewußt, hier nach Parteigesichtspunkten zu werten [...] gerade so, wie man es braucht, zu interpretieren.“	Keßler betonte, dass seine Partei das Ergebnis der Volksabstimmung objektiv und ohne parteipolitische Verzerrung sehe.	Die ÖVP sieht sich als sachlich in der Interpretation des Abstimmungsergebnisses und lehnt parteipolitische Manipulationen ab.	Objektivität	K5
„Wir werden die angekündigten Gespräche [...] emotionslos, sachbezogen und keinesfalls in der Absicht führen, die Konfrontation zwischen Bregenz und Wien zu fördern.“	Keßler erklärte, dass die Verhandlungen sachlich und ohne Konfrontationsabsicht geführt werden.	Die bevorstehenden Verhandlungen sollen rational und nicht konfrontativ verlaufen.	Sachlichkeit in Verhandlungen	K1
„Wir werden aber selbstbewußt und dort, wo notwendig, mit Festigkeit in diese Gespräche eintreten.“	Keßler kündigte an, dass er bei Bedarf hartnäckig und selbstbewusst auftreten werde.	Trotz der sachlichen Haltung bleibt Keßler fest entschlossen, die Interessen Vorarlbergs zu vertreten.	Entschlossenheit	K4
„Es ging nicht um ein Los von Österreich, betonte Landeshauptmann Keßler.“	Keßler stellte klar, dass die Autonomiebestrebungen nicht darauf abzielen, sich von Österreich loszulösen.	Keßler versicherte, dass es bei den Autonomiebestrebungen nicht um eine Trennung von Österreich gehe.	Klarstellung	K1
„Die sozialistische Fraktion sei zu einer Gangart übergegangen, die oft das Maß des sachlich	Keßler kritisierte die SPÖ für eine aggressive und unsachliche Vorgehensweise im Vorarlberger Landtag.	Die SPÖ wird für ihren harten, oft unsachlichen Umgangston im Landtag kritisiert.	Politisches Klima	K2

Vertretbaren überschreite.“				
„Die Mehrheitsfraktion werde sich durch diese rauhe Gangart von sachbezogener Arbeit auch in Zukunft nicht abbringen lassen.“	Trotz der harten Angriffe der SPÖ wolle die ÖVP weiterhin sachbezogen und lösungsorientiert arbeiten.	Die ÖVP beabsichtigt, sich nicht von aggressiven Taktiken der Opposition beeinflussen zu lassen und sich auf ihre sachlichen Ziele zu konzentrieren.	Sachpolitik	K2

26. Juni 1980 – Briefe an Bundeskanzler Kreisky und Präsident Benya. SPÖ lehnt Eintritt in das Verhandlungsteam offiziell ab (S. 3)

„Die SPÖ Vorarlberg, genauer Landtagsvizepräsident Karl Falschlunger, hat gestern das Angebot der ÖVP zum Eintritt in das Verhandlungsteam für vermehrte Länder- und Gemeinderechte offiziell abgelehnt.“	Die SPÖ Vorarlberg, vertreten durch Karl Falschlunger, lehnte das Angebot der ÖVP ab, dem Verhandlungsteam für mehr Autonomie für Länder und Gemeinden beizutreten.	Die SPÖ nimmt nicht an den Verhandlungen zur Stärkung der Länder- und Gemeinderechte teil, obwohl dies von der ÖVP angeboten wurde.	Politische Zusammenarbeit	K1
„Mittlerweile liegen bereits zwei Schreiben verfaßt vor, welche eingehend über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 berichten und nunmehr nach Wien abgeschickt werden.“	Zwei Briefe, die das Ergebnis der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 behandeln, sind bereits nach Wien geschickt worden.	Die Ergebnisse der Volksabstimmung werden in offiziellen Schreiben nach Wien gesendet.	Politische Kommunikation	K2
„Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler unterrichtet seinerseits in einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Kreisky über die Volksabstimmung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen.“	Landeshauptmann Keßler informiert Bundeskanzler Kreisky in einem Brief über das Ergebnis der Volksabstimmung und die daraus resultierenden Folgen.	Keßler hält den Bundeskanzler über die Volksabstimmung und die notwendigen Konsequenzen auf dem Laufenden.	Politische Kommunikation	K2
„Landtagspräsident Dr. Martin Purtscher wiederum macht darüber brieflich dem Nationalratspräsidenten Anton Benya Mitteilung.“	Landtagspräsident Purtscher informiert den Nationalratspräsidenten Benya per Brief über die Volksabstimmung.	Purtscher informiert den Nationalratspräsidenten über das Abstimmungsergebnis und seine Bedeutung.	Politische Kommunikation	K2

„Die Ablehnung der SPÖ, in das Verhandlungsteam einzutreten, wird in den Reihen der Mehrheitsfraktion als Zeichen aufgefaßt, daß die Opposition einen klaren Auftrag der Vorarlberger Bevölkerung, den diese mit 70 Prozent ‚Ja‘ deponiert hat, mißachtet.“	Die ÖVP sieht die Ablehnung der SPÖ als Missachtung des klaren Willens der Vorarlberger Bevölkerung, der in der Volksabstimmung geäußert wurde.	Die SPÖ wird kritisiert, weil sie sich gegen den Willen der Mehrheit der Vorarlberger Bevölkerung stellt, die sich für mehr Länderrechte ausgesprochen hat.	Politische Auseinandersetzung	K4
---	---	---	-------------------------------	----

6.4. Oktober/November 1980

8. Oktober 1980 – Resolution an den Präsidenten des Vorarlberger Landtages überreicht. Parlament soll unverzüglich Vorarlberg-Paket behandeln (S. 3)

Originaltext	Paraphrase	Generalisierung	Strukturierungsdimension	Kategorie
„Die Forderung nach der unverzüglichen Behandlung des im Ergebnis der Vorarlberg-Volksabstimmung vom 15. Juni d. J. sehr deutlich zum Ausdruck gekommenen Volkswillens durch die politisch Verantwortlichen urgiert die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg.“	Die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg fordert, dass die politischen Entscheidungsträger den klar geäußerten Willen des Volkes aus der Volksabstimmung vom 15. Juni schnell umsetzen.	Die Bürgerinitiative fordert, dass der in der Volksabstimmung geäußerte Wille zügig von der Politik umgesetzt wird.	Politische Forderung	K1
„Gestern überreichte eine Abordnung der Bürgerinitiative Pro Vorarlberg an Landtagspräsident Dr. Martin Purtscher eine Resolution.“	Eine Delegation der Bürgerinitiative Pro Vorarlberg übergab gestern Landtagspräsident Purtscher eine Resolution.	Die Bürgerinitiative überreicht ihre Forderungen in Form einer Resolution an den Landtagspräsidenten.	Politische Kommunikation	K2
„Wie berichtet, kommt es in dieser Woche zu einer Begegnung zwischen Landtagspräsident und LH Dr. Keßler einerseits und Nationalratspräsident	Diese Woche treffen Landtagspräsident Purtscher und Landeshauptmann Keßler mit Nationalratspräsident Benya zusammen.	Politische Gespräche zwischen den Landes- und Bundesvertretern sind geplant.	Politische Verhandlungen	K1

nt Anton Benya andererseits.“				
„Die Volksabstimmung vom 15. Juni d. J. hat mit qualifizierter Mehrheit den politischen Verantwortlichen im Lande einen Auftrag erteilt, dessen Gewicht größer ist als jedes andere Mandat seit dem Neuanfang von 1945.“	Die Volksabstimmung vom 15. Juni hat den politischen Führungen mit einer qualifizierten Mehrheit einen Auftrag erteilt, der bedeutender ist als jedes andere Mandat seit 1945.	Die Volksabstimmung hat eine deutliche Mehrheit erzielt und die Forderungen haben hohes politisches Gewicht.	Politische Bedeutung	K4
„Es handelt sich um mehr Eigenständigkeit für das Land (die Länder) und die Gemeinden Österreichs.“	Es geht um mehr Autonomie für die Länder und Gemeinden Österreichs.	Die zentrale Forderung der Volksabstimmung betrifft die Ausweitung der Selbstbestimmungs rechte der Länder und Gemeinden.	Politische Forderung	K1
„Seit der Volksabstimmung sind nun bereits mehr als drei Monate verflossen, ohne daß eine solche Petition verfaßt, geschweige überreicht wurde.“	Seit der Volksabstimmung sind mehr als drei Monate vergangen, ohne dass eine Petition verfasst oder übergeben wurde.	Es gab bisher keine Schritte, die Ergebnisse der Volksabstimmung formell weiterzuleiten.	Politische Verzögerung	K2
„Die Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“ erwartet daher ein unverzügliches Handeln der zuständigen politischen Organe.“	Die Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“ fordert ein sofortiges Handeln der verantwortlichen Politiker.	Die Bürgerinitiative drängt auf schnelle Umsetzung der Forderungen.	Politische Forderung	K2
„An die im Vorarlberger Landtag vertretenen Parteien richtet sich die dringende Aufforderung, auf die Fraktionen im Nationalrat einzuwirken, dem laut Volksabstimmung vom 15. Juni d. J. sehr deutlich formulierten Willen der überwiegenden Mehrheit der Vorarlberger Bevölkerung zum	Die Bürgerinitiative fordert die im Landtag vertretenen Parteien auf, auf die Fraktionen im Nationalrat Druck auszuüben, um den Willen der Mehrheit der Vorarlberger Bevölkerung durchzusetzen.	Die Bürgerinitiative fordert die Landesparteien auf, sich beim Nationalrat für die Umsetzung der Volksabstimmungs ergebnisse einzusetzen.	Politische Forderung	K2

Durchbruch zu verhelfen.“				
---------------------------	--	--	--	--

10. Oktober 1980 – Gespräch LH Keßler und Präsident Purtscher mit Nationalratspräsident Benya. Volksabstimmungsforderungen in Landeshauptleutekonferenz (S. 1)

„An diesem Tag treffen die Landeshauptleute in Graz zur herbstlichen Konferenz zusammen, und dort soll sich entscheiden, ob die Länderchefs bereit sind, Vorarlbergs Föderalismus-Forderungen in das Verhandlungspaket über das Länderforderungsprogramm von 1976 einzubeziehen.“	Bei der Herbstkonferenz der Landeshauptleute in Graz am 27. Oktober wird entschieden, ob die Vorarlberger Föderalismus-Forderungen in das Verhandlungspaket der Länder von 1976 aufgenommen werden.	Auf der Konferenz der Landeshauptleute soll entschieden werden, ob die Vorarlberger Forderungen in ein größeres Verhandlungspaket aufgenommen werden.	Politische Verhandlungen	K1
„Landeshauptmann Keßler und Landtagspräsident Purtscher waren nach dem 45-minütigen Gespräch mit Anton Benya durchaus hoffnungsvoll, dass es jetzt bald zur Behandlung der Vorarlberger Wünsche kommen wird.“	Keßler und Purtscher sind nach ihrem Gespräch mit Benya optimistisch, dass die Vorarlberger Forderungen bald behandelt werden.	Keßler und Purtscher sind optimistisch, dass die Verhandlungen über die Vorarlberger Wünsche bald beginnen.	Politische Erwartungen	K2
„Purtscher betonte im Gespräch mit den „VN“ nachdrücklich, dass Benya nur die Einbeziehung des Vorarlberg-Wunschkpakets in das gesamte Verhandlungspaket verlangt hat, nicht aber die Zustimmung der anderen Länder zu diesem Paket.“	Purtscher stellte klar, dass Benya nur verlangt hat, das Vorarlberger Paket in die Verhandlungen aufzunehmen, nicht aber, dass die anderen Länder diesem zustimmen müssen.	Benya fordert lediglich die Aufnahme der Vorarlberger Forderungen in die Verhandlungen, ohne Zustimmungspflicht der anderen Länder.	Politische Verhandlungstaktik	K1
„Die Einbeziehung aber sei „zumutbar für andere Landeshauptleute, weil sie sich nicht identifizieren müssen.“	Purtscher betonte, dass es den anderen Landeshauptleuten zumutbar sei, die Vorarlberger Forderungen einzubeziehen, da	Purtscher sieht es als vertretbar, die Vorarlberger Forderungen in die Verhandlungen aufzunehmen, ohne dass die anderen	Politische Verhandlungstaktik	K1

	sie sich nicht damit identifizieren müssen.	Länder sie unterstützen müssen.		
„Landeshauptmann Keßler sagte den „VN“, er sei „überzeugter denn je“, dass der Weg über die Landeshauptleutekonferenz der richtige Weg sei.“	Keßler ist mehr denn je davon überzeugt, dass die Landeshauptleutekonferenz der richtige Weg für die Vorarlberger Forderungen ist.	Keßler sieht die Landeshauptleutekonferenz als den besten Weg für die Verhandlungen.	Politische Überzeugung	K2
„Da jetzt eine Empfehlung Kreiskys und Benyas vorliege, Vorarlbergs Forderungen in der Landeshauptleutekonferenz zu behandeln, könne er sich kaum vorstellen, dass es nicht zu solchen Verhandlungen kommt.“	Da sowohl Kreisky als auch Benya die Behandlung der Vorarlberger Forderungen in der Landeshauptleutekonferenz empfehlen, kann sich Keßler kaum vorstellen, dass es nicht dazu kommt.	Keßler ist optimistisch, da sowohl Kreisky als auch Benya die Verhandlungen unterstützen.	Politische Unterstützung	K2
„Übrigens wurde gestern ebenfalls klargestellt, dass es zu Regierungsvorlagen an das Parlament kommen wird, wenn man sich einigt.“	Es wurde gestern klargestellt, dass es Regierungsvorlagen ans Parlament geben wird, wenn eine Einigung erzielt wird.	Im Falle einer Einigung wird es Regierungsvorlagen ans Parlament geben.	Politischer Prozess	K1
„Keßler und Purtscher kündigten im Gespräch mit den „VN“ an, dass sie bei den drei Klubobmännern im Parlament vorsprechen werden, sobald die Materie im Parlament behandelt wird.“	Keßler und Purtscher kündigten an, dass sie die drei Klubobleute im Parlament kontaktieren werden, sobald das Thema behandelt wird.	Keßler und Purtscher planen, sich an die Klubobleute im Parlament zu wenden, wenn die Vorarlberger Forderungen im Parlament diskutiert werden.	Politische Verhandlungsschritte	K2

16. Oktober 1980 – Politische Bezirksverwaltungen werden wieder aktualisiert. Kreisky schnürt Gegenpaket zu den Forderungen der Länder (S. 3)

„Kreisky hatte schon nach der letzten Regierungsklausur Anfang September angedeutet, Kompetenzverschiebungen vom Bund zu den Ländern bei Straßenbau und	Kreisky strebt an, die Kompetenzen im Straßen- und Wohnungsbau vom Bund auf die Länder zu übertragen.	Kreisky will die Kompetenzen der Länder in bestimmten Bereichen stärken.	Politische Kompetenzverlagerung	K1
---	---	--	---------------------------------	----

Wohnungsbau angestrebt werden [...]“				
„Die Kommunalpolitische Kommission der SPÖ hat gestern auch eine Broschüre mit dem Titel „Föderalismus und Gemeindeautonomie“ vorgelegt, in der u. a. Finanzminister Androsch über die finanziellen Aspekte des Föderalismus referiert.“	Die SPÖ-Kommission stellte eine Broschüre vor, die die finanziellen Aspekte des Föderalismus behandelt.	Eine Informationsbroschüre zu Föderalismus und Gemeindeautonomie wurde veröffentlicht.	Information und Öffentlichkeitsarbeit	K5
„Eine Reform der Finanzverfassung hält Androsch erst dann für sinnvoll, wenn die Diskussion über die Aufgabenteilung abgeschlossen ist.“	Androsch sieht eine Reform der Finanzverfassung erst nach Klärung der Aufgabenteilung als sinnvoll an.	Eine Reform ist nur nach Abschluss der Diskussion über die Aufgabenverteilung sinnvoll.	Reformpläne	K1

28. Oktober 1980 – LH Dr. Herbert Keßler in Verhandlungsteam berufen. Die Länderkommission berät jetzt das Vorarlberg-Paket (S. 1)

„Sehr unterschiedlich beurteilten gestern die Landeshauptmänner in Graz das Ergebnis der Aussprache mit Bundeskanzler Kreisky.“	Die Landeshauptmänner hatten unterschiedliche Meinungen über die Ergebnisse des Gesprächs mit Kreisky.	Es gab gespaltene Meinungen unter den Landeshauptmännern zu Kreiskys Vorschlägen.	Institutionalisierte Meinungsbildung	K2
„Es ging um die Gegenforderungen des Bundes an die Länder sowie um die Behandlung des ‚Vorarlberg-Paketes‘, jenes 10-Punkte-Kataloges für stärkere Eigenständigkeit der Länder und Gemeinden.“	Die Konferenz behandelte sowohl die Forderungen des Bundes als auch das Vorarlberg-Paket für mehr Eigenständigkeit.	Die Verhandlungen um die Eigenständigkeit der Länder standen im Mittelpunkt der Konferenz.	Verhandlung mehrerer Themen	K1
„Landeshauptmann Dr. Keßler zeigte sich gestern über die weitere Behandlung des Vorarlberg-Paketes in der Länder-	Keßler war zufrieden mit dem Fortschritt bei der Behandlung des Vorarlberg-Paketes.	Die Behandlung des Vorarlberg-Paketes wird als positiv wahrgenommen.	Zufriedenheit durch Verhandlungsfortschritt	K2

Runde überaus zufrieden.“				
„Kreisky kam gegen 11 Uhr und legte vor, was er schon am 12. Dezember des Vorjahres angekündigt hatte: Ein reichhaltiges Gegenprogramm des Bundes zu den Länderwünschen.“	Kreisky präsentierte ein umfangreiches Gegenprogramm zu den Forderungen der Länder.	Kreisky reagiert mit einem umfassenden Programm auf die Länderforderungen.	Formulierung von Gegenforderungen	K1
„Eine große Kommission aus Spitzenbeamten soll sich einmal im Monat treffen, um die Länderforderungen, die Gegenwünsche des Bundes und Vorarlbergs 10-Punkte-Katalog zu besprechen.“	Eine Kommission wird eingerichtet, um die verschiedenen Forderungen zu koordinieren.	Eine neue Kommission wird zur Verhandlung über die Länderforderungen gebildet.	Institutionalisierung durch Kommissionen	K1
„Kreisky will sich zeitlich nicht festlegen. Ob das in einem Jahr oder in 13 Monaten sein wird, ist nicht lebenswichtig.“	Kreisky gibt keinen genauen Zeitrahmen für die Verhandlungen an.	Kreisky sieht keinen Druck in Bezug auf den Zeitrahmen der Verhandlungen.	Flexibler Zeitrahmen	K1

29. Oktober 1980 – LH Keßler und Präsident Purtscher einig. Zum „Vorarlberg-Paket“ wurde bereits Wesentliches erreicht (S. 3)

„Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Landeshauptleutekonferenz am Montag in Graz äußerten gestern ... Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler als auch Landtagspräsident Dr. Martin Purtscher.“	Keßler und Purtscher sind zufrieden mit den Ergebnissen der Konferenz in Graz.	Die Landeshauptleutekonferenz wurde als erfolgreich wahrgenommen.	Politische Einschätzung/Beurteilung	K2
„Es wurde dabei das Wesentliche erreicht, dass die Vorarlberger zehn Punkte in konkrete Verhandlungen kommen.“	Die Hauptziele wurden erreicht, und die Vorarlberger Forderungen werden in Verhandlungen einbezogen.	Die Vorarlberger Punkte werden konkretisiert und verhandelt.	Erfolgsfeststellung	K1
„Keßler verneinte dies: ‚Nein, die Landesamtsdirektoren werden sich jetzt	Keßler weist die Bedenken zurück, dass die Beamten die politischen	Keßler betont die Dringlichkeit und Wichtigkeit der Verhandlungen.	Politische Kommunikation/Bewertung	K2

sehr rasch damit befassen ...“	Themen abschieben.			
„Zur Frage, ob möglicherweise seitens der Bundesregierung eine Verzögerungstaktik verfolgt werde, nahm Keßler Bundeskanzler Kreisky in Schutz.“	Keßler verteidigt Kreisky gegen Vorwürfe der Verzögerungstaktik.	Keßler sieht Kreisky als kooperativ und wohlwollend an.	Politische Allianzen/Bewertungen	K2
„Als bedauerlich empfindet Purtscher jedoch, dass der Bund seinerseits zahlreiche Gegenforderungen an die Länder richtet.“	Purtscher äußert Bedenken bezüglich der vielen Gegenforderungen des Bundes.	Es gibt eine kritische Sicht auf die Bedingungen, die der Bund stellt.	Politische Konflikte/Forderungsmanagement	K1
„Die Punkte, bei denen dies nicht möglich ist, werden wir direkt mit dem Bund verhandeln.“	Keßler plant, direkte Verhandlungen mit dem Bund zu führen, wenn Einigungen nicht möglich sind.	Keßler ist bereit, in direkten Verhandlungen zu bleiben, falls nötig.	Verhandlungsstrategie	K1

29. November 1980 – Die 14 Gegenforderungen zum Länderprogramm kritisch auf dem Prüfstand. Mit Bundesforderungen will Kreisky die Föderalismus-Bewegung jetzt ersticken (S. 4)

„Durch die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg war auf einmal auch für die Bundesregierung und die Vorarlberger Sozialisten das Forderungsprogramm der Bundesländer interessant geworden.“	Die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg hat das Interesse der Bundesregierung und der Vorarlberger Sozialisten am Länderprogramm geweckt.	Die Initiative hat das Thema Föderalismus auf Bundesebene relevant gemacht.	Einfluss der Bürgerinitiativen	K4
„Offenbar geschah dies aber nicht aus innerer Zustimmung, sondern weil sie es als das ‚kleinere Übel‘ ansahen ...“	Das Interesse an dem Programm war nicht aus Überzeugung, sondern als notwendige Reaktion auf die stärkeren Forderungen von Pro Vorarlberg.	Die Unterstützung des Länderprogramms ist strategisch motiviert.	Strategische Überlegungen	K2
„So erklärten die Vorarlberger Sozialisten plötzlich, sie stünden ‚voll und ganz‘ zum	Die Vorarlberger Sozialisten geben vor, das Forderungsprogramm voll zu unterstützen.	Politische Unterstützung wird proklamiert, obwohl sie möglicherweise nicht authentisch ist.	Rhetorische Strategien	K2

Förderungsprogramm. m.“				
„Das Ganze ist, gelinde gesagt, nichts anderes als eine Verhöhnung der Länder ...“	Der Artikel sieht die Gegenforderungen als Angriffe auf die Länder und deren Autonomie.	Die Maßnahmen des Bundes werden als zentralistisch und respektlos gegenüber den Ländern betrachtet.	Zentralistische Tendenzen	K1
„Es wäre interessant zu hören, ob auch die Vorarlberger Sozialisten wieder ‚voll und ganz‘ hinter dem Förderungsprogramm ... stehen.“	Die Unterstützung der Vorarlberger Sozialisten für die Bundesforderungen wird in Frage gestellt.	Es gibt Zweifel an der Aufrichtigkeit der politischen Unterstützung.	Glaubwürdigkeit	K2

7. Ergebnisse und Diskussion

Im folgenden Kapitel werden die Analysen der einzelnen Monate in chronologischer Reihenfolge zusammengefasst und miteinander verglichen, um einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Berichterstattung der VN zu bieten. Dabei wird untersucht, wie sich die Berichterstattung in den verschiedenen Aspekten – darunter der Einfluss auf die öffentliche Meinung, die sprachliche und kulturelle Konstruktion einer regionalen Identität sowie die Funktion der VN im Kontext der Volksabstimmung – über die Monate hinweg verändert oder konstant geblieben ist. Zudem wird analysiert, welche Schwerpunkte und Narrative von der Zeitung verfolgt wurden, um die politischen und gesellschaftlichen Bewegungen in Vorarlberg zu unterstützen und voranzutreiben. So soll verdeutlicht werden, inwiefern die VN eine aktive Rolle als Meinungsbildner und Unterstützer der regionalen Autonomiebestrebungen spielte.

7.1. Einfluss der Vorarlberger Nachrichten auf die öffentliche Meinung

Im September 1979 wurde die Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“ von den VN als legitime, bürgernahe Bewegung dargestellt, die das Interesse und die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten genoss. Die Zeitung berichtete, dass Vorarlberg historisch immer eine Region der erfolgreichen Bürgerinitiativen gewesen sei: *„Vorarlberg gilt als Land der lebhaften, aber auch erfolgreichen Bürgerinitiativen.“* Dieser Fokus das bürgerliche Engagement innerhalb Vorarlbergs trug dazu bei, das Selbstbild der Vorarlberger Bevölkerung als politisch aktive und engagierte Gemeinschaft zu festigen. Ebenso wurde betont, dass die Forderungen nach mehr Eigenständigkeit keine separatistischen Tendenzen verfolgten, sondern auf eine gerechtere Kompetenzverteilung innerhalb Österreichs abzielten: *„Es wird nicht eine Loslösung von Österreich, sondern lediglich eine Übernahme von mehr Verantwortung Vorarlbergs*

innerhalb des Bundesstaates Österreich angestrebt.“ Dennoch finden sich gleichzeitig Aussagen, die dieser Behauptungen widersprechen: „Gegen den Übermut in Wien hat sich ein Bürgerkomitee gebildet.“

Im März 1980 intensivierte die VN ihre Rolle als Meinungsbildner, indem sie die Forderungen der Bürgerinitiative klar in den politischen Diskurs einbrachte und den Erfolg der Volksabstimmung vom Juni 1980 vorbereitete. In einem Artikel berichtete die Zeitung von der breiten Unterstützung für die Bewegung: *„Die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG, die gleichzeitig Ausdruck der Kritik am Bundeszentrismus ist, kann auf ein breites Echo der Zustimmung in der Vorarlberger Bevölkerung verweisen.“* Durch diese Art der Berichterstattung wurde die öffentliche Meinung dahingehend beeinflusst, dass sich die Bürger*innen Vorarlbergs zunehmend gegen den als übermächtig empfundenen Wiener Zentralismus stellten und die Autonomiebestrebungen der Initiative befürworteten.

Im Juni 1980, unmittelbar vor der Volksabstimmung, übernahmen die VN eine noch aktivere Rolle, indem sie die Bevölkerung direkt zur Unterstützung des „Ja“-Lagers aufforderten. Die Zeitung setzte sich klar für das 10-Punkte-Programm der Bürgerinitiative ein und förderte die Idee, dass eine stärkere Autonomie Vorarlbergs dem Land und seinen Bürger*innen zugutekommen würde. Es wurde offen für die Initiative geworben, indem die Empfehlungen zahlreicher Bürgermeister veröffentlicht wurden, die sich für ein „Ja“ aussprachen und ihren Mitbürgern ebenfalls dazu rieten: *„Allen Bürgern der 24 Gemeinden wird in einer Resolution empfohlen, dem 10-Punkte-Programm bei der Volksabstimmung das ‚Ja‘ zu geben.“* Diese Form der Berichterstattung trug wesentlich dazu bei, die Volksabstimmung als demokratischen und notwendigen Schritt zur Stärkung der regionalen Eigenständigkeit darzustellen.

Im Oktober/November 1980 fokussierten sich die VN auf die Verzögerungen bei der Umsetzung der Volksabstimmungsergebnisse und kritisierten offen die politisch Verantwortlichen dafür, dass der Wille des Volkes noch nicht umgesetzt worden war. Ein Zitat, das die Dringlichkeit der Forderungen verdeutlicht, lautet: *„Die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg fordert ein unverzügliches Handeln der zuständigen politischen Organe.“* Durch diese kritische Berichterstattung blieb die Autonomiebestrebung auch nach der Volksabstimmung im öffentlichen Bewusstsein, und der Druck auf die Regierung wurde aufrechterhalten.

7.2. Sprachliche und kulturelle Konstruktion von Identität

Im September 1979 betonten die VN, dass die Autonomieforderungen der Bürgerinitiative darauf abzielten, die regionale Identität Vorarlbergs innerhalb des österreichischen Bundesstaates zu stärken. Die Verwendung von Begriffen und Themen wie „Bürgerinitiative“, „Selbstbestimmung“ und „Autonomie“ trug dazu bei, ein Bild von Vorarlberg als engagierte und bürgernahe Region zu schaffen. Ein Zitat, das dies verdeutlicht, lautet: *„Angestrebt wird ein eigenes Statut für Vorarlberg, das dem Land Gesetzgebung und Vollziehung in allen Belangen einräumt.“* Die Betonung der Fähigkeit Vorarlbergs, eigene Gesetze zu beschließen, symbolisierte die Eigenständigkeit des Landes und seine Position als aktiver Akteur im föderalen System. Die VN nutzten gezielt sprachliche Mittel, um eine besondere Identität Vorarlbergs zu konstruieren, die sich stark von Wien abgrenzte. Dabei wurde Vorarlberg als eine Region dargestellt, die sich gegen den Zentralismus stellt und auf ihre Eigenständigkeit und Autonomie pocht.

Im März 1980 setzten die VN die Konstruktion einer regionalen Identität fort, indem sie „Pro Vorarlberg“ als Verteidiger von Bürgerrechten und föderalen Werten darstellten. Durch die wiederholte Verwendung von Themen wie „Föderalismus“ und „Autonomie“ in der Berichterstattung, aber auch durch den Bezug auf kulturelle Symbole, wurde Vorarlberg als politisch selbstbewusste Region inszeniert. So betonten die VN, dass die Forderungen der Bürgerinitiative auf die Erhaltung und Stärkung der föderalen Struktur abzielten: *„Das Land soll [...] sich selbst seine Verfassung geben.“* Durch die Klarstellung, dass die Autonomiebestrebungen breit abgestimmt und von der Politik ernst genommen wurden, stärkte die Zeitung das Bild von Vorarlberg als einer Region, die erfolgreich für ihre Selbstbestimmung kämpfte.

Im Juni 1980 wurde die symbolische und sprachliche Darstellung der regionalen Identität besonders durch die Verwendung von kulturellen Symbolen wie der österreichischen Flagge gestärkt. In einem Vorfall, bei dem die SPÖ ein Wahlplakat mit einer zerrissenen rot-weiß-roten Fahne zeigte, berichteten die VN empört über die Reaktionen der Vorarlberger Bevölkerung: *„Empörung herrscht landauf, landab über die vom SPÖ-Landespartei sekretariat veranlasste Plakatwerbung [...] mit der Darstellung einer zu über zwei Drittel zerrissenen österreichischen Staatsflagge.“* Dieses Plakat wurde als Symbol für den Widerstand gegen die regionale Autonomie wahrgenommen, und die Empörung darüber spiegelte die starke Bindung der Vorarlberger Bevölkerung an ihre regionale Identität wider. Die VN nutzten diese Symbolik, um die Idee der Eigenständigkeit weiter zu festigen und die Autonomiebestrebungen als eine

Verteidigung der Vorarlberger Identität darzustellen.

Im Oktober/November 1980 nutzten die VN weiterhin die Sprache der politischen Eigenständigkeit und betonten die Notwendigkeit, die Forderungen der Bürgerinitiative rasch umzusetzen. Die Zeitung stellte Vorarlberg als eigenständige Region dar, die ihre Autonomiebestrebungen energisch verfolgte. Ein Beispiel hierfür ist die wiederholte Erwähnung der Forderung nach mehr Selbstbestimmung für die Länder und Gemeinden: *„Es handelt sich um mehr Eigenständigkeit für das Land (die Länder) und die Gemeinden Österreichs.“* Durch diese ständige Betonung der Autonomie und Eigenständigkeit wurde die Identität Vorarlbergs als ein föderalistisch orientiertes Land, das sich gegen den Wiener Zentralismus wehrt, verstärkt.

7.3. Funktion der VN im Kontext der Volksabstimmung

Im September 1979 übernahmen die VN eine klare Rolle als Sprachrohr der Bürgerinitiative, indem sie die Forderungen nach mehr Eigenständigkeit offen unterstützten. Sie stellten die Bürgerinitiative als legitimen Vertreter der Interessen der Vorarlberger Bevölkerung dar und forderten die politischen Akteure auf, die Autonomieforderungen ernst zu nehmen: *„Gegen den Übermut in Wien hat sich ein Bürgerkomitee gebildet.“* Durch diese Berichterstattung schufen die VN ein Bild von der Bürgerinitiative als eine Bewegung, die den Willen der Vorarlberger Bevölkerung artikuliert und gegen den als übermächtig empfundenen Wiener Zentralismus kämpfte: *„Die Bürgerinitiative PRO VORARLBERG, die gleichzeitig Ausdruck der Kritik am Bundeszentrismus ist, kann auf ein breites Echo der Zustimmung in der Vorarlberger Bevölkerung verweisen.“*

Im März 1980 intensivierten die VN ihre Rolle als Unterstützer der Bürgerinitiative, indem sie ausführlich über die politischen Verhandlungen berichteten und die Bürgerinitiative als wichtigen politischen Akteur darstellten. Die Zeitung betonte die Zusammenarbeit zwischen den Parteien und der Bürgerinitiative, um die Autonomieforderungen durchzusetzen: *„ÖVP und FPÖ stimmten für das in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative erarbeitete 10-Punkte-Programm.“* Die Berichterstattung trug dazu bei, die Bevölkerung für die Forderungen der Bürgerinitiative zu sensibilisieren und die Volksabstimmung als notwendigen Schritt zur Durchsetzung der regionalen Autonomie zu positionieren. Darüber hinaus stellte die Zeitung die Positionen der SPÖ oft kritisch dar, indem sie deren zentrale Forderungen als gegen den regionalen Autonomiewunsch gerichtet präsentierte: *„Die SPÖ wird dagegen für den 15. Juni die ‚Nein‘-Parole ausgeben.“*

Im Juni 1980, unmittelbar vor der Volksabstimmung, übernahmen die VN eine aktive Rolle, indem sie die Bevölkerung zur Unterstützung des „Ja“-Lagers aufforderten und die Autonomieforderungen als eine demokratische Notwendigkeit darstellten. Ein Beispiel hierfür ist die klare Befürwortung des 10-Punkte-Programms: *„72 Prozent des Landtages und die gesamte Landesregierung stehen hinter der Idee.“* Durch diese Berichterstattung wurde die VN zu einem wichtigen Mobilisierungsfaktor für die Volksabstimmung und trug dazu bei, dass die Forderungen der Bürgerinitiative in der Bevölkerung breite Unterstützung fanden.

Im Oktober/November 1980 setzten die VN ihre Funktion als Unterstützer der Autonomiebestrebungen fort, indem sie kritisch über die Verzögerungen bei der Umsetzung der Volksabstimmungsergebnisse berichteten. Die Zeitung erhöhte den Druck auf die politischen Akteure, die Ergebnisse der Abstimmung zu respektieren und umzusetzen: *„Die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg fordert ein unverzügliches Handeln der zuständigen politischen Organe.“* Durch diese Berichterstattung hielten die VN das Thema in der Öffentlichkeit präsent und verstärkten den politischen Druck auf die Regierung, die Autonomieforderungen ernsthaft zu verhandeln.

8. Conclusio

Die vorliegende Masterarbeit widmet sich der Frage, wie die VN als regionale Zeitung die politische Landschaft Vorarlbergs prägten und welche Rolle sie bei der Konstruktion einer regionalen Identität im Kontext bedeutender Ereignisse, in diesem Fall der Volksabstimmung von 1980 spielten. Die Untersuchung fokussierte sich dabei auf die Wechselwirkungen zwischen Medien, politischen Ereignissen und Identitätsbildung, basierend auf einer qualitativen Inhaltsanalyse.

Im Hinblick auf die eingangs formulierte Leitfrage: *„Wie wurden die Ereignisse zwischen September 1979 und November 1980 in der VN dargestellt?“*, zeigen die Ergebnisse der Analyse, dass die VN nicht nur als passive Beobachter, sondern als aktive Gestalterin der politischen Diskussion fungierten. Im Untersuchungszeitraum von September 1979 bis November 1980 wurde die Berichterstattung der VN gezielt genutzt, um die Autonomiebestrebungen Vorarlbergs zu unterstützen. Bereits seit dem Auftreten der Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“ im September nahm die Zeitung eine eindeutig pro-autonomistische Position ein und setzte sich für die Forderung nach einer stärkeren Selbstbestimmung Vorarlbergs innerhalb des österreichischen Bundesstaates ein. Die

Darstellung der Ereignisse in der VN war geprägt von einem klaren Antizentralismus und einer deutlichen Abgrenzung von der Bundespolitik in Wien, was dazu führte, dass die Autonomiediskussion als Kampf um die Rechte der Vorarlberger Bevölkerung inszeniert wurde. Besonders auffällig war die strategische Nutzung der VN als Plattform für die Bürgerinitiative. In zahlreichen Artikeln wurden die Forderungen von „Pro Vorarlberg“ hervorgehoben, während kritische Stimmen, insbesondere die der SPÖ, marginalisiert wurden. Durch die gezielte Berichterstattung konnte die VN die öffentliche Meinung maßgeblich beeinflussen und die Initiative als legitime Vertretung der Interessen der Vorarlberger Bevölkerung positionieren. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Volksabstimmung wider: Eine deutliche Mehrheit von 69,3 Prozent stimmte für mehr Autonomie, ein Erfolg, der ohne die Unterstützung der VN kaum denkbar gewesen wäre.

Die VN nutzten bewusst regionale Symbole wie das „Alemannentum“ als kulturelle und den Arlberg als geographische Trennlinie zu Wien, um eine eigene Identität Vorarlbergs zu betonen. Diese Identitätskonstruktion wurde besonders in Zeiten politischer Spannungen verstärkt, um die Differenzierung zwischen Vorarlberg und der Wiener Zentralregierung zu betonen. Diese theoretischen Überlegungen leiten direkt zur zweiten Frage über: „Inwiefern spielten Sprache und kulturelle Symbole eine Rolle bei der Konstruktion einer regionalen „Identität“ in Vorarlberg im Zuge der medialen Berichterstattung?“ Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass in der Berichterstattung die Autonomiediskussion nicht nur als politischer Prozess dargestellt wurde, sondern immer in Zusammenhang mit der kulturellen und historischen Eigenart Vorarlbergs gebracht. Die VN griffen dabei auf eine narrative Strategie zurück, die die Vorarlberger als „geborene Demokraten“ und „Verfechter des Föderalismus“ darstellte. Diese narrative Konstruktion unterstützte nicht nur die Autonomiebestrebungen, sondern verstärkte auch das regionale Selbstbewusstsein der Bevölkerung. Sprachliche Besonderheiten wie der alemannische Dialekt und kulturelle Traditionen wurden gezielt eingesetzt, um eine Abgrenzung zu Wien und eine regionale Identität zu fördern. Die Verknüpfung kultureller Symbole mit politischen Forderungen verstärkte das Bild eines eigenständigen Vorarlbergs, das sich von den zentralistischen Tendenzen des österreichischen Staates abhebt. Dies führte dazu, dass die Autonomiebestrebungen in der Bevölkerung breitere Unterstützung fanden, als es bei einer rein politischen Diskussion der Fall gewesen wäre. Durch diese Kombination aus kulturellen und politischen Faktoren gelang es den VN, eine starke regionale Identität zu konstruieren und diese im öffentlichen Diskurs zu verankern.

Schließlich wird für die letzte Frage: „Welche konkrete Funktion nahm die VN im

Zusammenhang mit der Volksabstimmung ein?“, durch die Analyse gezeigt, dass die Funktion der VN im Kontext der Volksabstimmung weit mehr war als die eines neutralen Berichterstatters. Wie die Analyse zeigt, agierten die VN als aktive Unterstützer der Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“. Sie nutzten ihre Plattform, um die Forderungen der Initiative öffentlich zu propagieren und Kritiker, wie die SPÖ oder andere Oppositionsbewegungen, in ein negatives Licht zu rücken. Die Ergebnisse der Analyse bestätigen, dass die VN eine zentrale Rolle dabei spielten, die Diskussion über mehr Autonomie in Vorarlberg zu prägen und in der Bevölkerung eine positive Haltung gegenüber der Volksabstimmung zu erzeugen. Besonders bemerkenswert war die Weigerung der VN, Inserate der SPÖ zu veröffentlichen, während sie gleichzeitig eine aggressive Kampagne für die Autonomiebestrebungen führten. Dies führte zu Vorwürfen der Manipulation und Zensur, die die Zeitung jedoch weitgehend ignorierte. Die einseitige Berichterstattung der VN verstärkte die Polarisierung der Debatte und trug dazu bei, dass die Autonomiebefürworter in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wurden. Diese strategische Funktion der VN war entscheidend für den Erfolg der Volksabstimmung und unterstreicht die Macht regionaler Medien in politischen Prozessen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die VN eine doppelte Funktion einnahmen: Sie waren einerseits Sprachrohr der Bewegung „Pro Vorarlberg“ und trugen durch ihre Berichterstattung zur Mobilisierung der Bevölkerung bei, andererseits fungierten sie als Einflussfaktor, indem sie die Diskussion über die Volksabstimmung aktiv gestalteten und unterstützten.

8.1. Schlussbemerkung

Einerseits zeigt die Analyse, wie ein regionales Medium die politische Diskussion dominieren und die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung lenken kann. Dies wirft Fragen nach der Rolle der Presse in demokratischen Prozessen auf, insbesondere wenn Medien eine einseitige Berichterstattung betreiben, wie es im Fall der VN bei der Autonomiediskussion rund um „Pro Vorarlberg“ war. Die gezielte Manipulation der öffentlichen Meinung durch die VN, indem sie kritische Stimmen wie die der SPÖ unterdrückten und stattdessen eine klar pro-autonomistische Haltung förderten, verdeutlicht die Macht der Medien in regionalen politischen Prozessen.

Zudem illustriert die vorliegende Masterarbeit, wie politische Akteure und Medien gemeinsam agieren können, um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Initiative „Pro Vorarlberg“ und den VN war ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Autonomiebestrebungen, obwohl die Initiative in Teilen der politischen Elite und Bevölkerung Vorarlbergs umstritten war. Dies zeigt, dass regionale Identitätskonstruktionen oft das Ergebnis eines Zusammenspiels von kulturellen, politischen und medialen Kräften sind.

Die jüngsten Ergebnisse der Nationalratswahl in Österreich verdeutlichen den zunehmenden Trend zu politischer Polarisierung und einem Rechtsruck, wie er in vielen Teilen Europas zu beobachten ist. Besonders der starke Aufstieg rechtspopulistischer Parteien, die sich für mehr nationale Souveränität und gegen zentralistische Eingriffe aus Brüssel aussprechen, zeigt, dass Themen wie Föderalismus, Autonomie und regionale Selbstbestimmung auch in Österreich wieder verstärkt auf die politische Agenda rücken. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen regionalem Föderalismus und staatlichem Zentralismus an Aktualität. Die historische Analyse der Autonomiebestrebungen Vorarlbergs, wie sie in dieser Masterarbeit untersucht wird, liefert dabei wertvolle Einblicke in diese Dynamiken. Die Art und Weise, wie die VN in den 1980er Jahren die Forderung nach mehr Autonomie unterstützten und so zur Stärkung der regionalen Identität beitrugen, bietet wichtige Erkenntnisse über das Zusammenspiel von Medien, politischen Bewegungen und regionalen Identitätskonstruktionen. In einem Österreich, das zunehmend von politischen Brüchen geprägt ist, kann diese Arbeit dazu beitragen, zu verstehen, wie regionale Bestrebungen im aktuellen politischen Kontext wieder an Bedeutung gewinnen könnten.

9. Literatur-/Quellenverzeichnis

Markus Barnay, „Pro Vorarlberg“. Eine regionalistische Initiative, Bregenz 1983.

Markus Barnay, Die Erfindung des Vorarlbergs. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. Und 20. Jahrhundert, Bregenz 1988.

Markus Barnay, Vorarlberg. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien 2011.

Eva Baumann, Katrin Keller, Marcus Maurer, Thorsten Quandt, Wolfgang Schweiger, Wie Medien genutzt werden und was sie bewirken, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), Massenmedien, Bonn 08.06.2011, online unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/massenmedien-309/7543/wie-medien-genutzt-werden-und-was-sie-bewirken> (10.09.2024).

Klaus Berchtold, Die Verhandlungen zum Forderungsprogramm der Bundesländer seit 1956, Wien 1988.

Wilhelm Braumüller, 5. Bericht über die Lage des Föderalismus in Österreich (1980), Wien 1981.

Udo Branahl, Patrick Donges, Warum Medien wichtig sind: Funktion in der Demokratie, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), Massenmedien, Bonn 08.06.2011, online unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/massenmedien-309/7492/warum-medien-wichtig-sind-funktionen-in-der-demokratie> (10.09.2024).

Roland Burkart, Einleitung, in: Roland Burkart (Hg.), Wirkungen der Massenkommunikation. Theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse, Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, 3. Aufl., Wien 1992.

Roland Burkart, Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder, 2. Aufl., Wien/Köln/Weimar 1995.

Peter Bußjäger, Ferdinand Karlhofer, Günther Pallaver (Hg.), Die Besten im Westen? Die westlichen Bundesländer und ihre Rolle seit 1945, Innsbruck 2008.

Werner Dreier, Meinrad Pichler, Vergebliches Werben. Misslungene Vorarlberger Anschlussversuche an die Schweiz und an das Schwaben 1918-1920, Bregenz 1989.

Otto Ender, Vorarlbergs Schweizer-Anschluß-Bewegung von 1918 bis 1924, in: Benedikt Bilgeri, Meinrad Tiefenthaler (Hg.), Schriften zur Vorarlberger Landeskunde, Bd. 5, Dornbirn 1952.

Andrea Gasser, Medien, in: Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Robert Kriechbaumer (Hg.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. 4. Vorarlberg: zwischen Fußach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit, herausgegeben von Franz Mathis und Wolfgang Weber, Wien/Köln/Weimar 2000, 246-257.

Elisabeth Hämmerle, Die Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs in ihrer Entwicklung vom Ende der Monarchie bis 1967, phil. Diss., Universität Wien, Wien 1969.

Elke Joahm, Trist, trostlos? Kulturjournalistische Leistungen einer Region im Vergleich. Analysiert am Beispiel der „Vorarlberger Nachrichten“ und der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“, Diplomarbeit Universität Wien, Wien 1994.

Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, 4. Aufl. Wiesbaden 2009.

Philip Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, in: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Heiner Keupp, Lutz von Rosenstiel, Stephan Wolff (Hg.), Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, 2. Aufl., Weinheim/Beltz 1991, 209-213.

Media-Analyse 2023, online unter <<https://www.media-analyse.at/table/4000>> (20.07.2024).

Siegbert Morscher, Pro Vorarlberg, in: Andreas Kohl, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, München 1981, 31-54.

Nationalrat, Stenographisches Protokoll der 31. Sitzung des Nationalrates am 17. April 1980, Fragestunde, Wien 1980.

Duygu Özkan, Was will der „Kanton übrig“ wirklich?, in: Die Presse, 17.07.2010, online unter <<https://www.diepresse.com/581899/was-will-der-kanton-ubrig-wirklich>> (19.08.2024).

Günther Pallaver, Die mediale Berichterstattung über den Föderalismus im West-Ost-Vergleich, in: Peter Bußjäger, Ferdinand Karlhofer, Günther Pallaver (Hg.), Die Besten im Westen? Die westlichen Bundesländer und ihre Rolle seit 1945, Innsbruck 2008, 59-78.

Meinrad Pichler, Das Land Vorarlberg. 1861 bis 2015, Innsbruck 2015.

Meinrad Pichler, Ferdinand Riedmann. Der Prophet vom gelobten Land Helvetia, in: Tobias G. Natter (Hg.), „Kanto Übrig“. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, Bregenz 2008.

Karl Schall, Die Legende vom „sauberen Ländle“ – Ein historisch-politologischer Versuch über die soziokulturellen Implikationen des politischen und gesellschaftlichen Klimas in Vorarlberg an Hand ausgesuchter Initiativen an der Schnittstelle von Kultur und Politik, Dissertation Universität Wien, Wien 2005.

Markus Sonderegger, Die Fußach-Affäre. Eine Analyse der Berichterstattung über die Fußach-Affäre 1964 in den „Vorarlberger Nachrichten“, Diplomarbeit Universität Wien, Wien 2004.

Vorarlberger Landtag, Protokoll der 2. Sitzung des XXIII. Vorarlberger Landtages im Jahre 1979 am 20.11.1979. TOP 7 Petition der Bürgerinitiative «Pro Vorarlberg» für größere Selbständigkeit Vorarlbergs durch Erlangung eines eigenen Statutes, Bregenz 1979.

Vorarlberger Landtag, Protokoll der 2. Sitzung des XXIII. Vorarlberger Landtages am 28. März 1980. Bericht des Rechtsausschusses zur Petition der Bürgerinitiative „Pro Vorarlberg“, Bregenz 1980.

Vorarlberger Nachrichten, Nicht los von Wien – jedoch für mehr Selbstständigkeit.
Vorarlberger Bürgerinitiative verlangt Volksabstimmung, VN Jg. 35, Nr.210 (11.09.1979).

Vorarlberger Nachrichten, Bereits großes Bündel an Unterstützungserklärungen. Gewaltige Sympathiewelle für Initiative PRO VORARLBERG, VN Jg. 35, Nr. 212 (13.09.1979).

Vorarlberger Nachrichten, Mehrheit für PRO VORARLBERG, VN Jg. 35, Nr. 214 (15.09.1979).

Gerhard Vowe, Massenmedien, in: Uwe Andersen, Jörg Bogumil, Stefan Marschall, Wichard Woyke (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 8. überarb. und erw. Aufl., Wiesbaden 2021, 607-616.

Gerhard Wanner, Schiffstaufe Fußach 1964, Bregenz 1980.

Gerhard Wanner, Parteien und Parteipolitik, in: Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Robert Kriechbaumer (Hg.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. 4. Vorarlberg: zwischen Fußach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit, herausgegeben von Franz Mathis und Wolfgang Weber, Wien/Köln/Weimar 2000, 421-463.

Gerhard Wanner, Welche Freiheit suchten sie?, in: Tobias G. Natter (Hg.), „Kanto Übrig“. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, Bregenz 2008.

Jürgen Wilke, Vom Barden zum Blogger: die Entwicklung der Massenmedien, in Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), Massenmedien, Bonn 08.06.2011, online unter <<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/massenmedien-309/7490/vom-barden-zum-blogger-die-entwicklung-der-massenmedien>> (11.09.2024).

Daniel Witzig, Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlußbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918 – 1922, in: Edgar Bonjour, Werner Kaegi (Hg.), Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 132, Basel 1974.

Interviews:

Studiogespräch mit Markus Barnay, 13.09.2004, Radio Vorarlberg – Kultur nach 6, ORF-Archiv am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Interview mit Meinrad Pichler, 10.09.2004, ORF 2 – Vorarlberg Heute, Vor 25 Jahren mit Peter Bußjäger.

Interview mit Markus Barnay, 16.09.2009, Als Vorarlberg ganz allein sein wollte, Ö2/Radio Vorarlberg.

Interview mit Herbert Keßler, 13.06.2009, Vorarlberg – Wien. Reizthema früherer Jahre, ORF 2 – Vorarlberg Heute, ORF-Archiv am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

9.1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 – Titelseite der VN vom 11.September 1979, 1.....	9
Abbildung 2 – Flugblatt „Vorarlberger Pro Österreich“, Mai 1980 (Barnay, Pro Vorarlberg, 55).....	12
Abbildung 3 – Aufkleber „Vorarlberger Pro Österreich“ (Barnay, Pro Vorarlberg, 55).....	12
Abbildung 4 – SPÖ-Aufkleber (Barnay, Pro Vorarlberg, 53).....	13
Abbildung 5 – Pro Vorarlberg Werbung „Wurst“ in der VN (04.06.1980, 7).....	15
Abbildung 6 – Pro Vorarlberg Werbung „Atomkraft“ in der VN (04.06.1980, 30).....	15
Abbildung 7 – Pro Vorarlberg Werbung „Stromtarif“ in der VN (06.06.1980, 24).....	16
Abbildung 8 – Pro Vorarlberg Werbung „Behauptungen“ in der VN (13.06.1980, 26).....	18
Abbildung 9 – Pro Vorarlberg Werbung „Steuerzahler“ in der VN (09.06.1980, 12).....	19
Abbildung 10 – Pro Vorarlberg Werbung „Bundesländer“ in der VN (07.06.1980, 20).....	19
Abbildung 11 – Ergebnisse der Abstimmung (VN, 16.06.1980, 1).....	20
Abbildung 12 – Pro Vorarlberg Werbung „Sonderrechte“ in der VN (07.06.1980, 15).....	22
Abbildung 13 – Pro Vorarlberg Werbung „Föderalismus“ in der VN (11.06.1980, 16).....	23
Abbildung 14 – Pro Vorarlberg Werbung „JA“ in der VN (14.06.1980, 15).....	24
Abbildung 15 – Volksabstimmung 1919 (https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Ergebnis_Volksabstimmung_Vorarlberg_1919.jpg).....	32
Abbildung 16 – Media-Analyse 2023, Tageszeitungen (www.media-analyse.at/table/4000).....	35
Abbildung 17 – Ablaufmodell Inhaltsanalyse (Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 212).....	43

10. Anhänge

7. Beilage im Jahre 1979 des XXIII. Vorarlberger Landtages

Bittschrift

Unter Bezug auf Art. 11 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (Petitionsrecht) und § 13 der Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag (Bittschriften) stellen die unterzeichneten Vorarlberger Wahlberechtigten an den Vorarlberger Landtag das

Ersuchen,

er wolle im Hinblick auf die vom übrigen Österreich wesentlich abweichende Lage, Geschichte und Bewußtseinshaltung Vorarlbergs gemäß Art. 26 Abs. 5 der Vorarlberger Landesverfassung raschestens eine Volksabstimmung über folgende wichtige Frage ergehen lassen:

«Soll Vorarlberg durch eine Vereinbarung mit dem Bund im Rahmen des österreichischen Bundesstaates mehr Selbständigkeit durch ein eigenes Statut mit nachfolgendem grundsätzlichen Inhalt erhalten?»

«Statut

1. Dem Land Vorarlberg steht die uneingeschränkte Gesetzgebung und Vollziehung in allen Angelegenheiten zu, die es selbst zumindest gleich gut für Vorarlberg besorgen kann. Dazu gehören insbesondere

- a) die völlig eigene Landesorganisation,
- b) ein solches eigenes Finanzrecht anstelle der ungerechten Steuergesetze aus Wien, daß der Landeshaushalt überwiegend aus eigener Kraft bestritten werden kann, sowie
- c) Schule und Rundfunk, Sozialversicherung, Urproduktion und Umweltschutz, Mietzins- und Milchpreisbildung, Ausländerwesen und Verträge mit Nachbarländern in Landessachen.

Nicht dazu zählen jedenfalls die große Außenpolitik, die militärische Landesverteidigung und der Außenhandel.

2. Änderungen und Ergänzungen der für Vorarlberg geltenden Bundesverfassung bedürfen der Zustimmung des Vorarlberger Landtages. Bei einfachen Bundesgesetzbeschlüssen kann der Vorarlberger Landtag wegen Gefährdung von Landesinteressen Einspruch erheben, der durch Wiederholung nicht außer Kraft gesetzt werden kann.

3. Strittige Fragen über den Bestand, die Auslegung und Anwendung dieses Statuts entscheidet an Stelle des Verfassungsgerichtshofes eine gleichmäßig von Bund und Land und einem neutralen Vorsitzenden zusammengesetzte Schiedskommission nach Billigkeit.

4. Das Statut kann nur durch Übereinstimmung von Bund und Land Vorarlberg geändert oder außer Kraft gesetzt werden.»

In einer Beilage sind Erläuterungen und Begründungen für dieses Statut enthalten, die insbesondere für seine endgültige Festlegung wesentlich sind.

Im Falle eines zustimmenden Ergebnisses der Volksabstimmung wird gebeten, unter Berufung darauf eine der Bittschrift zustimmende EntschlieÙung zu fassen und diese der Bundesregierung und als Petition dem National- und dem Bundesrat zuzuleiten.

Für den Fall von Verhandlungen mit Wien wird gebeten, Vertreter der Unterzeichneten beizuziehen, die von ihnen selbst benannt werden.

Schließlich wird gebeten, die Unterzeichneten über die Behandlung der Bittschrift auf dem laufenden zu halten. Zustellungsbevollmächtigter ist Herbert B e r e i t e r, Schwarzach, Haldenweg 1.

Dornbirn, 6. September 1979

Amann Kurt, Unternehmer, Hohenems
Bereiter Herbert, Techn. Angestellter, Schwarzach
Dipl.-Ing. Kurt Bitschnau, Geschäftsführer, Tschagguns
Prof. Dr. Elmar Blum, Primararzt, Feldkirch
Bösch Ignaz, Metzgermeister, Lustenau
Dörler Manfred, Angestellter, Hard
Fink Armin, Berufsschuldirektor, Lauterach
Florian Eugen, Kaufmann, Dornbirn
Dr. Fürst Karl, Amtstierarzt, Bludenz
Fussenegger Jakob, Stadtpfarrer, Dornbirn
Garzon Manfred, Kaufmann, Hohenems

Dr. Hermann Girardi, Hofrat, Bregenz
Grabher Werner, Kaufmann, Feldkirch
Dr. Elmar Grabherr, Alt-Landesamtsdirektor, Bregenz
Ing. Elmar Greber, Geschäftsführer, Bludenz
Greber Jakob Franz, Jungbauer, Schwarzenberg
Hammerer Hubert, Kaufmann, Egg
Hilbe Herbert, Kaufmann, Dornbirn
Honedner Roman, Angestellter, Hard
Kaufmann Theresia, Angestellte, Reuthe
Konzet Anton, Landwirt, Bludesch
Kräutler Kurt, Kaufmann, Götzis

7. Beilage im Jahre 1979 des XXIII. Vorarlberger Landtages

KR Mäser Ernst, Buchdruckermeister, Bregenz
Marent Roland, Landesbediensteter, Bregenz
Martin Lothar, Zimmermeister, Dornbirn
Dipl.-Ing. Hugo Mathis, Techn. Angestellter, Bregenz
Dipl.-Ing. Mayer Franz Josef, Angestellter, Götzis
Natter Alexander, Lehrer, Wolfurt
Nadler Isolde, Hausfrau, Schwarzach
Netzer Franz, Tischlermeister, Gaschurn
Prof. Dr. Franz Ortner, Götzis
Par Robert, Angestellter, Satteins
Dipl.-Ing. Albert Plankel, Statiker, Bregenz
Ing. Rümmele Manfred, Baumeister, Dornbirn

Rünzler Manfred, Angestellter, Wolfurt
Salzmann Siegfried, Baumeister, Dornbirn
Schedel Julius, Behindertenberater, Feldkirch
Schwendinger Josef, Stickereikaufmann, Lustenau
Tschegg Walter, Angestellter, Götzis
Vetter Günther, Steinmetzmeister, Dornbirn
Dr. Würbel Adolf, Richter, Feldkirch
Dr. Friedrich Narzt, Arzt, Klaus
Dipl.-Ing. Roman Schüßling, Physiker, Klaus
Erika Kalb, Hausfrau, Dornbirn
Spiegel Walter, Unternehmer, Dornbirn
Irene Spiegel, Hausfrau, Dornbirn

**Erläuterungen und Begründungen
für ein
eigenes Vorarlberger Statut**

Allgemeines

Vorarlberg, ein Land des Bodenseekulturkreises, gilt seit seiner Zugehörigkeit zu Österreich als das eigenwilligste Glied im Staate.

Bei allem guten Willen der Vorarlberger sind die Verständigungsschwierigkeiten mit der Donaumetropole eher gewachsen als abgeklungen. Ein in langen Jahrhunderten entwickeltes demokratisches Gemeinwesen, geformt von Bürgern und Bauern, ohne aufgepropfte Obrigkeit, kann zwar sehr gut in einem echten Bundesstaat gedeihen, nicht aber sich dem Zwang von oben beugen, der jede Eigenständigkeit Vorarlbergs immer weiter einschnürt.

Die mißglückte Schiffstau von Fußach am 21. November 1964 war ein deutliches Zeichen für die Freiheitsliebe der Vorarlberger, eingeschlossen auch die vielen Neubürger, die sich im Ländle niedergelassen und Familien gegründet haben. Erstaunlicherweise gut wurden damals die Vorarlberger von der Bevölkerung in ganz Österreich verstanden und auch die meisten Medien leisteten dem Ländle Unterstützung gegen den Übermut der Polit-Zentralisten.

Heute sind viele Bürger im westlichsten Bundesland der Überzeugung, es müßten alle demokratischen Mittel in Anspruch genommen werden, für die Eigenständigkeit einzutreten und dem wachsenden Bundesbürokratismus die Stirne zu bieten. Deshalb hat sich auch eine Bürgerinitiative herausgebildet, die sehr wohl überlegt ist. Sie zielt auf mehr Selbständigkeit für Vorarlberg. Es wird also nicht eine Loslösung von Österreich, sondern lediglich eine Übernahme von mehr Verantwortung Vorarlbergs innerhalb des Bundesstaates Österreich angestrebt. Dies würde nicht nur Vorarlberg, sondern auch dem österreichischen Gesamtstaat nützen, da er von solchen Aufgaben entlastet würde, die in Vorarlberg zumindest gleich gut, wenn nicht besser, besorgt werden können.

Volksabstimmung

Nach der Vorarlberger Landesverfassung hat der Landtag das Recht, jederzeit «über wichtige Fragen» eine Volksabstimmung ergehen zu lassen. Die Forderung nach mehr Selbständigkeit ist zweifellos eine solche wichtige Frage.

In einem Staat, in dem Demokratie kein bloßes Schlagwort ist, kann wohl das Ergebnis einer Volksabstimmung nicht gänzlich beiseite geschoben werden, zumal wenn die Forderung gute Gründe hat. Bei Nichtbeachtung wäre es wohl denkbar, daß das Vorarlberger Volk neuerlich das Selbstbestimmungsrecht diskutiert.

Vereinbarungen

Seit 1974 kennt die österreichische Bundesverfassung die Möglichkeit des Abschlusses von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern über Angelegenheiten ihres jeweiligen Wirkungsbereiches. Die Verwirklichung der

Initiative erfordert, wie erwähnt, eine Änderung der Bundesverfassung. Solche Verfassungsänderungen gehören aber in Österreich ausschließlich zum Wirkungsbereich des Bundes. Sie müssen vom Nationalrat in Wien mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Für Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern gelten die Grundsätze des internationalen Vertragsrechtes. Das heißt vor allem, daß sie nicht ohne schwerwiegende Gründe einseitig gebrochen werden können.

Eigenes Statut

Gegenstand der Volksabstimmung ist aus den genannten guten Gründen die Erlangung eines eigenen «Statuts» für Vorarlberg, das heißt einer volksnäheren Rechtsordnung. Rechtsordnung bedeutet jedoch nicht einen unabhängigen Staat, sondern, wie erwähnt, nur eine verantwortungsvollere Stellung Vorarlbergs innerhalb Österreichs. Ausdrücklich wird daher gesagt, daß das eigene Statut «im Rahmen des österreichischen Bundesstaates» gewährt werden soll. Es handelt sich also nicht um «Separatismus» (Trennung). Das Bekenntnis zum Bundesstaate Österreich soll frei von Zwang sein.

Der Ausdruck «Statut» für staatliche Sonderregelungen ist sowohl international geläufig, z.B. Südtiroler Autonomie-Statut, ist jedoch auch der österreichischen Bundesverfassung bekannt. So gibt es «Gemeinden mit eigenem Statut» und zwar ohne Rücksicht auf ihre Größe. Solche Gemeinden haben zusätzlich die Aufgabe einer Bezirkshauptmannschaft. Das Bundesland Wien hat bereits in der österreichischen Bundesverfassung eine gewisse Sonderstellung.

Weitgehend eigene Gesetzgebung und Verwaltung

Es ist ein Hauptgrundsatz aller Gesellschaftspolitik, daß der einzelne Mensch und die kleinere Gemeinschaft das Recht und auch die Pflicht haben, alle Aufgaben wahrzunehmen, die sie selbst besorgen können. Eine ausgewogene Teilung der Aufgaben vermindert auch den Machtmißbrauch. Die österreichische Bundesverfassung zeigt das genaue Gegenteil. Hier liegt fast jede wichtige Entscheidung beim Bund. Vorarlberg als eine Art Minderheit ist hierdurch mehr geschädigt als die anderen Bundesländer. Es soll daher für Vorarlberg wieder ein natürliches Verhältnis zum Bundesstaat hergestellt werden. Der Bund soll in Zukunft nur das anordnen, was Vorarlberg nicht selbst besser tun kann. Dazu gehören jedenfalls als Bundeskompetenz die große Außenpolitik, der Außenhandel und die militärische Landesverteidigung. Wohl aber gehören zum Land Vorarlberg vor allem die eigene Landesorganisation, ein ausreichendes eigenes Finanzwesen an Stelle der zentralen Steuervorschriften und ein der Bevölkerung entsprechendes Schulwesen. Dazu gehören auch die Sozialversicherung, die Urproduktion wie Land- und Forstwirtschaft.

schaft, Wasserwirtschaft und Bergbau, der Umweltschutz, die Arbeitsmarktverwaltung und die Ausländerpolizei, das Radio- und Fernsehprogramm, die Mietzins- und Milchpreisbildung, Verträge in Landessachen mit den Nachbarländern und noch vieles mehr.

Eigene Landesorganisation

Nach der gegenwärtigen zentralistischen Regelung in Österreich können die Bundesländer zum Unterschied etwa von der Schweiz, von Deutschland oder von Amerika nicht frei über die Organisation der Landesgesetzgebung und der Landes- und Gemeindeverwaltung bestimmen. Insbesondere können sie nicht frei über die Abhaltung von Volksabstimmungen, Gestaltung des Wahlrechts (Persönlichkeitswahlrecht, Briefwahl), Bürgerinitiativen usw. entscheiden. In Vorarlberg wurde jedoch auf solche demokratische Einrichtungen stets großer Wert gelegt. Auch den Gemeinden müßte mehr Selbstverwaltung übertragen werden.

Steuerwesen

Es ist ein unverrückbarer Grundsatz jeglicher Staatsverwaltung, daß ein Gemeinwesen, das Ausgaben machen muß, auch über die dazu notwendigen Einnahmen muß bestimmen können. Andernfalls kann man von einer Selbständigkeit nicht sprechen. Man ist dann nur Kostgänger und kann keine echte Verantwortung tragen. Zum Unterschied von allen anderen Bundesstaaten, insbesondere der Schweiz und Deutschland, ist in Österreich praktisch die gesamte Steuerhoheit in Wien zentralisiert. Die üblen Folgen zeigen sich zunächst ganz allgemein darin, daß die Steuergerechtigkeit fehlt. Bei der derzeitigen Finanzpolitik des Bundes leidet Vorarlberg zusätzlich, weil hier gerade der kleine Mann großen Wert auf Eigentumsvorsorge legt. Außerdem wandern die Früchte der Vorarlberger Leistungen zu einem Großteil auf Nimmerwiedersehen über den Arlberg. Nach dem Beispiel der Schweiz könnten etwa die direkten Steuern, das ist z.B. die Einkommenssteuer, vom Land selbst einfacher geregelt und eher gesenkt werden. Südtirol etwa erhält verfassungsmäßig 90% der Einkommenssteuer. Erst in jüngster Zeit erhielten z.B. auch das Baskenland und Katalonien in Spanien ebenfalls eine umfassende Steuerhoheit. Dabei ist Spanien nicht einmal ein Bundesstaat. Soweit der Bund für Vorarlberg notwendige Leistungen erbringt, soll er angemessen entschädigt werden.

Eigenes Schulrecht

Das Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesen gehört in allen Bundesstaaten zum Grundbestand der Länderrechte. Nur das zentralistische Österreich macht eine Ausnahme, da auch auf diesem Gebiet alles Wichtige vom Bund befohlen wird. Insbesondere wurde dem Land vor 15 Jahren der letzte Rest an Mitbestimmung im Pflichtschulunterricht weggenommen. Die Folgen sind so offenkundig, daß die Forderung nach mehr Bürgernähe, insbesondere

mehr Familienrecht, nicht weiter begründet werden braucht.

Rundfunk- und Fernsehprogramm

Nach dem Krieg betrieb Vorarlberg fast zehn Jahre «Radio Vorarlberg» als eigenen Landessender, bis er ihm entzogen wurde. Auch hier ist die Unzufriedenheit spürbar. In Deutschland und in der Schweiz liegt die Gesetzgebungshoheit über das Rundfunkprogramm bei den Ländern bzw. Kantonen.

Sozialversicherung

Die Sozialversicherung ist heute fast für jedermann von großer Wichtigkeit. Sie beruht auf einem Lastenausgleich zwischen verschiedenen Menschengruppen. Dieser rechtfertigt sich nur durch entsprechende Beiträge der Mitglieder. Auch hier ist Vorarlberg mit seiner höheren Kinderzahl, Arbeits- und Wirtschaftskraft jedoch Verlustträger zugunsten von Innerösterreich. Außerdem ist die österreichische Sozialversicherung ein uns fremder Staat im Staate ohne echtes Mitspracherecht der Versicherten. Eine eigene Vorarlberger Versicherungsanstalt würde wirtschaftlicher arbeiten und die Zukunft der Versicherten besser garantieren.

Landwirtschaft

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft hat der Bund den Ländern fast alle Befugnisse weggenommen. Das Ergebnis bei den bäuerlichen Einkommen ist verheerend. In Vorarlberg gibt es daher nur noch 4% Bauern, obwohl der Bauernstand für die Ernährung und Naturerhaltung unersetzbar ist.

Forstwirtschaft

Die Befugnisse über die Forstwirtschaft wurden vor 50 Jahren den Ländern vom Bund entzogen. Auch hier begünstigt der Staat vor allem den Großgrundbesitz. In Vorarlberg gibt es jedoch nur Kleinbauern- und Genossenschaftswald. Die Forstwirtschaft ist aber mit der Landwirtschaft eng verbunden und gehört daher zum Land zurück.

Wasserwirtschaft und Bergbau

Energievorsorge ist vordringlich. Der Bund leistet hier so gut wie nichts. Das Wasser ist der hauptsächliche Boden- und Energieschatz Vorarlbergs. Es wurde ebenfalls vor 50 Jahren dem Land weggenommen. Niemals wären die Vorarlberger Illwerke, das größte Wirtschaftsunternehmen des Landes, in dieser Weise geschaffen worden, wenn damals nicht noch das Land über das Wasserrecht hätte verfügen können. Für die Sicherstellung der notwendigen Wasserkraftenergie muß Vorarlberg dieses Recht zurückbekommen. Auch in der Schweiz ist das Wasserrecht Sache der Kantone. Gleiches gilt übrigens auch von den Erdöl- und Erdgasbohrungen.

Umweltschutz

Der Umweltschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. In Österreich ist der Großteil Bundessache, was bedeutet, daß reichlich wenig geschieht (Fabriklärm, Verpackungsflut usw.). Vorarlberg hat seine wenigen Möglichkeiten gut genutzt. Bei der Luftreinhaltung der Privathäuser wurden in den letzten Jahren 85.000 Kontrollen der Ölheizungen durchgeführt. So soll es auch in den anderen Bereichen vom Land gemacht werden können.

Mietzinsbildung

Die Mietzinsbildung für mietengeschützte Wohnungen ist Bundessache. In Vorarlberg sind die Verhältnisse grundlegend anders als in Wien. Die Bundesregelungen sind jedoch allein auf Wiener Verhältnisse abgestellt. Auch hier ist es an der Zeit, daß eine den Landesverhältnissen besser angepaßte Regelung getroffen werden kann. Der soziale Kündigungsschutz soll dadurch nicht berührt werden.

Milchpreisbildung

Ein Hauptgrund für den katastrophalen Rückgang unserer Bergbauernwirtschaft ist die im Osten des Staates diktierete Milchpreisbildung. Auch hier ist es höchste Zeit, daß eine gerechte Ordnung geschaffen wird.

Arbeitsmarktverwaltung und Ausländerpolizei

In Vorarlberg befinden sich über 20.000 Gastarbeiter vom Balkan und aus Asien. Dazu kommen 10.000 Familienangehörige. Die Schwierigkeiten steigen zusehends auf allen Lebensgebieten. Behördlich verantwortlich sind hierfür die Arbeitsmarktverwaltung und Ausländerpolizei des Bundes. Es ist höchste Zeit, daß im Lande selbst auf diesem Gebiet zum Rechten gesehen werden kann.

Verträge mit den Nachbarländern

Vorarlberg hat 80% Auslandsgrenzen. Dadurch ergeben sich besonders viele Fragen der grenzüberschreitenden Nachbarschaft. Diese können nicht befriedigend vom 700 km entfernten Wien gelöst werden. Auch das Forderungsprogramm aller Bundesländer verlangt schon jahrelang vergebens das Recht zum Vertragsabschluß mit Nachbarländern in Landessachen. In Deutschland und der Schweiz haben die Länder bzw. Kantone dieses Recht seit jeher. Auch der Europarat fordert das Gleiche.

Änderung von Bundesgesetzen

Auch dann, wenn Vorarlberg zu den bisherigen wenigen Gesetzgebungsrechten die geforderten neuen Rechte dazu bekommt, wird immer noch das öffentliche Leben im Lande entscheidend durch den Bund in Wien beeinflusst. Dies geschieht vor allem durch die Bundesgesetzgebung. Um unsere Eigenheit zu erhalten, ist es daher notwendig, vom Land zusätzlich auf die künftige Bundesgesetzgebung wirksam Einfluß nehmen zu können. Eigentlich wäre dies für alle Länder Aufgabe des von den Landtagen bestellten Bundesrates. Dieser hat in Österreich jedoch zum Unterschied von anderen Bundesstaaten nichts zu reden, geschweige, daß er die besonderen Verhältnisse Vorarlbergs berücksichtigen könnte. Als Ersatz für die Unwirksamkeit des Bundesrates sollen daher für Vorarlberg ähnliche Kontrollbefugnisse durch den Vorarlberger Landtag ausgeübt werden können. Dies würde erreicht bei Änderungen der Bundesverfassung, soweit sie Vorarlberg betreffen, durch ein Zustimmungsrecht und bei den übrigen Bundesgesetzen und gleichwertigen Verträgen und Verordnungen durch ein aufschiebendes Einspruchsrecht.

Schiedskommission

Der Wert einer Verbesserung der Vorarlberger Rechtslage hängt entscheidend davon ab, wer schlußendlich im Streitfall zwischen Bund und Land entscheidet. Dies kann beim eigenen Statut nicht der Verfassungsgerichtshof sein, da er im wesentlichen nach höchsten parteipolitischen Gesichtspunkten bestellt wird und erfahrungsgemäß eher zu Gunsten des Bundes entscheidet. Bei den vorgesehenen Billigkeitsentscheidungen ist die Anrufung einer Rechtsinstanz ohnedies sinnlos. Es wird daher eine Schiedskommission vorgeschlagen, die von Land und Bund gleichmäßig besetzt wird. Die Entscheidung liegt also bei Stimmengleichheit weitgehend beim Vorsitzenden, der möglichst neutral sein soll. Sogar die italienische Nachkriegs-Verfassung bestimmte für Streitigkeiten zwischen Italien und seiner Region Sizilien einen eigenen gleichmäßig besetzten Verfassungsgerichtshof.

Aufhebung und Abänderung des Statuts

Wie schon bei der Erklärung der «Vereinbarung» gesagt wurde, hat das Statut bloß dann einen Wert, wenn es nur durch gegenseitige Übereinstimmung zwischen Bund und Vorarlberg geändert oder außer Kraft gesetzt werden kann.

9. Beilage im Jahre 1980 zu den Sitzungsberichten
des XXIII. Vorarlberger Landtages

Vorlage des Rechtsausschusses

Beilage 9

Gestützt auf Artikel 26 Abs. 5 der Landesverfassung legt der Vorarlberger Landtag dem Landesvolk folgende wichtige Frage zur Entscheidung in einer Volksabstimmung vor:

«Sollen Vertreter des Landes mit dem Nationalrat und mit der Bundesregierung in – auch den anderen Ländern offenstehende – Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, im Rahmen des österreichischen Bundesstaates dem Land (den Ländern) mehr Eigenständigkeit und den Gemeinden eine Stärkung ihrer Stellung im Sinne der nachfolgend angeführten 10 Punkte zu sichern?»

10 Punkte

zur Stärkung der Stellung des Landes (der Länder) und
der Gemeinden im Rahmen des österreichischen
Bundesstaates

1. Angelegenheiten, die vom Land selbst besorgt werden können, sollen in seine Zuständigkeit fallen, um so die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Verhältnisse im Land besser berücksichtigen zu können, die kulturelle Vielfalt zu gewährleisten und die Staatstätigkeit möglichst kostengünstig zu gestalten.
In Anwendung dieses Grundsatzes ist eine Stärkung der Zuständigkeiten bzw. der Mitbestimmungsrechte des Landes insbesondere in folgenden Angelegenheiten herbeizuführen:
 - a) Wohnungswesen (z.B. Wohnbauförderung) sowie Teile des Mietenrechtes;
 - b) Schulwesen (z.B. Mitsprache bei der Gestaltung von Lehrplänen und Schulbüchern), Erwachsenenbildung, Rundfunk (bessere Berücksichtigung der Landesbelange, stärkere Regionalisierung), Denkmalschutz;
 - c) Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Ernährungswesens;
 - d) Bergbau, Wasserrecht, Wildbach- und Lawinenverbauung, Seilbahnwesen;
 - e) Umweltschutz;
 - f) Sicherheitswesen (z.B. Auflösung der Sicherheitsdirektion), Ausländerwesen (z.B. Ausländerbeschäftigung, Fremdenpolizei);
 - g) Verträge mit Nachbarstaaten.
2. Die Bevormundung des Landes durch die Bundesverfassung ist weitestgehend abzubauen. Das Land soll – gebunden allein an die Grundzüge der Bundesverfassung – sich selbst seine Verfassung geben, Organe und Weg der Gesetzgebung festlegen und die Organisation seiner Behörden und Ämter bestimmen können.
3. Änderungen des Bestandes und der grundlegenden Rechte des Landes dürfen nur mit Zustimmung des Landesvolkes erfolgen.

4. Bei der personellen Besetzung der dem Bund und den Ländern gemeinsamen Organe (insbesondere Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und Rechnungshof) ist den Ländern ein Vorschlagsrecht einzuräumen, das der Gleichordnung von Bund und Ländern entspricht.
5. Landesgesetze, die die Mitwirkung von Bundesstellen bei der Durchführung von Gesetzen vorsehen (z.B. Rettungsgesetz, Katastrophenhilfegesetz), sollen nicht der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen.
6. Dem Land ist durch Übertragung eines Teiles der Abgabenhöhe des Bundes ein seinen Aufgaben angemessenes, verfassungsrechtlich gesichertes Recht, Abgaben festzusetzen und einzuhoben, einzuräumen.
7. Die aufgabengerechte Verteilung der Abgabenerträge zwischen dem Bund, dem Land und den Gemeinden hat unter wirksamer Einschaltung des Landes und der Gemeinden zu erfolgen.
8. Auch für jene Angelegenheiten, in denen der Bund, das Land und die Gemeinden als Unternehmer oder Geldgeber (z.B. bei Errichtung öffentlicher Bauten oder bei Vergabe von Förderungsmitteln) auftreten, ist zwischen dem Bund, dem Land und den Gemeinden eine verfassungsgesetzliche Zuständigkeitsverteilung zu schaffen.
9. Durch personelle und organisatorische Maßnahmen ist sicherzustellen, daß insbesondere im Bundesrat mehr als bisher die Interessen der Länder zur Geltung kommen. Das Einspruchsrecht des Bundesrates ist wirksamer zu gestalten. Vor allem ist ein Zustimmungsrecht des Bundesrates zu Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates, die die Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Bund und den Ländern oder den Finanzausgleich betreffen, einzuführen.
10. Den Gemeinden sind Begutachtungsrechte in Gesetzgebungsverfahren einzuräumen. Einer bestimmten Zahl von Gemeinden soll, so wie dies in Vorarlberg hinsichtlich der Landesgesetzgebung bereits der Fall ist, auch bezüglich der Bundesgesetzgebung das Recht auf Einleitung von Volksbegehren sowie das Recht, über Gesetzesbeschlüsse Volksabstimmungen zu verlangen, zustehen.

Minderheitsbericht der Sozialistischen Fraktion

ALTERNATIVVORSCHLAG

Mehr Rechte für die Bundesländer:

«Sind Sie dafür, daß die Vorarlberger Landesregierung das von allen Bundesländern gemeinsam erarbeitete und beschlossene Bundesländerförderungsprogramm aus dem Jahre 1976 mit mehr Nachdruck als bisher gegenüber der Bundesregierung vertritt?»

Daraus werden folgende Forderungen beispielhaft angeführt:

- «Grundsätzlich muß verlangt werden, die Bundesverfassung dahingehend zu ergänzen, daß Bundesverfassungsgesetze oder Verfassungsbestimmungen in einfachen Bundesgesetzen, durch die die Rechte der Länder beschränkt werden, erst kundgemacht werden dürfen, wenn zwei Drittel der Landtage hiezu ihre Zustimmung erteilt haben.»
- «Die Länder sollen die Möglichkeit erhalten, in Angelegenheiten ihres selbständigen Wirkungsbereiches mit Zustimmung der Bundesregierung zwischenstaatliche Verträge mit Nachbarländern abzuschließen.»
- «Bei Grundsatzgesetzen soll klargestellt werden, daß es eine Aufsichtsbefugnis des Bundes über die Vollziehung der Länder nicht gibt.»
- «Das Dienstrecht der Bediensteten der Länder und Gemeinden einschließlich des Personalvertretungsrechtes soll zur Gänze Landessache werden.»
- «Das Recht, Gesetzesvorschläge an den Nationalrat zu machen, soll auch jedem Landtag zustehen.»
- «Gegen Gesetzesbeschlüsse eines Landtages soll die Bundesregierung nur wegen behaupteten Eingriffes in die Bundeszuständigkeiten Einspruch erheben können.»
- «Der Denkmalschutz soll in die mittelbare Bundesverwaltung übergeführt werden.»
- «Bei der Bestellung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes soll für ein verstärktes Mitwirkungsrecht der Länder Sorge getragen werden.»
- «Die Verleihung der Staatsbürgerschaft auch auf Grund außerordentlicher Leistungen im Interesse der Republik soll den Landesregierungen übertragen werden.»

-Steuerhoheit:

«Dem in der Bundesverfassung verankerten föderalistischen Prinzip folgend ist – bei grundsätzlicher Bejahung der verbundenen Steuerwirtschaft – in der Aufteilung der Steuerhoheiten ein Katalog zu schaffen, in welchem den Ländern und Gemeinden weitere Landes- und Gemeindeabgaben überlassen und die Ermächtigung zur Erhebung von Zuschlägen eingeräumt werden. Grundsätzlich wird am Gedanken der Steuerhoheit der Länder und Gemeinden festgehalten. Zur Wahrung einheitlicher Besteuerungsgrundsätze und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist bei Erschließung neuer Einnahmemöglichkeiten den Zuschlagsabgaben zu Bundesabgaben der Vorrang einzuräumen.

Sollte die Erschließung neuer Einnahmen auch durch eine bessere Ertragsbeteiligung an entwicklungsträchtigen Bundesabgaben möglich sein, so kann diese Art einer Verbesserung der Finanzausstattung der Länder und Gemeinden als gleichwertig jener durch Erweiterung von Zuschlagsrechten angesehen werden.»

-Verteilung der Besteuerungsrechte und Abgabenerträge:

- a) «Der Bund ist zu verpflichten, vor einer gesetzlichen Regelung über die Verteilung der Besteuerungsrechte und Abgabenerträge mit den Ländern (Gemeinden) Verhandlungen zu führen.»

- b) «Dem Bundesrat ist im Bezug auf Gesetze, die eine Änderung oder Verteilung der Besteuerungsrechte oder Abgabenerträge beinhalten, ein Zustimmungsrecht einzuräumen.»
- c) «Die Finanzierung von Gemeindeverbänden im Umlagenwege ist uneingeschränkt zu ermöglichen.»
- c) «Die Bundesländer (Gemeinden) bedürfen mehr als bisher jener Finanzausstattung, die ihnen die Bewältigung ihrer Aufgaben ermöglicht.»

-Schutzklausel:

«Wenn durch ein Bundesgesetz oder durch eine Verwaltungsmaßnahme des Bundes Einnahmen der übrigen Gebietskörperschaften eine Schmälerung erfahren, ist durch die Bundesgesetzgebung für einen angemessenen Ersatz des Einnahmefalles zu sorgen.»

-Steuerfindungsrecht:

«Jene Steuern, die bisher als ausschließliche bzw. gemeinschaftliche Bundesabgaben normiert sind, aber nicht eingehoben werden, sind aus dem Katalog der ausschließlichen bzw. gemeinschaftlichen Bundesabgaben herauszunehmen.»

-Förderungswesen:

«Das finanzielle Förderungswesen des Bundes ist auf eine neue Grundlage zu stellen und in den Finanzausgleich einzubeziehen.»

ODER

«Sind Sie dafür, daß Vorarlberg über das Bundesländerförderungsprogramm hinausgehende Rechte im Sinne der von ÖVP, FPÖ und PRO VORARLBERG aufgestellten Forderungen verlangt?»

Mehr Rechte für die Gemeinden:

«Sind Sie dafür, daß die Gemeinden die nachstehend angeführten Rechte erhalten, um ihre Aufgaben im Interesse des Bürgers besser erfüllen zu können?»

1. Jede Gemeinde soll das Recht erhalten, zu Landesgesetzen und Verordnungen Stellung zu nehmen.
2. Eine Mehrzahl von Gemeinden, wenn sie zusammen mindestens zehn Prozent der Landesbevölkerung repräsentieren, sollen das Recht erhalten, die Erlassung oder Abänderung von Gesetzen zu beantragen.
3. Eine Mehrzahl von Gemeinden, wenn sie zusammen mindestens zehn Prozent der Landesbevölkerung repräsentieren, sollen das Recht erhalten, eine Volksabstimmung zu beantragen.
4. Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden soll ihren Aufgaben entsprechend verbessert werden:
 - a) durch die Abschaffung der Landesumlage,
 - b) durch die Herabsetzung der Sozialhilfelaisten für die Gemeinden von 75% auf 50%,
 - c) durch die Herabsetzung der Spitalslasten für die Gemeinden,

- d) durch ein Mitbestimmungsrecht der Gemeinden bei der Erlassung von Verordnungen und Richtlinien, die die finanzielle Beziehung von Land und Gemeinden betreffen.

Mehr Rechte für die Bürger:

«Sind Sie dafür, daß der Vorarlberger Bürger mehr Einfluß auf die Gestaltung des politischen Geschehens im Sinne der angeführten Punkte erhält?»

1. Um die Einrichtungen der direkten Demokratie (Volksabstimmung, Volksbegehren) leichter zugänglich zu machen, ist die Zahl der erforderlichen Unterschriften auf die Hälfte herabzusetzen: D.h.: für die Einleitung

einer Volksabstimmung von 10.000 auf 5.000 und für die eines Volksbegehrens von 5.000 auf 2.500.

2. Der Bürger soll die Möglichkeit erhalten, in einer Fragestunde vor versammelter Gemeindevertretung seine Stellungnahme abzugeben und Anfragen an die Gemeindevertreter zu stellen.
3. Um dem Bürger in Vorarlberg leichter zu seinem Recht zu verhelfen, soll – wie in anderen Bundesländern – die Volksanwaltschaft des Bundes (Ombudsmann) auch in Landesangelegenheiten tätig werden können.
4. Um die Kontrolle der Landesregierung und der Landesbehörden wirksamer zu gestalten, soll der Kontrollausschuß des Landtages mehr Rechte erhalten und eine eigene Kontrollstelle des Landtages eingerichtet werden.

10.1. Abstract

Diese Masterarbeit untersucht den politischen Einfluss der „Vorarlberger Nachrichten“ (VN) auf die regionale Identitätsbildung und Autonomiebestrebungen Vorarlbergs im Zeitraum nach 1945. Besonders im Fokus steht die Volksabstimmung zur Autonomie im Jahr 1980. Die zentrale Fragestellung befasst sich damit, wie die VN als regionales Medium nicht nur eine passive Berichterstatlerin, sondern eine aktive Akteurin war, die den politischen Diskurs und die öffentliche Meinung zugunsten der Autonomiebewegung prägte. Durch eine qualitative Inhaltsanalyse werden die Berichterstattung der VN sowie die genutzten kulturellen Symbole, historischen Bezüge und politischen Narrative untersucht. Die Analyse zeigt, wie die VN bewusst regionale Identität durch die Betonung föderalistischer Traditionen, wie dem „Alemannentum“, verstärkte und eine Abgrenzung zur österreichischen Zentralregierung förderte. Darüber hinaus verdeutlicht die vorliegende Arbeit, dass regionale Medien in Zeiten politischer Spannungen eine erhebliche Rolle bei der Mobilisierung von Bewegungen und der Konstruktion kollektiver Identitäten spielen können. Diese Untersuchung leistet einen Beitrag zum Verständnis der Rolle der Medien in föderalistischen und separatistischen Bewegungen und bietet wertvolle Einsichten für den heutigen politischen Kontext, in dem regionale Identitäten und Autonomiebestrebungen weltweit erneut an Bedeutung gewinnen.

This master's thesis examines the political influence of the „Vorarlberger Nachrichten“ (VN) on the formation of regional identity and autonomy movements in Vorarlberg in the post-1945 period. The focus is placed on one pivotal event: the 1980 autonomy referendum. The central research question addresses how the VN, as a regional newspaper, did not merely act as a passive reporter but as an active player shaping political discourse and public opinion in favor of the autonomy movement. Using qualitative content analysis, the study explores how the VN strategically employed cultural symbols, historical references, and political narratives to reinforce regional identity, particularly through the emphasis on Vorarlberg's federalist traditions, such as the concept of „Alemannentum“, and its differentiation from the Austrian central government. The findings highlight the significant role regional media can play during periods of political tension, mobilizing movements and constructing collective identities. This analysis contributes to a deeper understanding of the media's role in federalist and separatist movements and provides relevant insights for the contemporary political landscape, where regional identities and autonomy movements are once again gaining global significance.